

JAHRESBERICHT

2013



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Anmerkung:

Alle Funktionsbezeichnungen in diesem Dokument gelten gleichermaßen für männliche und weibliche Amtsinhaber.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist

**DIE WELTWEIT GRÖSSTE REGIONALE
SICHERHEITSORGANISATION.**

Sie setzt sich dafür ein, dass über eine Milliarde Menschen zwischen Vancouver und Wladiwostok in Frieden, Demokratie und Stabilität leben können.

FOLGEN SIE UNS AUF

www.facebook.com/osce.org

<http://twitter.com/OSCE>

www.youtube.com/user/osce

<http://storify.com/OSCE>

www.linkedin.com/company/osce

<http://instagram.com/osceorg>

<http://soundcloud.com/osce>

**Herausgegeben von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
(OSZE)**

Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Büro des Generalsekretärs

OSZE-Sekretariat

Wallnerstraße 6

1010 Wien

Österreich

www.osce.org

© OSZE 2013

Alle Rechte vorbehalten. Der Inhalt dieser Publikation kann für Ausbildungs- und andere nichtkommerzielle Zwecke frei verwendet und kopiert werden, sofern in jeder Reproduktion die OSZE als Quelle genannt wird.

ISBN 978-92-9235-024-6

Redaktion: **Alexander Nitzsche**

Graphische Gestaltung: **Source Associates AG, Zürich**

Titelbild: **OSZE/Mawjuda Gaffurowa**

Druck: **Imprimerie Centrale** (Luxemburg), gedruckt auf Recyclingpapier

INHALT

BOTSCHAFT DES GENERALEKRETÄRS	1
9	
WAS WIR TUN.....	3
IN ALLER KÜRZE	6
BERICHT DES AMTIERENDEN VORSITZES	9
DER STÄNDIGE RAT.....	30
DAS FORUM FÜR SICHERHEITSKOOPERATION	34
DIE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG DER OSZE.....	38
DAS SEKRETARIAT	42
Stärkung der Geschlechtergleichstellung.....	44
Bewältigung von Herausforderungen im Wirtschafts- und Umweltbereich.....	47
Bekämpfung des Menschenhandels	50
Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen.....	53
Verhütung und Lösung von Konflikten	56
DAS BÜRO FÜR DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN UND MENSCHENRECHTE.....	59
DER HOHE KOMMISSAR FÜR NATIONALE MINDERHEITEN.....	66
DER BEAUFTRAGTE FÜR MEDIENFREIHEIT	70
DIE FELDOPERATIONEN	73
SÜDOSTEUROPA	
Die Präsenz in Albanien.....	75
Die Mission in Bosnien und Herzegowina	78
Die Mission im Kosovo	81
Die Mission in Montenegro	84
Die Mission in Serbien.....	87
Die Mission in Skopje.....	91
OSTEUROPA	
Die Mission in Moldau	94
Der Projektkoordinator in der Ukraine	97
SÜDKAUKASUS	
Das Büro in Baku.....	101

Das Büro in Eriwan.....	105
-------------------------	-----

ZENTRALASIEN

Das Zentrum in Aschgabat.....	109
Das Zentrum in Astana	112
Das Zentrum in Bischkek.....	116
Das Büro in Tadschikistan	119
Der Projektkoordinator in Usbekistan	122

BILATERALE ABKOMMEN

Der Vertreter in der Gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militärangehörige	125
---	-----

PARTNERSCHAFTEN FÜR SICHERHEIT UND

ZUSAMMENARBEIT

127	
Die Partner in Asien und im Mittelmeerraum.....	128
Internationale, regionale und subregionale Organisationen und Institutionen	134

ANHÄNGE

147	
Personal.....	148
Gesamthaushaltsplan.....	151
Zugesagte Mittel und Ausgaben	153
Kontakt.....	158

BOTSCHAFT DES GENERALSEKRETÄRS

Im zu Ende gehenden Jahr 2013 hat die OSZE bewiesen, dass sie imstande ist, über Differenzen hinweg Brücken zu schlagen und den Interessen aller Teilnehmerstaaten in dem sich rasch wandelnden Sicherheitsumfeld von heute zu dienen. Noch sind alte Herausforderungen – unter ihnen ungelösten Konflikte in unserer Region – nicht bewältigt, da bauen sich schon unzählige neue, immer komplexere, dimensionsübergreifende und grenzüberschreitende Bedrohungen auf. Das Wiederaufleben von Misstrauen und Spaltungen droht die Sicherheit in unserer Region ebenso zu untergraben wie die Instabilität in angrenzenden Regionen. Soll die OSZE ihre Relevanz als Sicherheitsorganisation behalten, müssen ihre Agenda und Strukturen weiterentwickelt und angepasst werden.

Die Organisation hat in der Vergangenheit bereits ähnlich schwierige Zeiten erlebt und Wege gefunden, damit umzugehen und gestärkt daraus hervorzugehen. Heute sind die größten Stärken der OSZE – unser umfassender Sicherheitsansatz, unsere Inklusivität, unser kontinuierlicher Dialog und unsere konsensbasierte Beschlussfassung – wichtiger denn je. Die Herausforderung lautet heute, wie wir das Potenzial unserer Organisation unter dem Zeichen des kooperativen Sicherheitskonzepts freisetzen können.

In diesem Jahr haben wir Fortschritte in einigen zentralen, das Leben der Menschen direkt betreffenden Bereichen erzielt, unter anderem durch die Ermöglichung der Stimmabgabe bei den Kommunalwahlen im Nordkosovo¹ – einem wichtigen Schritt auf dem Weg zum Aufbau von Stabilität und Vertrauen in der ganzen Region. Durch die Verabschiedung eines ersten Satzes von vertrauensbildenden Maßnahmen der OSZE zur Verminderung der Konflikt Risiken, die sich aus dem Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien ergeben, und die Ausweitung des Aktionsplans gegen den Menschenhandel wird unsere Fähigkeit zur Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen gestärkt. Wir sind auch im Begriff, unsere Beziehungen zu unseren Kooperationspartnern in Asien und im Mittelmeerraum zu intensivieren, was angesichts des bevorstehenden Abzugs der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe (ISAF) aus Afghanistan sowie der anhaltenden Krise in Syrien von besonderer Bedeutung ist.

2015 wird die OSZE den 40. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki begehen. Die Teilnehmerstaaten kamen im vergangenen Jahr in Dublin überein, den Helsinki+40-Prozess einzuleiten, um alle drei Dimensionen der Sicherheit voranzubringen und aufzuzeigen, wie uns die unverändert gültigen Prinzipien der Organisation bei der Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit helfen können. Ich zolle dem Einsatz des ukrainischen Vorsitzes meine Anerkennung, der diesen Prozess in enger Abstimmung mit den beiden designierten Vorsitzen Schweiz und Serbien auf den Weg gebracht hat.

Der Helsinki+40-Prozess gibt uns Gelegenheit, kreativ und strategisch über die Zukunft der OSZE nachzudenken. Reform ist kein Selbstzweck, doch kann uns dieser Prozess in

1 Jede Bezugnahme auf den Kosovo in diesem Text, sei es auf das Territorium, die Institutionen oder die Bevölkerung, ist ausschließlich im Sinne der Resolution 1244 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu verstehen. Dasselbe gilt für alle weiteren Texte in diesem Bericht.

Anbetracht des komplexen Sicherheitsumfeldes unserer Tage und der unvermindert knappen finanziellen Mittel dabei helfen, die Organisation zu modernisieren und zu straffen, um ihre Stärken zum Tragen zu bringen. Helsinki+40 kann uns in vielen kontroversen und schwierigen Fragen einem Konsens näherbringen, vorausgesetzt, die Teilnehmerstaaten engagieren sich stärker für die Organisation und nutzen sie, um ihre Meinungsverschiedenheiten durch Zusammenarbeit zu überwinden und auf der Grundlage gemeinsamer, zu schützender und zu hegender Verpflichtungen und Werte vereint zu handeln.

Zu diesem Ansatz gehört selbstverständlich auch die Entschlossenheit, die OSZE-Verpflichtungen in allen drei Sicherheitsdimensionen zu konsolidieren und sie nach Treu und Glauben umzusetzen. Es sollte auch in Zukunft das Anliegen der Organisation sein, die Regierungen bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen auch im Hinblick auf den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten und die Achtung der Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen.

Obwohl der Ministerrat von Kiew vor dem Hintergrund großer Herausforderungen stattfand, erzielte er Einvernehmen zu einem ausgewogenen Paket bedeutsamer Beschlüsse in allen drei Dimensionen, erstmals seit Jahren auch in der menschlichen Dimension. Die Minister begrüßten die Wiederaufnahme des Dialogs auf hoher Ebene zur friedlichen Lösung des Berg-Karabach-Konflikts, ermutigten zu Bemühungen um Kompromisslösungen im Prozess zu Beilegung des Transnistrien-Konflikts und bekräftigten ihr Bekenntnis zum Helsinki+40-Prozess. Wir verfügen damit über einen soliden Rahmen für die weitere Arbeit im Jahr 2014.

Ein Gutteil der Bemühungen der OSZE gilt der Konfliktverhütung, doch oft findet unsere Arbeit nicht die ihr gebührende Anerkennung und Würdigung. Um der Organisation größere Sichtbarkeit zu verleihen und sie in weiteren Kreisen bekannt zu machen, binden wir die Zivilgesellschaft, wissenschaftliche Kreise und die Jugend stärker ein und nutzen das Internet und die sozialen Medien. Aus den 2012 eingeführten *Security Days* der OSZE entwickelte sich sehr rasch ein dynamisches Forum, in dem aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen mit OSZE-fernen Persönlichkeiten erörtert werden, die neue Sichtweisen in die OSZE-Debatte einbringen. Ich bin den Teilnehmerstaaten für ihre großzügige Unterstützung für diese Initiative und auch das jüngst geschaffene wissenschaftliche Netzwerk der OSZE dankbar, aus dem unser Sicherheitsdialog neue Impulse erhält. Ich möchte interessierte Institutionen aus allen Teilnehmerstaaten ermuntern, sich dem Netzwerk anzuschließen.

Besonders erwähnen möchte ich die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit dem scheidenden ukrainischen Vorsitz, ehe ich die Schweiz als designierten Vorsitz willkommen heiße. Mein Dank gilt auch den qualifizierten und engagierten Mitarbeitern des Sekretariats, der Institutionen und der Feldoperationen der OSZE, die sich trotz der politisch und finanziell äußerst anspruchsvollen Verhältnisse, unter denen sie hier arbeiten, dem ehrgeizigen Ziel der OSZE verschrieben haben, die Sicherheit und Stabilität im euro-atlantischen und eurasischen Raum zu fördern.

Lamberto Zannier
Generalsekretär der OSZE
Wien, 2013

WAS WIR TUN

WAS WIR TUN

DIE VIELEN FACETTEN DER SICHERHEIT

Der Arbeit der OSZE liegt das Konzept zugrunde, dass Sicherheit einen umfassenden und kooperativen Ansatz erfordert. Davon ausgehend teilten die Gründungsdokumente der Organisation deren Arbeit in drei Körbe oder „Dimensionen“: die politisch-militärische Dimension, die Wirtschafts- und Umweltdimension und die menschliche Dimension. Die OSZE hat seit ihren Gründungsjahren viele Aktivitäten entfaltet. Manche betreffen nicht nur eine Dimension, sondern berühren mehrere.

GUTE REGIERUNGSFÜHRUNG

**Hilfe im Kampf gegen Korruption und beim Aufbau
rechenschaftspflichtiger Institutionen**

MILITÄRISCHE REFORM UND ZUSAMMENARBEIT

**Hilfestellung bei Rüstungskontrolle und Militärreform,
Unterstützung vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen,
Schulungen**

MENSCHENRECHTE

Beobachtung, Förderung der Grundrechte und -freiheiten

RECHTE NATIONALER MINDERHEITEN

**Förderung der Rechte nationaler Minderheiten, Beobachtung
und Hilfe bei der Lösung ethnischer Spannungen**

BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS

**Verhütung des Menschenhandels, Schutz der Opfer und
Verfolgung der Täter**

MEDIENFREIHEIT UND -ENTWICKLUNG

Beobachtung, Gesetzesprüfung, Ausbildung von Journalisten

WIRTSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN

**Unterstützung des Wirtschaftswachstums, Beobachtung der
Folgen des illegalen Handels, Maßnahmen gegen Korruption und
Geldwäsche**

KONFLIKTVERHÜTUNG UND -LÖSUNG

Befassung mit dem Konfliktzyklus: von der Frühwarnung bis zur Konfliktfolgenbeseitigung

GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER

Frauen-Empowerment, Aufbau von Kapazitäten und Fachkompetenz auf lokaler Ebene, Hilfe bei der Gesetzesprüfung

UMWELTAKTIVITÄTEN

Bewusstseinsbildung, Förderung der öffentlichen Mitsprache, Durchführung von Projekten betreffend Wasserbewirtschaftung, Bodenzerstörung und Entsorgung gefährlicher Abfälle

ROMA UND SINTI

Stärkung der politischen Mitsprache, Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung, Schutz der Rechte von Vertriebenen

BILDUNG

Förderung des Minderheitenunterrichts, Vermittlung von Kenntnissen über Menschenrechte, Umwelt, Toleranz und Gleichstellung der Geschlechter

GRENZÜBERSCHREITENDE BEDROHUNGEN

Kampf gegen Terrorismus, Unterstützung der Polizeireform, Stärkung von Grenzsicherung und -management

RECHTSSTAATLICHKEIT

Hilfe bei der Justizreform, Beobachtung der Umsetzung, Hilfestellung für Institutionen

TOLERANZ UND NICHTDISKRIMINIERUNG

Bekämpfung aller Formen von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung

RÜSTUNGSKONTROLLE

Unterbindung der Verbreitung überschüssiger Waffen, Hilfe bei deren Zerstörung

WAHLEN

Beobachtung, technische und rechtliche Unterstützung

DEMOKRATISIERUNG

Aufbau von Institutionen, Abhaltung freier Wahlen, Förderung der Geschlechtergleichstellung und der Menschenrechte, Kampf gegen Intoleranz und Diskriminierung

POLITISCH-MILITÄRISCHE DIMENSION

WIRTSCHAFTS- UND UMWELTDIMENSION

MENSCHLICHE DIMENSION

DIMENSIONSÜBERGREIFEND

IN ALLER KÜRZE

IN ALLER KÜRZE

In einer Zeit erhöhten Misstrauens und zunehmender Spaltung bot die OSZE ein nützliches Dialogforum und eine wirksame Aktionsplattform für ihre 57 Teilnehmerstaaten und 11 Kooperationspartner. Trotz Haushaltskürzungen und schrumpfender Mitarbeiterzahlen konnte sie ihr Mandat in der politisch-militärischen Dimension, der Wirtschafts- und Umweltdimension und der menschlichen Dimension weiter erfüllen. Unter ukrainischem Vorsitz widmete sich die Organisation besonders der Lösung von Langzeitkonflikten und der Weiterführung des Helsinki+40-Prozesses mit dem Ziel einer umfassenden, kooperativen, gleichen und unteilbaren Sicherheitsgemeinschaft.

Auf dem Ministerratstreffen in Kiew vereinbarten die Teilnehmerstaaten der Organisation, die Bemühungen hinsichtlich der Lage der Roma und Sinti, des Menschenhandels und der Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen zu verstärken. Sie verabschiedeten auch Beschlüsse über Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Glaubensfreiheit, über Strategien betreffend erneuerbare Energie und Umwelt und über den Schutz der Energienetze vor Katastrophen. 2013 war für die OSZE auch ein Jubiläumsjahr.

JUBILÄEN:

20 JAHRE	HOHER KOMMISSAR FÜR NATIONALE MINDERHEITEN
20 JAHRE	OSZE-MISSION IN MOLDAU
15 JAHRE	BEAUFTRAGTER FÜR MEDIENFREIHEIT
10 JAHRE	AARHUS-ZENTREN UND ENVSEC
10 JAHRE	AKTIONSPLAN DER OSZE ZUR BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS

VERNICHTET:

6 400+	TONNEN TOXISCHER RAKETENTREIBSTOFF
175	TONNEN NAPALM
1 097	PHOSPHORMUNITION
1 289	STREUBOMBEN
19	LUFT-LUFT-RAKETEN
1 500+	TONNEN INSTABILE ODER ÜBERSCHÜSSIGE MUNITION
3 000	KLEINWAFFEN UND LEICHTE WAFFEN

- 600+ BEAMTE IN GRENZMANAGEMENT
AUSGEBILDET**
- 3 600+ POLIZEIBEAMTE AUSGEBILDET**
- 1 500 WAHLFUNKTIONÄRE AUSGEBILDET**
- 4 200 PERSONEN ÜBER MENSCHENHANDEL
AUFGEKLÄRT**
- 13 800 UNTERNEHMER IN WIRTSCHAFTLICHEN UND
RECHTLICHEN ANGELEGENHEITEN BERATEN**
- HUNDERTE PERSONEN ÜBER UMWELT- UND
ENERGIEFRAGEN AUFGEKLÄRT**
- 19 WAHLEN IN 18 LÄNDERN BEOBACHTET**
- 2 000+ WAHLBEOBACHTER AUS 48 STAATEN
ENTSANDT**
- 115 000 BÜRGER DURCH WÄHLERINFORMATION
ERREICHT**
- 150 INTERVENTIONEN IN SACHEN MEDIEN- UND
MEINUNGSFREIHEIT IN 35
TEILNEHMERSTAATEN UNTERNOMMEN**
- 20 KLEINBEIHILFENPROJEKTE FÜR ROMA UND
SINTI IN SÜDOSTEUROPA UMGESETZT**

DEMOKRATIEPOLITISCHE UNTERSTÜTZUNG: <ul style="list-style-type: none">– POLITIKERINNEN BEIM AUFBAU VON NETZWERKEN GEHOLFEN– FRAUEN BEI DER UNTERNEHMENSGRÜNDUNG GEHOLFEN
--

– **MÄDCHEN ÜBER BILDUNG UND HÄUSLICHE
GEWALT AUFGEKLÄRT**

POLITISCH-MILITÄRISCHE DIMENSION
WIRTSCHAFTS- UND UMWELTDIMENSION
MENSCHLICHE DIMENSION
DIMENSIONSÜBERGREIFEND

*Für diesen Bericht wurden alle Daten in den Piktogrammen den von Institutionen,
Feldoperationen und Organen der OSZE gelieferten Informationen entnommen.*

BERICHT DES AMTIERENDEN VORSITZES

Der Vorsitz wechselt jährlich, Amtierender Vorsitzender ist der jeweilige Außenminister.

2013: Die Ukraine im Vorsitz der OSZE

www.osce.org/cio

GEMEINSAME VISION – GEMEINSAME ZIELE – GEMEINSAMES HANDELN

Als die Ukraine im Januar den OSZE-Vorsitz übernahm, verteilte sie ein Dokument, aus dem hervorging, was sie sich für 2013 vorgenommen hatte. In diesen „Handlungsprioritäten“ wurde auf einen ausgewogenen Ansatz in Bezug auf die politisch-militärische Dimension, die Wirtschafts- und Umweltdimension und die menschliche Dimension der Organisation Wert gelegt. Die oberste Zielsetzung der Ukraine lautete: die grundlegenden Prinzipien und Ziele der OSZE weiterverfolgen und das Vertrauen zwischen ihren Teilnehmerstaaten fördern.

„Die OSZE nimmt einen besonderen Platz unter den internationalen Organisationen ein, da sie einzigartige Vorteile und Möglichkeiten bietet, die sich aus ihren Ursprüngen, ihrer geographischen Reichweite und ihrem umfassenden Sicherheitskonzept ergeben. Sie ist und bleibt eine unverzichtbare Plattform für einen alle einbeziehenden Dialog unter gleichwertigen Partnern mit unterschiedlichem geographischem, politischem und kulturellem Hintergrund.“

Leonid Koschara, Außenminister der Ukraine und Amtierender Vorsitzender der OSZE 2013
in seiner Rede vor dem Ständigen Rat am 17. Januar 2013 in Wien

www.osce.org/cio/98766

EIN STARKER POLITISCHER IMPULS: DIE EINLEITUNG DES HELSINKI+40-PROZESSES

Gemäß einem Beschluss, der 2012 auf dem Ministerratstreffen von Dublin gefasst worden war, setzte der ukrainische Vorsitz den dreijährigen Helsinki+40-Prozess in Gang, der einen umfassenden Rahmen für informelle Gespräche über die wesentlichen Herausforderungen bietet, vor denen die OSZE heute steht. Dieser Prozess soll die Arbeit auf dem Weg zu einer euro-atlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft durch einen starken und stetigen politischen Anstoß vorantreiben und das Vertrauen und die Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten im Vorfeld des 40. Jahrestags der 1975 unterzeichneten Schlussakte von Helsinki stärken.

Dieser Jahrestag bietet die einmalige Gelegenheit, das Bekenntnis der Teilnehmerstaaten zum Konzept der umfassenden, kooperativen, und unteilbaren Sicherheit für alle zu bekräftigen und den kooperativen „Geist von Helsinki“ wiederaufleben zu lassen, der den Boden für die bahnbrechende Schlussakte von Helsinki bereitet hat. Der Helsinki+40-Prozess, der die Errungenschaften der Organisation in allen drei Dimensionen aufgreift und als Ausgangsbasis betrachtet, hat zum Ziel, das Vertrauen untereinander zu stärken und die Rolle der Organisation im heutigen, einem raschen Wandel unterworfenen Sicherheitsumfeld näher zu definieren, um sicherzustellen, dass sie für die Herausforderungen des einundzwanzigsten Jahrhunderts gerüstet ist.

Der Vorsitz richtete eine informelle Helsinki+40-Arbeitsgruppe auf Botschafterebene ein, in der alle 57 Teilnehmerstaaten vertreten sind. Von März bis Mai führten die OSZE-Botschafter eine strategische „Orientierungsdebatte“, um Bedrohungen und Heraus-

forderungen zu bewerten und zu erörtern, welchen Platz die Organisation im gegenwärtigen Sicherheitsgefüge einnimmt und in welchen Bereichen sie eine größere Rolle spielen könnte.

Nach Abschluss dieser Debatte befand der Vorsitz, dass bei acht konkreten Themen eine brauchbare Grundlage für sachbezogene Gespräche vorhanden sei:

- Wirksamkeit und Effizienz der OSZE
- strategische Ausrichtung der Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE
- Regelungen für konventionelle Rüstungskontrolle und VSBM
- Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen, insbesondere jener in der menschlichen Dimension
- Fähigkeit der OSZE, zur Lösung von Langzeitkonflikten beizutragen
- Kapazitäten der OSZE im gesamten Verlauf eines Konfliktzyklus
- Kapazitäten der OSZE im Hinblick auf die Bewältigung grenzüberschreitender Bedrohungen
- Interaktion mit Kooperationspartnern sowie internationalen und regionalen Organisationen

Ab Juni fanden Gespräche zu den ersten fünf Themen statt. Der Vorsitz beschloss gemeinsam mit der Schweiz und Serbien, die 2014 und 2015 den Vorsitz führen werden, OSZE-Botschafter zu Koordinatoren für bestimmte Themen zu bestellen und einen „Fahrplan“ auszuarbeiten, um strategischer und koordinierter vorgehen zu können und in den Prozess eine mehrjährige Perspektive einzubringen. Dieser Fahrplan, der für jeden Bereich die wichtigsten Ziele und mögliche Ergebnisse definiert, wurde im Dezember auf dem Ministerratstreffen in Kiew vorgestellt.

HÖHEPUNKTE

17. JANUAR, WIEN, Amtierender Vorsitzender gibt die Prioritäten der Ukraine für den OSZE-Vorsitz 2013 bekannt

21. – 22. JANUAR, LEMBERG, „5+2“-Gespräche zur Beilegung des Transnistrien-Konflikts

18. – 19. MÄRZ, ADELAIDE, OSZE/Australien-Konferenz über die Sicherheit von Frauen und Mädchen

27. MÄRZ, GENÈVE, Kovorsitz in der 23. Runde der Internationalen Genfer Gespräche

25. APRIL, WIEN, Erörterungen auf dem 1. Zusätzlichen Treffen zur menschlichen Dimension zur Frage, wie der Reiseverkehr für die Menschen im OSZE-Raum freier gestaltet werden kann

7. MAI, WIEN, Runder Tisch zur Förderung der Religions- und Glaubensfreiheit und Erleichterung des interreligiösen Dialogs

8. – 11. MAI, NEW YORK/WASHINGTON, Rede des Vorsitzenden vor dem UN-Sicherheitsrat und Besuch in Washington, D.C.

- 13. – 15. MAI, WARSCHAU**, Seminar zur menschlichen Dimension über rechtliche Rahmenbedingungen für Medienfreiheit
- 21. – 22. MAI, TIRANA**, hochrangige OSZE-Konferenz zur Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung
- 23. – 24. MAI, ODESSA**, „5+2“-Gespräche zur Beilegung des Transnistrien-Konflikts
- 26. JUNI, GENÈVE**, 24. Treffen im Rahmen der Internationalen Genfer Gespräche
- 10. – 11. JUNI, KIEW**, hochrangige Konferenz des Vorsitzes für Entscheidungsträger und Experten über ein verstärktes Vorgehen der OSZE gegen den Menschenhandel
- 18. – 19. JUNI, WIEN**, Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz der OSZE über grenzüberschreitende Bedrohungen, die Verhütung und Lösung von Konflikten, konventionelle Rüstungskontrolle und Afghanistan
- 25. JUNI, WIEN**, 13. Konferenz der OSZE im Rahmen der Allianz gegen den Menschenhandel
- 11. JULI, WIEN**, Zusätzliches Treffen zur menschlichen Dimension zum Thema Schutz der Menschenrechte durch Stärkung der Rechtsstaatlichkeit
- 17. JULI, WIEN**, Bestellung von Astrid Thors zur Hohen Kommissarin der OSZE für nationale Minderheiten
- 17. JULI, WIEN**, weitere Runde der „5+2“-Gespräche zur Beilegung des Transnistrien-Konflikts
- 20. JULI – 1. AUGUST, KRIM**, vom Vorsitz veranstalteter OSZE-Jugendgipfel
- 25. JULI, WIEN**, Expertentreffen über die Verhütung und Bekämpfung des illegalen Drogenhandels im Internet
- 11. – 13. SEPTEMBER, PRAG**, nachhaltige Energie und ökologische Folgen energiebezogener Aktivitäten im Brennpunkt des Wirtschafts- und Umweltforums der OSZE
- 23. SEPTEMBER – 4. OKTOBER, WARSCHAU**, Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension der OSZE, größte Veranstaltung in der menschlichen Dimension
- 3. OKTOBER, BRÜSSEL**, neue Runde der „5+2“-Gespräche zur Beilegung des Transnistrien-Konflikts
- 17. – 18. OKTOBER, ASCHGABAT**, hochrangige Konferenz über Energiesicherheit und Nachhaltigkeit in der OSZE-Region
- 28. – 29. OKTOBER, MONACO**, OSZE-Konferenz über die Rolle der Frauen bei der Schaffung von Wohlstand in der Mittelmeerregion
- 6. NOVEMBER, GENÈVE**, 25. Treffen im Rahmen der Internationalen Genfer Gespräche

16. –17. DEZEMBER, WIEN, Seminar des Vorsitzes über die Geschichte der Mediationsbemühungen der OSZE im Prozess zur Beilegung des Transnistrien-Konflikts

5. – 6. DEZEMBER, KIEW, 20. Ministerratstreffen der OSZE

EINE DER OBERSTEN PRIORITÄTEN DES VORSITZES: ZUR LÖSUNG DER LANGZEITKONFLIKTE BEITRAGEN

„Wir sind überzeugt, dass die sogenannten Langzeitkonflikte nach wie vor eine ernste Bedrohung für unsere regionale Stabilität darstellen. Den Parteien bei der Suche nach einer politischen Lösung zu helfen, sollte für die OSZE, den Vorsitz und alle Teilnehmerstaaten weiterhin höchste Priorität haben. Von den bewährten und erprobten Instrumenten, über die die OSZE verfügt, wie Dialogerleichterung, Mediation, vorbeugende Diplomatie und nichtmilitärische vertrauensbildende Maßnahmen sowie kapazitätsaufbauende und friedensstiftende Aktivitäten, muss Gebrauch gemacht werden, um auf die unmittelbaren Bedürfnisse der Bevölkerung in den von Konflikten betroffenen Gebieten einzugehen. Das würde zur Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens zwischen Menschen, Volksgruppen und Nationen beitragen und den Weg für eine nachhaltige Konfliktlösung ebnen.“

Der Amtierende Vorsitzende der OSZE

in seiner Rede vor dem Ständigen Rat der OSZE am 17. Januar 2013 in Wien

Der Vorsitz nahm mit allen Seiten Kontakt auf, um in die Gespräche über die Lage in Transnistrien Bewegung zu bringen. Im Januar besuchte der Amtierende Vorsitzende erstmals Moldau, wo er betonte, wie sehr der Ukraine daran gelegen sei, dass es im Transnistrien-Konflikt zu Fortschritten kommt.

DER PROZESS ZUR BEILEGUNG DES TRANSNISTRIEN-KONFLIKTS: CHRONOLOGIE DER EREIGNISSE

BRÜSSEL, 4. Oktober 2013	Seminar „Welchen Nutzen bringt der Frieden – eine neue Perspektive für den Prozess zur Beilegung des Transnistrien-Konflikts“. Die Teilnehmer erörterten politische Aspekte des Verhandlungsprozesses.
DEUTSCHLAND, 30. – 31. Oktober 2013	OSZE-Konferenz in Landshut zu möglichen vertrauensbildenden Maßnahmen im Prozess zur Beilegung des Transnistrien-Konflikts
WIEN, 16. Dezember 2013	Seminar „Die Geschichte der Mediationsbemühungen der OSZE im Prozess zur Beilegung des Transnistrien-Konflikts – Was daraus gelernt wurde und noch zu lernen ist“. Die Teilnehmer gingen das Konfliktlösungsinstrumentarium der OSZE durch und erörterten die Frage, wie Krisen am besten gelöst werden können und die Zivilgesellschaft dazu veranlasst werden kann, die „5+2“-Verhandlungen zu unterstützen.

2013 fanden fünf Verhandlungsrunden im „5+2“-Format statt, die den Verhandlungsprozess in Schwung hielten. Sie wurden im Zusammenhang mit bilateralen Treffen zwischen den beiden Seiten auf verschiedenen Ebenen abgehalten, darunter zwei Treffen des moldauischen Premierministers und des transnistrischen Führers am 23. September und 30. Oktober.

Die Atmosphäre bei den Verhandlungen war nach wie vor angespannt. In der Sicherheitszone kam es zu mehreren Zwischenfällen und der Vorsitz musste aktiv werden, um die Spannungen abzubauen. In einigen problematischen Fragen konnte man sich aber auf Kompromisslösungen einigen. Eine veraltete Seilbahn über den Nistru/Dnister wurde abgetragen, und in Umweltfragen wird jetzt besser zusammengearbeitet.

Im Rampenlicht stand auch Georgien. Als Kovorsitz der Internationalen Genfer Gespräche legte der Vorsitz gemeinsam mit der Europäischen Union und den Vereinten Nationen große Anstrengungen an den Tag, um in Bezug auf die Sicherheit und Stabilität in den georgischen Konfliktgebieten Fortschritte zu erzielen. 2013 fanden vier Gesprächsrunden statt, und der Vorsitzende besuchte am 18. Juni Georgien, wo er mit der Führung die Aussichten für ein Vorankommen bei den Gesprächen erörterte.

Ungeachtet der gegensätzlichen Standpunkte der Teilnehmer setzten sich die Kovorsitze bei den georgischen, abchasischen, südossetischen und russischen Vertretern für eine Verbesserung der Lage der Bevölkerung in den Konfliktgebieten ein, unter anderem im Rahmen des Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen, einer im Februar 2009 geschaffenen Maßnahme, die den Parteien Gelegenheit gibt, Alltagsprobleme der betroffenen Gemeinschaften zu erörtern. Die Kovorsitze waren vor allem um Fortschritte in Bezug auf eine gemeinsame Erklärung über die Nichtanwendung von Gewalt bemüht, die zur Sicherung der Stabilität beitragen würde.

Eine weitere herausfordernde Frage war der Berg-Karabach-Konflikt. Der Vorsitz unterstützte die Kovorsitze der Minsk-Gruppe bei der Förderung des Dialogs zwischen Aserbaidschan und Armenien im Hinblick auf eine Beilegung dieses Konflikts.

Während seiner Besuche in Aserbaidschan am 7. und 8. Juli und in Armenien am 15. Juli ging der Vorsitzende in Gesprächen mit den Präsidenten Alijew und Sargsjan auf diese Frage ein. Er betonte, dass die Waffenruhe unbedingt eingehalten werden müsse, und rief ein weiteres Mal zu einem aktiveren Engagement in den Verhandlungen über die Grundprinzipien einer Lösung auf.

Der Amtierende Vorsitzende ernannte Botschafter **Andri Deschtschyzja** zu seinem Sonderbeauftragten für Konflikte. Er besuchte die Konfliktgebiete in der OSZE-Region und suchte nach gemeinsamen Interessen, die bei der Festlegung einer gemeinsamen Verhandlungsagenda dienlich sein könnten.

Botschafter Deschtschyzja führte in fünf Runden der „5+2“-Gespräche zur Beilegung des Transnistrien-Konflikts den Vorsitz, war Kovorsitzender in vier Sitzungen der Internationalen Genfer Gespräche und half bei der Organisation von elf Treffen im Rahmen des Ergneti-Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen.

GEWÄHRLEISTUNG VON GRÖßERER MILITÄRISCHER STABILITÄT, TRANSPARENZ UND BERECHENBARKEIT

Die vom Vorsitz am 19. und 20. Juni in Wien veranstaltete Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz 2013 erwies sich als nützliche Plattform für Überlegungen über die Sicherheitslage im OSZE-Raum, die Prüfung gemeinsamer Antworten auf Bedrohungen und Herausforderungen auf dem Gebiet der Sicherheit und die Förderung der Zusammenarbeit in

verschiedenen sicherheitspolitischen Bereichen. Die Konferenz sollte den politischen Dialog verstärken, wozu die Teilnahme zahlreicher wichtiger Entscheidungsträger und Experten aus den Teilnehmerstaaten, verschiedenen internationalen und regionalen Organisationen und anderen sicherheitsrelevanten Institutionen beitrug. Erörtert wurden grenzüberschreitende Bedrohungen und Herausforderungen, alle Aspekte des Konfliktzyklus, Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Afghanistan.

Als überzeugter Befürworter weltweiter Regelungen zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen erreichte der Vorsitz einen Konsens über die Aktualisierung der OSZE-Prinzipien zur Regelung der Nichtverbreitung von 1994. Dieser Beschluss wurde vom Ministerrat im Dezember gebilligt.

In Zusammenarbeit mit dem liechtensteinischen, dem litauischen und dem luxemburgischen Vorsitz des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) setzte der Vorsitz eine Diskussion über die Rolle der konventionellen Rüstungskontrolle und der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen im europäischen Sicherheitsgefüge in Gang. 2013 führte der Vorsitz eine Reihe von Veranstaltungen durch:

- Vorstellung der Initiative in einer Plenarsitzung des FSK, Februar
- Sicherheitsdialog im FSK-Plenum, Mai
- Arbeitssitzung der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz, Juni
- Informelle Sitzung der Helsinki+40-Arbeitsgruppe, September
- Sicherheitsdialog im FSK-Plenum, Oktober
- Sicherheitsdialog im FSK-Plenum, November

Bei den „Security Days“ der OSZE im März gab es eine Diskussion über die Entwicklung eines neuen Ansatzes in Fragen der konventionellen Rüstungskontrolle.

BEWÄLTIGUNG GEMEINSAMER SICHERHEITSBEDROHUNGEN

Besondere Aufmerksamkeit widmete der Vorsitz einer besseren Koordination und einem kohärenteren Vorgehen im Kampf gegen grenzüberschreitende Bedrohungen. Im Zentrum seiner Tätigkeit stand die Umsetzung des Ministerratsbeschlusses von Dublin über die Bemühungen der OSZE im Umgang mit grenzüberschreitenden Bedrohungen in dem Bestreben, den politischen Verpflichtungen eine wirksame und nachhaltige programmatische Arbeit folgen zu lassen.

Vom 8. bis 10. April veranstaltete der Vorsitz in Kiew das jährliche Treffen des OSZE-Netzwerks der nationalen Kontaktstellen für Grenzsicherung und Grenzmanagement. Die Teilnehmer erörterten den Beitrag der nationalen Kontaktstellen zur Verbesserung des Grenzmanagements und der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen. Weitere Themen des Treffens waren Kommunikationsstrategien, umweltpolitische und wirtschaftliche grenzüberschreitende Initiativen, Möglichkeiten zur Verstärkung der multilateralen Zusammenarbeit und aktuelle Herausforderungen an die Grenzsicherung und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

„Da die Bedrohung durch den Terrorismus anhält, müssen auch wir ihn gemeinsam weiterhin entschlossen bekämpfen. Und da sich die Bedrohung durch den Terrorismus

weiterentwickelt, muss auch die internationale Gemeinschaft immer wieder neue Antworten finden. Im Vorgehen gegen den Terrorismus müssen die Staaten jedoch immer das hochhalten und schützen, was Terroristen verneinen und untergraben wollen: die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit.“

Botschafter Ihor Prokoptschuk, Vorsitzender des Ständigen Rates

Am 25. und 26. Juli organisierten der Vorsitz und das Sekretariat in Wien eine OSZE-weite Konferenz über die Verhütung des illegalen Drogenhandels im Internet.

Hauptziel der Veranstaltung war die Weitergabe von Informationen und Beispielen guter Praxis, um der OSZE die Möglichkeit zu geben, sich verstärkt um die Verhütung des illegalen Drogenhandels – beispielsweise mit modernen Technologien und Kommunikationssystemen – zu bemühen. Die Teilnehmer erörterten jüngste Trends im illegalen Drogenhandel und neue computergestützte forensische Untersuchungsmethoden. Sie prüften auch die Frage, wie im Kampf gegen den Online-Handel mit Drogen eine stärkere internationale und regionale Zusammenarbeit aufgebaut werden kann.

Die teilnehmenden Vertreter der Privatwirtschaft erörterten, auf welche Weise sie zur Bekämpfung des Drogenhandels über das Internet beitragen und ihre Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden intensivieren können. Unter den Teilnehmern waren auch andere internationale und regionale Organisationen, die sich im Kampf gegen Drogenschmuggel und Geldwäsche engagieren.

Am 10. und 11. Oktober veranstaltete die Ukraine in Kiew eine Konferenz über Terrorismusbekämpfung, auf der die Teilnehmerstaaten die Herausforderungen, Besorgnisse und Initiativen im Kampf gegen gewalttätigen Extremismus und die zu Terrorismus führende Radikalisierung erörterten. Weitere Themen waren öffentlich-private Partnerschaften, die Zusammenarbeit im Bereich der Strafverfolgung sowie der Schutz der Menschenrechte und die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit im Zuge der Terrorismusbekämpfung.

Am 24. und 25. Oktober wurde in Wien das jährlich stattfindende Treffen von Polizeixperten abgehalten. Experten und Vertreter des Polizeidienstes vieler Teilnehmerstaaten und Mitarbeiter von Feldoperationen der OSZE nahmen an dieser Veranstaltung teil. Gegenstand ihrer Erörterungen waren Normen, Standards und Beispiele nationaler Polizeireformen, bürgernahe Polizeiarbeit und die Entwicklung internationaler, nationaler und lokaler Rahmenbedingungen für die Verbrechenverhütung. Sie begutachteten auch einen neuen Leitfaden mit dem Titel „Police Reform within the Framework of Criminal Justice Sector Reform“.

„Vor dem Hintergrund neuer politischer und wirtschaftlicher Herausforderungen müssen die OSZE-Teilnehmerstaaten an einem Strang ziehen, wenn sie grenzüberschreitende Bedrohungen wie Terrorismus, illegalen Drogenhandel und Menschenhandel, Internetkriminalität und Straftaten an den Grenzen wirksam bekämpfen wollen.“

Aus „Handlungsprioritäten“, dem strategischen Rahmen der Ukraine für ihren Vorsitz 2013

Eine der obersten Prioritäten des Vorsitzes war es, die Ausarbeitung eines Satzes vertrauensbildender Maßnahmen im Bereich der Internetsicherheit und der Sicherheit der Informations- und Kommunikationstechnologie zu unterstützen. Diese Bemühungen vollzogen sich in einer informellen offenen Arbeitsgruppe und mündeten in die einvernehmliche Verabschiedung eines Ministerratsbeschlusses in Kiew.

Damit wurde die Grundlage für weitere Gespräche über die Rolle der OSZE in diesem wichtigen Bereich geschaffen. Da die Abhängigkeit von neuen Technologien wohl noch zunehmen wird, ist es wichtig, dass die Teilnehmerstaaten Maßnahmen ergreifen, um die Bedrohungen, die möglicherweise damit einhergehen, zu bewältigen.

STÄRKUNG DER WIRTSCHAFTS- UND UMWELTSICHERHEIT

Im Zentrum des Interesses des Vorsitzes stand die Reduzierung des ökologischen Fußabdrucks energiebezogener Aktivitäten. Sein wichtigstes Ziel war es, durch die Herstellung von Einvernehmen über den zukünftigen Ansatz der Organisation in Bezug auf den Zusammenhang zwischen Energie und Umwelt zu Stabilität und Sicherheit beizutragen. Im Mittelpunkt dieser Bemühungen stand der Prozess rund um das jährliche Wirtschafts- und Umweltforum der OSZE mit seinen zwei Vorbereitungstreffen im Februar und April in Wien bzw. Kiew und dem abschließenden Treffen im September in Prag. Das Forum bot Gelegenheit zur Erörterung der sicherheitspolitischen Herausforderungen im Energie- und Umweltbereich und zur Förderung der Zusammenarbeit in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energie im OSZE-Raum.

Auf den beiden Vorbereitungstreffen wurden Wege zur Verstärkung der Zusammenarbeit auf folgenden Gebieten besprochen: neue und erneuerbare Energiequellen; die Zusammenhänge zwischen nachhaltiger Energie und „Grünem Wachstum“, Energieeffizienz und Energieeinsparungen; Good Governance im Energiebereich; Förderung von Innovation auf dem Gebiet der nachhaltigen Energie; Stärkung öffentlich-privater Partnerschaften; Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft bei der Förderung nachhaltiger Energielösungen.

Aus dem Wirtschafts- und Umweltforum in Prag ergaben sich einige wichtige Schlussfolgerungen und Empfehlungen, die bei der Vorbereitung des Kiewer Ministerratstreffens berücksichtigt wurden. Die auf dem Forum erörterten Ideen wurden auf einer hochrangigen internationalen Konferenz über Energiesicherheit näher betrachtet, die der Vorsitz am 17. und 18. Oktober gemeinsam mit der turkmenischen Regierung in Aschgabat veranstaltete. Dieses Treffen, das sich mit den Voraussetzungen für die Entwicklung des Energiesektors, der Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit im Energiebereich, der Sicherheit und Verlässlichkeit des Energietransports und der Energieinfrastruktur und der Förderung von nachhaltiger Energie einschließlich Energieeffizienz befasste, ergänzte den wirtschafts- und umweltpolitischen Diskurs des Jahres 2013.

STÄRKUNG DER UMSETZUNG DER VERPFLICHTUNGEN IN DER MENSCHLICHEN DIMENSION

2013 hatten für den ukrainischen Vorsitz die Themen Medienfreiheit, Bekämpfung des Menschenhandels und Erziehung der Jugend zu Toleranz und Nichtdiskriminierung oberste Priorität.

Wichtige Schwerpunkte des Vorsitzes waren außerdem Fragen wie die Freizügigkeit, der interreligiöse Dialog zur Förderung der Religions- und Glaubensfreiheit, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sowie demokratische Wahlen und die Wahlbeobachtung. Mit Unterstützung der Teilnehmerstaaten sorgte der Vorsitz 2013 durch mehrere erfolgreiche

Veranstaltungen für ein ausgewogenes und sachbezogenes Programm in der menschlichen Dimension:

- Ein Zusätzliches Treffen zur menschlichen Dimension über Freizügigkeit und menschliche Kontakte am 25. und 26. April in Wien bot Gelegenheit zu einer ausführlichen Diskussion über programmatische Lösungen für Fragen der Freizügigkeit und der grenzüberschreitenden Mobilität.
- Das Seminar zur menschlichen Dimension über die rechtlichen Rahmenbedingungen für Medienfreiheit vom 13. bis 15. Mai in Warschau widmete sich drängenden Fragen der Medienfreiheit aus einzelstaatlicher und internationaler Sicht, wobei vor allem die gesetzlichen Grundlagen zur Gewährleistung und Förderung der Medienfreiheit diskutiert wurden. Es war eine der wenigen OSZE-Veranstaltungen über Medienfreiheit, zu denen Konsens unter allen Teilnehmerstaaten bestand.
- Ein Zusätzliches Treffen über rechtsstaatliche Grundsätze bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte am 11. und 12. Juli in Wien befasste sich mit der Rolle der verschiedenen Rahmenbedingungen und Instrumente zum Schutze der Menschenrechte und zur Verhütung von Menschenrechtsverletzungen.
- Eine hochrangige Konferenz am 21. und 22. Mai in Tirana war der Bekämpfung von Diskriminierung und Intoleranz sowie der Verhütung von Hassdelikten und dem Umgang mit solchen Taten gewidmet.
- Eine hochrangige Konferenz über die Bekämpfung des Menschenhandels am 10. und 11. Juni in Kiew erörterte Möglichkeiten zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten und zur Verbesserung der Maßnahmen gegen den Menschenhandel. Die Konferenz sollte die Voraussetzungen für die Erarbeitung eines Zusatzes zum OSZE-Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels von 2003 schaffen.
- Ein OSZE-Jugendgipfel vom 20. Juli bis 1. August im Internationalen Kinderzentrum „Artek“ auf der Krim (Ukraine) hatte zum Ziel, Toleranz und Nichtdiskriminierung, die Achtung der Vielfalt, eine friedliche Entwicklung und Freundschaft zu fördern. Er machte auch junge Menschen mit der Arbeit der OSZE vertraut.

Das Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension vom 23. September bis 4. Oktober in Warschau übertraf sowohl hinsichtlich der Teilnehmerzahl als auch der Anzahl der Parallelveranstaltungen mit der Zivilgesellschaft alles Bisherige. Das hohe Niveau der Diskussionen bestätigte einmal mehr den Wert dieser Veranstaltung als wichtiges Forum, in dem die OSZE-Teilnehmerstaaten ihr Engagement für die Prinzipien der Demokratie, die Menschenrechte, Grundfreiheiten und Rechtsstaatlichkeit bekräftigen können. Sie bot ihnen auch Gelegenheit zur Erörterung von Möglichkeiten zur Stärkung der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in der menschlichen Dimension.

DIE SONDERBEAUFTRAGTE FÜR GENDERFRAGEN

www.osce.org/cio/srgender

Die Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzes für Genderfragen, **June Zeitlin**, förderte mit ihrer Arbeit die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen zur Gleichstellung der

Geschlechter, die der ukrainische Vorsitz zur Priorität erklärt hatte. Sie besuchte Armenien, Griechenland, Georgien, die Schweiz und Spanien, wo sie mit Entscheidungsträgern und Vertretern der Zivilgesellschaft Gespräche über diese Verpflichtungen führte. Wichtige Diskussionspunkte waren dabei die Nichtdiskriminierung, die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, entschlosseneren Maßnahmen zur Förderung der Vertretung der Frauen in den politischen Entscheidungsinstanzen, die Stärkung der wirtschaftlichen Stellung der Frauen und die Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über Frauen, Frieden und Sicherheit.

Berichte über Länderbesuche: www.osce.org/cio/96657

Sie nahm auch an den Neunten Kiewer Gesprächen über Genderpolitik, am OSZE-Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension in Warschau, an Sitzungen des Ständigen Rates und an weiteren Treffen über Geschlechtergleichstellung und Frauenrechte teil.

Das letzte Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension des Jahres 2013 am 7. und 8. November beging den 10. Jahrestag des OSZE-Aktionsplans zur Verbesserung der Lage der Roma und Sinti und zog Bilanz aus seiner Umsetzung.

Alle Veranstaltungen zur menschlichen Dimension des Berichtsjahres leisteten einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in der menschlichen Dimension.

FÖRDERUNG VON TOLERANZ UND NICHTDISKRIMINIERUNG DURCH JUGENDERZIEHUNG

www.osce.org/cio/104072

„Unsere Unterschiedlichkeit ist unser Reichtum, unsere Einigkeit ist unsere Stärke“ – so lautete das Motto des unter ukrainischem OSZE-Vorsitz veranstalteten OSZE-Jugendgipfels auf der Krim, zu dem sich mehr als 500 junge Menschen aus rund 60 Ländern der OSZE-Teilnehmerstaaten und -Kooperationspartner versammelten.

„Die Mitwirkung der Jugend kann der OSZE dabei helfen, ihre Ziele zu verwirklichen. Jungen Leuten sollte eine Stimme gegeben werden. ... [Sie] können eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung von Diskriminierung und der Förderung der Vielfalt, der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander spielen.“

Der Amtierende Vorsitzende der OSZE bei der Eröffnung der Veranstaltung, an der auch der Generalsekretär teilnahm.

Der „Artek“-Jugendgipfel, der 1925 erstmals abgehalten wurde, sollte Jugendliche verstärkt in die OSZE-Aktivitäten einbeziehen.

PERSÖNLICHE BEAUFTRAGTE FÜR DIE BEKÄMPFUNG VON INTOLERANZ UND DISKRIMINIERUNG

- Botschafter Adil Achmetow, Persönlicher Beauftragter für die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen
- Botschafterin Tetjana Ischewska, Persönliche Beauftragte für die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung mit dem weiteren Schwerpunkt Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Christen und Angehörigen anderer Religionen
- Rabbi Andrew Baker, Persönlicher Beauftragter für die Bekämpfung von Antisemitismus

Die drei Persönlichen Beauftragten bemühten sich um eine bessere Koordinierung der Maßnahmen der Teilnehmerstaaten zur Umsetzung der einschlägigen Beschlüsse des Ministerrats und des Ständigen Rates in den Bereichen Toleranz und Nichtdiskriminierung. Sie absolvierten gemeinsame Länderbesuche in Belgien und Griechenland und nahmen an mehreren Konferenzen teil. Rabbi Baker reiste zusätzlich in offizieller Funktion nach Frankreich, Italien, Lettland und Rumänien. Die drei Persönlichen Beauftragten brachten bei ihren Besuchen in Gesprächen mit Vertretern des Staates und der Zivilgesellschaft verschiedene Fragen der Toleranz und Nichtdiskriminierung zur Sprache, darunter vor allem die Rolle der Bildung im Kampf gegen Diskriminierung und Intoleranz, die Untersuchung und Meldung von Hassdelikten gegen Muslime, Antisemitismus im öffentlichen Diskurs und gegen Christen gerichtete Intoleranz und Angriffe.

Ferner nahmen die Persönlichen Beauftragten gemeinsam oder einzeln an folgenden Veranstaltungen teil: der Hochrangigen OSZE-Konferenz über Toleranz und Nichtdiskriminierung (einschließlich einer Veranstaltung über die Erziehung Jugendlicher zu Toleranz und Nichtdiskriminierung), dem OSZE-Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension, dem Treffen am Runden Tisch über den interreligiösen Dialog zur Förderung der Religions- und Glaubensfreiheit und dem 5. Globalen Forum der Allianz der Zivilisationen der Vereinten Nationen. Die Aktivitäten der Persönlichen Beauftragten waren ein wichtiger Bestandteil der allgemeinen OSZE-Arbeit zur Bekämpfung von Diskriminierung und zur Förderung von Toleranz.

VERSTÄRKUNG DER ERGEBNISORIENTIERTEN ZUSAMMENARBEIT MIT OSZE-PARTNERN

Besonderes Gewicht legte der Vorsitz auf die Verstärkung des Dialogs mit den Kooperationspartnern der OSZE im Mittelmeerraum und in Asien. Am 8. Februar unterstützte er ein Seminar in Rom – das erste seiner Art, das sich mit dem Menschenhandel von der Südküste des Mittelmeeres nach Europa befasste, insbesondere jenem zum Zweck der Ausbeutung von Arbeitskräften. Beamte und Vertreter der Zivilgesellschaft erörterten im Zusammenhang mit der Ausbeutung von Migranten die Frage, wie der Schutz ihrer Rechte, die Verfolgung der Täter und eine wirksame Prävention gewährleistet werden kann.

Bei der OSZE/Australien-Konferenz am 18. März in Adelaide erörterten die Teilnehmerstaaten und die asiatischen Kooperationspartner, wie die Sicherheit von Frauen und Mädchen verbessert werden kann und Frauen zu wirtschaftlicher Selbstbestimmung befähigt werden können und wie der Menschenhandel in all seinen Formen bekämpft werden

soll. Sechs Monate später, am 28. und 29. Oktober, prüfte die Mittelmeerkonferenz der OSZE in Monaco, wie die Teilhabe von Frauen am öffentlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben verbessert werden kann.

VERSTÄRKUNG DES OSZE-ENGAGEMENTS FÜR AFGHANISTAN

Der Vorsitz trat angesichts des bevorstehenden politischen Wandels im Jahr 2014 für ein verstärktes Engagement der OSZE für Afghanistan ein und führte in dieser Frage Gespräche über die Entwicklung kollektiver Maßnahmen im OSZE-Raum. Zwischen den Teilnehmerstaaten, Afghanistan und anderen Kooperationspartnern herrschte weitgehend Einvernehmen über die Notwendigkeit, sich mit den Sicherheitsrisiken auseinanderzusetzen, die in Afghanistan und der gesamten zentralasiatischen Region neu entstehen. Das wurde auch am 12. März bei einer Veranstaltung zu Afghanistan im Rahmen der „Security Days“ und am 19. und 20. Juni in einer Sondersitzung der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz deutlich zum Ausdruck gebracht.

STÄRKUNG DER DEMOKRATIE UND STABILITÄT IN AFGHANISTAN

Auf Ersuchen der afghanischen Regierung beschloss der Ständige Rat am 24. Oktober die Entsendung eines Wahlunterstützungsteams, das bei den für den 5. April 2014 angesetzten Präsidentschafts- und Provinzratswahlen Hilfestellung leisten soll.

Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) wird dieses Team, dem bis zu 20 Mitarbeiter angehören werden, zusammenstellen. Es wird in enger Koordination mit nationalen, regionalen und internationalen Vertretern agieren und einen Bericht über den Wahlprozess erstellen, einschließlich eines Katalogs von Empfehlungen an die Regierung, die in der Zeit nach der Wahl umzusetzen sein werden, um die Durchführung künftiger Wahlgänge und die rechtlichen Rahmenbedingungen und Verfahren Afghanistans zu verbessern. Für das Team werden alle notwendigen Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden.

Die OSZE und das BDIMR haben schon in den Jahren 2004, 2005, 2009 und 2010 Wahlunterstützungsteams nach Afghanistan entsandt.

DAS 20. TREFFEN DES OSZE-MINISTERRATS IN KIEW

www.osce.org/event/mc_2013

Am 5. und 6. Dezember begrüßte der Vorsitz Minister aus den Teilnehmerstaaten und den Ländern der Kooperationspartner in der ukrainischen Hauptstadt zum 20. Ministerratstreffen.

Ausgehend von den im Laufe des Jahres geführten Diskussionen schlug die Ukraine ein ausgewogenes Paket von Beschlüssen vor, mit dem Schwerpunkt in jenen Bereichen, die einen positiven Beitrag zur Umsetzung des umfassenden Sicherheitskonzepts der OSZE leisten können.

Die Minister stimmten einer Reihe wichtiger Beschlüsse zu, die einen soliden Rahmen für die Arbeit der Organisation im Jahr 2014 bieten und zu den Bemühungen um Stärkung des Vertrauens in der OSZE-Region beitragen.

Der Ministerrat erzielte Konsens über die Förderung des Helsinki+40-Prozesses, die Definition der Rolle der OSZE im Bereich der Internetsicherheit und der Sicherheit der Informations- und Kommunikationstechnologie, die Verstärkung ihrer Fähigkeiten zur Bekämpfung des Menschenhandels, den Umgang mit grenzüberschreitenden Bedrohungen und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und die Stärkung ihres Mandats im Bereich Energie und Umwelt. Die Minister vereinbarten auch Erklärungen über den Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage und den Berg-Karabach-Konflikt – eine klare Botschaft, dass die OSZE-Staaten entschlossen sind, bei der Lösung dieser Konflikte Fortschritte zu erzielen.

Zum ersten Mal seit drei Jahren verabschiedete der Ministerrat auch Beschlüsse im Bereich der menschlichen Dimension der OSZE.

VERANSTALTUNGEN AM RANDE DES KIEWER MINISTERRATS

- Die zivilgesellschaftliche Parallelkonferenz, an der Vertreter von Nichtregierungsorganisationen und der Wissenschaft teilnahmen, befasste sich mit der Lage der Menschenrechte in der Region und legte dem Vorsitz einen Katalog strategischer Empfehlungen vor.
- Bei einer vom Vorsitz veranstalteten Podiumsdiskussion unter dem Titel „Helsinki+40 auf den Puls gefühlt: Wissenschaft trifft OSZE“ konnte sich das im Sommer 2013 geschaffene OSZE-Netz von Think Tanks und wissenschaftlichen Institutionen profilieren.
- Eine Ausstellung über die Entfernung eines als „Mélange“ bezeichneten hochgiftigen Raketentreibstoffs aus der Ukraine zeigte, welchen praktischen Nutzen die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und einem Gastland haben kann.

BESCHLÜSSE UND ERKLÄRUNGEN DES MINISTERRATS VON KIEW

<http://bit.ly/19UAr9k>

ERKLÄRUNGEN UND ANDERE DOKUMENTE

- | | |
|---|--|
| 1 | Erklärung über die Förderung des Helsinki+40-Prozesses |
| 2 | Ministererklärung über die Verstärkung der Bemühungen der OSZE im Umgang mit grenzüberschreitenden Bedrohungen |
| 3 | Ministererklärung zur Arbeit der Ständigen Konferenz zu politischen Fragen im Rahmen des Verhandlungsprozesses zur Beilegung der Transnistrien-Frage im „5+2“-Format |
| 4 | Ministererklärung (zum Berg-Karabach-Konflikt) |
| 5 | Ministererklärung über die Aktualisierung der OSZE-Prinzipien zur Regelung der Nichtverbreitung |

BESCHLÜSSE	
1	Verlängerung des Mandats der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit (bis 11. März 2016)
2	Bestellung des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten (Astrid Thors aus Finnland)
3	Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Glaubensfreiheit
4	Verstärkung der Bemühungen der OSZE zur Umsetzung des Aktionsplans zur Verbesserung der Lage der Roma und Sinti im OSZE-Gebiet mit dem besonderen Schwerpunkt Roma- und Sinti-Frauen, -Jugendliche und -Kinder
5	Reduzierung des ökologischen Fußabdrucks der energiebezogenen Aktivitäten in der OSZE-Region
6	Schutz der Energienetze vor Natur- und vom Menschen verursachten Katastrophen
7	Bekämpfung des Menschenhandels
8	Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition
9	Zeit und Ort des nächsten Treffens des OSZE-Ministerrats (Basel, 4. und 5. Dezember 2014)

SCHRITTWEISE ÜBERGABE DER VERANTWORTUNG

Die OSZE und die Kontaktgruppe geben nun Schritt für Schritt die Verantwortung für die subregionale Rüstungskontrolle in Südosteuropa ab.

Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzender der OSZE für Artikel IV:

Generalmajor Michele Torres

www.osce.org/cio/articleiv

Mit nahezu 10.000 außer Dienst gestellten schweren Waffen und fast 700 internationalen Inspektionen in Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Montenegro und Serbien kann das Übereinkommen von 1996 über subregionale Rüstungskontrolle durchaus als Erfolgsgeschichte bezeichnet werden. Das unter Militärexperten als „Anhang 1-B Artikel IV des Friedensabkommens von Dayton“ bekannte Übereinkommen ist seit fast 20 Jahren eines der wichtigsten Instrumente zur Wiederherstellung von Frieden und Stabilität in Südosteuropa. Es war vor allem dazu gedacht, sich mit dem Arsenal an schweren Waffen auseinanderzusetzen und für militärisches Gleichgewicht in der Region zu sorgen. Bis zum heutigen Tag ist es das einzige strukturelle Rüstungskontrollübereinkommen in Europa, das vollständig umgesetzt wird.

In dem Übereinkommen wurden mehrere sehr konkrete rechtlich bindende Verpflichtungen und Rechte festgelegt:

- strenge Obergrenzen für nationale Rüstungsgüter in fünf Kategorien von schweren Waffen
- ein Reduzierungsregime
- ein Informations- und Notifikationsregime und
- ein Verifikations- und Inspektionsregime

Die Ergebnisse sind beeindruckend: Riesige Mengen an schweren Waffen wurden vernichtet, exportiert oder in Museen gebracht. Die Streitkräfte der vier Länder wurden spürbar verkleinert. Dadurch verringerte sich die Anzahl der zu inspizierenden Objekte: von 244 im Jahr 1997 auf 80 im Berichtsjahr. Als Zeichen ihres Willens zu Transparenz akzeptierten die Vertragsstaaten sogar mehr Inspektionen als vorgeschrieben – und dieser Trend setzt sich weiter fort.

„Die Teilnehmerstaaten zollen den Parteien höchste Anerkennung für ihre Entschlossenheit, die Stabilität, den Frieden und die Sicherheit in der Region zu festigen, und in jedem Treffen wird unterstrichen, welch hoher Grad an praktischer Umsetzung und Zusammenarbeit erreicht wurde.“

Generalmajor Torres, Persönlicher Beauftragter für Artikel IV

2009 trat das Übereinkommen in eine neue Phase. Es wurde ein Aktionsplan entwickelt, der die schrittweise Übertragung der Verantwortung des Büros des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzes der OSZE – das den Prozess bisher durch die Aushandlung politischer Konsenslösungen und die Gewährleistung des reibungslosen Ablaufs der Rüstungskontrollaktivitäten federführend unterstützt hatte – an die Länder selbst vorsieht.

Die erste Phase dieses Aktionsplans wurde 2012 abgeschlossen. Die Länder vereinbarten einige Änderungen des Übereinkommens und übernahmen mehrere technische Funktionen in Eigenverantwortung, die bis dahin vom Büro des Persönlichen Beauftragten wahrgenommen worden waren. Die zweite Phase, die Ende 2014 zu Ende gehen soll, sieht die Übertragung der vollen Autonomie an die Länder vor. Ab diesem Zeitpunkt wird sich die OSZE im Wesentlichen auf eine technische und logistische Unterstützungsfunktion beschränken. Das heißt jedoch nicht, dass sich die internationale Gemeinschaft nicht mehr in dem Prozess engagiert; die Organisation wird auch weiterhin engen Kontakt zu den vier Vertragsstaaten halten.

SEIT 1996 WURDEN

9 976	SCHWERE WAFFEN BESEITIGT*
695	INSPEKTIONEN UND
129	REDUZIERUNGSINSPEKTIONEN DURCHGEFÜHRT.

* *Vernichtet, exportiert oder in historischen Sammlungen ausgestellt.*

BERG-KARABACH: AUF DER SUCHE NACH EINER FRIEDLICHEN LÖSUNG

Sie ist eine der größten Herausforderungen in der OSZE-Region: die Suche nach einer dauerhaften politischen Lösung für den Konflikt um Berg-Karabach. Im März 1992 beschloss die KSZE*, in Minsk eine Konferenz zur Erörterung von Lösungsmöglichkeiten für den Konflikt abzuhalten. Diese Konferenz fand niemals statt, doch wurden der Friedensprozess und die Ländergruppe, die den Rahmen für die Verhandlungen bilden, nach dem damals geplanten Tagungsort benannt.

1994 setzte die Organisation einen Kovorsitz ein, der die Verhandlungen im Namen der Minsk-Gruppe führen sollte – eine Rolle, die seit 1997 von Frankreich, Russland und den Vereinigten Staaten wahrgenommen wird. 1995 ernannte der Amtierende Vorsitzende einen Persönlichen Beauftragten für den Konflikt.

* *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*

ALLES ANDERE ALS ROUTINE

Die tagtäglichen Herausforderungen für ein OSZE-Team in Berg-Karabach

Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst: **Botschafter Andrzej Kasprzyk**
www.osce.org/prcio

Seit dem Ausbruch des Konflikts um Berg-Karabach sind mehr als 20 Jahre vergangen, doch noch immer ist keine dauerhafte und umfassende politische Lösung in Sicht. In der Arbeit des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, Botschafter Andrzej Kasprzyk, kann von „Business-as-usual“ nicht die Rede sein. Seit seiner Ernennung im Juli 1996 reisen er und sein Mitarbeitererteam unermüdlich durch die betroffene Region, um die Lage an der Grenze und an der Kontaktlinie zu überwachen.

Die Aufgabe ist schwierig – und verlangt sorgfältiges Risikomanagement. Obwohl 1994 eine Waffenruhe verkündet wurde, kommt es in dem Gebiet immer wieder zu Schießereien und fast täglich werden Verletzungen der Waffenruhe gemeldet. 2013 wurden fünf Zivilisten und 32 Soldaten angeschossen und 14 Soldaten getötet. Im selben Zeitraum führte das Team von Botschafter Kasprzyk 16 Kontrollgänge an der Kontaktlinie und neun an der Grenze durch.

Eine der Aufgaben des Persönlichen Beauftragten besteht darin, den OSZE-Vorsitz und die Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe dabei zu unterstützen, den Parteien auf der Suche nach einer dauerhaften Lösung des Konflikts Hilfestellung zu leisten. Dazu muss er zeitnah über maßgebliche Entwicklungen berichten und ausführlich über seine Aktivitäten und über Vorkommnisse innerhalb und außerhalb der Region informieren. Er muss regelmäßig Kontakt zu den Parteien halten, auch auf höchster Ebene, und mit den unterschiedlichsten Akteuren – Vertretern der Minsk-Gruppe in Baku und Eriwan, der Europäischen Union und anderer multilateraler Organisationen sowie betroffenen zivilgesellschaftlichen Organisationen – zusammenarbeiten und Informationen austauschen. 2013 unterstützte sein Team außerdem zwei Besuche des Amtierenden Vorsitzenden und mehrere Besuche der Kovorsitzenden in der Region.

Im November berichtete Botschafter Kasprzyk dem Ständigen Rat über die Arbeit seines Teams.

MOMENTAUFNAHME VON DER ARBEIT VOR ORT

„An einem warmen Dienstagmorgen im Oktober letzten Jahres ging ich an einem Graben südlich der Kontaktlinie entlang, knapp 15 Kilometer von der Stelle entfernt, an der der Arax die Grenze zwischen Aserbaidschan und dem Iran bildet. Ich befand mich in Begleitung eines Vertreters des aserbaidischen Verteidigungsministeriums und von zwei örtlichen Kommandanten. Einige Hundert Meter östlich von uns kamen uns OSZE-Kollegen in Begleitung eines Verbindungsoffiziers der sogenannten Verteidigungsarmee von Berg-Karabach und des örtlichen Kommandanten durch einen ähnlichen Graben entgegen. Kurz zuvor hatten sich die örtlichen Kommandanten der beiden Seiten auf einen Katalog von Sicherheitsgarantien geeinigt. Und trotzdem hörten die Mitglieder beider Teams auf dem Weg zu unserem Beobachtungsposten nur einige Augenblicke später Schüsse. Es war nicht auszumachen, woher die Schüsse kamen oder in welche Richtung sie abgegeben wurden. Wir mussten unseren Kontrollgang abbrechen.

Zwei Tage später befand ich mich 250 Kilometer entfernt im Nordwesten an der armenisch-aserbaidischen Grenze in Begleitung mehrerer armenischer Soldaten und blickte auf die überwucherten Reste eines Dorfes, das nun im Niemandsland liegt. Etwa einen Kilometer weiter nordöstlich standen meine Kollegen mit mehreren aserbaidischen Soldaten.

Wir waren hier, weil an dieser Stelle einige Wochen zuvor ein aserbaidischer Zivilist durch eine explodierende Landmine getötet worden sein soll. Vor meinem Besuch hatte ich mich mit dem aserbaidischen Verteidigungsministerium und dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz in Verbindung gesetzt. Die zuständigen Behörden in Eriwan hatten meinem Vorschlag, OSZE-Teams nach dem Opfer suchen zu lassen, sofort zugestimmt.

Mit Funkgeräten der OSZE hatten sich die örtlichen Kommandanten der beiden Seiten auf das Gebiet geeinigt, das abgesucht werden sollte. Sie besprachen die Eignung ihrer Beobachtungsstandorte und waren bereit, sie an andere Stellen zu verlegen. Von diesen neuen Standorten aus suchten sie, ihre Untergebenen, meine Kollegen und ich aus einer Entfernung von ca. 800 Metern mit Feldstechern das Gebiet ab, unterstützt durch regelmäßigen Funkkontakt zwischen den örtlichen Kommandanten.

Schließlich stellte sich heraus, dass in dem Gebiet keine Spur einer Minenexplosion oder andere Hinweise zu finden waren, die es gerechtfertigt hätten, ein als stark vermint geltendes Gebiet zu betreten. Trotzdem wurde das abzusuchende Gebiet verkleinert. Am Ende des Einsatzes erklärten sich beide Kommandanten bereit, die Suche unter Führung der OSZE zu einem späteren Zeitpunkt fortzusetzen, falls sie darum ersucht würden. Sie betonten auch ihre Absicht, sich streng an die Waffenruhe zu halten.

Trotz dieses Misserfolgs können solche Einsätze beiden Seiten vor Augen führen, dass man sich manchmal am ehrenhaftesten verhält, wenn man einander hilft – und dadurch gegenseitiges Vertrauen aufbaut.“

DIE HOCHRANGIGE PLANUNGSGRUPPE

www.osce.org/hlpg

Die Hochrangige Planungsgruppe der OSZE hat die strategische Aufgabe, Pläne für die Einrichtung einer multinationalen OSZE-Friedenstruppe für den Bereich des Konflikts, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, sowie für die dafür erforderlichen Truppenstrukturen und die Einsatzbedingungen auszuarbeiten. Der Amtierende Vorsitzende bestellte Oberst Pawlo Schamajew für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2013 zum Leiter der Planungsgruppe.

Die Hochrangige Planungsgruppe prüfte die vier Optionen der Friedenssicherung und diesbezügliche Dokumente, um sicherzustellen, dass in der OSZE fertige Friedenssicherungspläne vorhanden sind, die dem letzten Stand internationaler Friedenssicherungseinsätze entsprechen. Die Gruppe legte dem Vorsitz auch ihre Einschätzung der größten Herausforderungen eines derartigen Einsatzes unter OSZE-Führung im Konfliktgebiet vor.

Die Gruppe hielt das ganze Jahr hindurch Kontakt zum Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzes für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, sowie mit den Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe der OSZE. Sie nahm an zwei Überwachungseinsätzen (im März und Mai) des Persönlichen Beauftragten an der Kontaktlinie teil und kooperierte mit der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen.

DER STÄNDIGE RAT

Der Ständige Rat ist das reguläre Gremium der OSZE für politische Konsultation und Beschlussfassung. Er ist für das Tagesgeschäft der Organisation zuständig.

DER STÄNDIGE RAT

Der Ständige Rat

www.osce.org/pc

Der Ständige Rat, der wöchentlich in der Wiener Hofburg zusammentritt, ist das wichtigste beschlussfassende Organ, in dem regelmäßige politische Konsultationen stattfinden und die tägliche operative Arbeit der OSZE zwischen den Treffen des Ministerrats erfolgt. 2013 trat der Ständige Rat unter dem Vorsitz des ukrainischen OSZE-Botschafters Ihor Prokoptschuk 42 Mal zusammen. Zahlreiche Gastredner waren eingeladen, im Ständigen Rat das Wort zu ergreifen, unter ihnen die Außenminister der Ukraine, Aserbaidschans, Armeniens, der Schweiz, Serbiens und Georgiens, der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, der Exekutivsekretär der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und die Generalsekretäre des Europarats, der Organisation für Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung (GUAM), der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation, des Regionalen Kooperationsrats, der Shanghai-Kooperationsorganisation, des Kooperationsrats der turksprachigen Staaten und der Parlamentarischen Versammlung der turksprachigen Länder.

Am 17. Januar gab der Amtierende Vorsitzende der OSZE in einer Rede vor dem Ständigen Rat die Prioritäten des Vorsitzes für 2013 bekannt. Im Mittelpunkt standen dabei Fortschritte bei der Lösung von Langzeitkonflikten, die Einleitung des Helsinki+40-Prozesses, die Bekämpfung des Menschenhandels, die Reduzierung des ökologischen Fußabdrucks energiebezogener Aktivitäten und die Förderung der Umsetzung der Verpflichtungen der Organisation in der menschlichen Dimension.

Die drei Ausschüsse des Ständigen Rates – für die politisch-militärische Dimension, die Wirtschafts- und Umweltdimension und die menschliche Dimension – leisteten 2013 substanzielle Arbeit, ebenso wie die Helsinki+40-Arbeitsgruppe und die informellen Arbeitsgruppen, die sich mit der Ausarbeitung eines Zusatzes zum OSZE-Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels, mit Internetsicherheit, dem OSZE-Büro in Baku und den rechtlichen Grundlagen der OSZE befassten. Alle diese Bemühungen trugen gemeinsam mit der in vielen anderen OSZE-Organen geleisteten Arbeit zur Gestaltung der Debatten und zur Formulierung der 2013 vom Ständigen Rat und schließlich vom Ministerrat in Kiew verabschiedeten Beschlüsse bei.

Der Ständige Rat verabschiedete unter ukrainischem Vorsitz 41 Beschlüsse. Einige verdienen besondere Erwähnung, und zwar jene über

- den Zusatz zum OSZE-Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels,
- die Entsendung eines Wahlunterstützungsteams nach Afghanistan im Jahr 2014 und
- einen ersten Satz von vertrauensbildenden Maßnahmen zur Sicherheit des Internets und der Informations- und Kommunikationstechnologie.

Der Ständige Rat empfahl dem Ministerrat außerdem die Verlängerung des Mandats der Beauftragten für Medienfreiheit und die Bestellung der neuen Hohen Kommissarin für nationale Minderheiten.

Am 9. Oktober hielt der Ständige Rat gemeinsam mit dem Forum für Sicherheitskooperation eine Sondersitzung ab, die sich mit der aktuellen Lage in Afghanistan und der Zusammen-

arbeit der OSZE mit diesem Land nach dem Abzug der internationalen Kräfte im Jahr 2014 befasste.

IN DEN VORSITZ DER AUSSCHÜSSE DES STÄNDIGEN RATES WURDEN BERUFEN:

- **Botschafter Tacan İldem**
Sicherheitsausschuss
- **Botschafterin Oľga Algayerová**
Wirtschafts- und Umweltausschuss
- **Botschafter Vuk Źugić**
Ausschuss für die menschliche Dimension

GASTREDNER IM STÄNDIGEN RAT 2013

- | | |
|-------------|---|
| 17. Januar | Antrittsrede des Amtierenden Vorsitzenden |
| 31. Januar | Tacan İldem, Oľga Algayerová und Vuk Źugić , Vorsitzende des Sicherheitsausschusses, des Wirtschafts- und Umweltausschusses bzw. des Ausschusses für die menschliche Dimension |
| 14. Februar | Victor Tvircun , Generalsekretär der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation |
| 14. März | Alexei Meschkow , Vizeaußenminister der Russischen Föderation, und Janez Lenarćič , Direktor des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte |
| 11. April | Patricia Flor , Sonderbeauftragte der Europäischen Union für Zentralasien |
| 18. April | Juri Fedotow , Exekutivdirektor des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und Generaldirektor des Büros der Vereinten Nationen in Wien |
| 2. Mai | Goran Svilanović , Generalsekretär des Regionalen Kooperationsrats |
| 14. Mai | Elmar Mammadjarow , Außenminister von Aserbaidshan |
| 30. Mai | Waleri Tschetschelaschwili , Generalsekretär der GUAM |
| 6. Juni | Edward Nalbandian , Außenminister von Armenien |
| 13. Juni | Dunja Mijatović , OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit |
| 27. Juni | Sergei Lebedew , Exekutivsekretär der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten |
| 2. Juli | Didier Burkhalter , Außenminister der Schweiz, und Ivan Mrkić , Außenminister von Serbien |
| 11. Juli | Knut Vollebæk , scheidender Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten |

18. Juli	Dmitri Mesenzew , Generalsekretär der Shanghai-Kooperationsorganisation
5. September	Tacan İldem , Ol'ga Algayerová und Vuk Žugić , Vorsitzende des Sicherheitsausschusses, des Wirtschafts- und Umweltausschusses bzw. des Ausschusses für die menschliche Dimension
10. Oktober	Maja Pandschikidse , Außenministerin von Georgien
24. Oktober	Thorbjørn Jagland , Generalsekretär des Europarats
31. Oktober	Ranko Krivokapić , Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE
7. November	Tetjana Ischewska , Senator Adil Achmetow und Rabbi Andrew Baker , Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung
14. November	Andrzej Kasprzyk , Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz befasst, James Warlick , Igor Popow und Jacques Faure , Kovorsitzende der Minsk-Gruppe, sowie Andri Deschtschyzja , Antti Turunen und Philippe Lefort , Kovorsitzende der Internationalen Genfer Gespräche
28. November	Dunja Mijatović , OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit
12. Dezember	Astrid Tors , designierte Hohe Kommissarin der OSZE für nationale Minderheiten, und June Zeitlin , Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Genderfragen
19. Dezember	Halil Akıncı , Generalsekretär des Kooperationsrats der turksprachigen Staaten, und Schandos Assanow , Generalsekretär der Parlamentarischen Versammlung der turksprachigen Länder

DAS FORUM FÜR SICHERHEITSKOOPERATION

Das Forum ist eines der wichtigsten Beschlussfassungsorgane der OSZE zu militärischen Aspekten der Sicherheit. Seine Teilnehmer tagen wöchentlich in Wien und befassen sich unter anderem mit Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen.

Das Forum für Sicherheitskooperation

www.osce.org/fsc

HÖHEPUNKTE

Fortschritte in zwei Schlüsselbereichen auf dem Ministerratstreffen

Intensive Arbeit an der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen

Politisch-militärische Beiträge zum Helsinki+40-Prozess

RÜSTUNGSKONTROLLE, NICHTVERBREITUNG UND HELSINKI+40

2013 gab es in einigen Fragen bedeutende Entwicklungen. Im Dezember leitete das Forum dem Ministerrat in Kiew einen Beschluss über Kleinwaffen, leichte Waffen und konventionelle Munition zu, in dem das Forum beauftragt wurde, die Teilnehmerstaaten beim Umgang mit ihren Waffen- und Munitionsbeständen weiterhin zu unterstützen. Nach intensiven Verhandlungen aktualisierte das Forum auf dem Ministerratstreffen auch die Prinzipien zur Regelung der Nichtverbreitung von 1994.

Die OSZE war im Berichtszeitraum wieder einer der aktivsten regionalen Akteure bei der Umsetzung der Resolution 1540 des UN-Sicherheitsrats über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme. Ein Vertreter des Vorsitzes des 1540-Ausschusses war Gastredner in einer Plenarsitzung des Forums und in Absprache mit dem 1540-Ausschuss und dem UN-Büro für Abrüstungsfragen wurden einige andere länderspezifische Dialoge veranstaltet.

In einem Ministerratsbeschluss von 2012 wurde das Forum eingeladen, zum Helsinki+40-Prozess beizutragen. Im November versandte der luxemburgische FSK-Vorsitz einen gemeinsamen Bericht der drei Länder, die 2013 im Forum den Vorsitz führten – Liechtenstein, Litauen und Luxemburg –, über die ersten Aktivitäten des FSK zur Umsetzung dieses Beschlusses.

DIE TROIKA

Der Vorsitz im Forum wechselt drei Mal pro Jahr. Der Vorsitz legt für jede Sitzung die Tagesordnung fest und rückt wichtige Fragen in den Blickpunkt. Ihm stehen der designierte und der scheidende Vorsitz zur Seite. Gemeinsam bilden sie die Troika. 2013 hatten Liechtenstein, Litauen und Luxemburg den Vorsitz inne.

DER UMGANG MIT ÜBERBESTÄNDEN AN WAFFEN UND MUNITION

Die OSZE-Dokumente über Kleinwaffen und leichte Waffen und über Lagerbestände konventioneller Munition standen weiterhin an vorderster Stelle der FSK-Agenda. Die Wiederaufnahme der Tätigkeit des informellen SALW-Freundeskreises und die Bestellung des Koordinators des FSK-Vorsitzes leisteten einen positiven Beitrag zur Neubelebung der Arbeit im Forum. Dieses konzentrierte sich auf die Umsetzung vereinbarter Verpflichtungen und die Überprüfung und Weiterentwicklung der in den einschlägigen OSZE-Dokumenten enthaltenen Normen, Maßnahmen und Prinzipien, um Lücken zu schließen und die Effizienz zu steigern.

Die OSZE setzte auch ihre konkrete Unterstützung für die Teilnehmerstaaten in den Bereichen Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition fort. In Georgien schloss sie ein Projekt zur Zerstörung von Streubomben und Raketen ab und in Belarus, Montenegro, Serbien und Bosnien und Herzegowina arbeitete sie wie schon zuvor mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen zusammen, um beim Aufbau von Kapazitäten im Bereich der Verwaltung und Sicherung von Lagerbeständen von Kleinwaffen und leichten Waffen und bei der Zerstörung überschüssiger Waffenbestände Unterstützung zu leisten. Das Forum wurde auch in drei neuen Fällen um Unterstützung ersucht: bei der Entsorgung von Raketentreibstoff in Belarus und Kirgisistan und bei der Zerstörung von Kleinwaffen und leichten Waffen in Albanien.

ZIELORIENTIERTE GESPRÄCHE

Durch eine Reihe zielorientierter Sitzungen und Veranstaltungen konnte im Forum der Dialog zu verschiedensten Themen vertieft werden. Eine Sondersitzung über Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM) und mehrere Diskussionen im Rahmen des regelmäßigen FSK-„Sicherheitsdialogs“ fanden unter Beteiligung von Vertretern der Wissenschaft statt und widmeten sich der Zukunft der konventionellen Rüstungskontrolle und ihrer Rolle als wichtiges Instrument zur Gewährleistung von militärischer Stabilität, Berechenbarkeit und Transparenz im OSZE-Raum.

Das Forum veranstaltete auch mehrere „Sicherheitsdialoge“ über nationale, regionale und andere multilaterale Beiträge zu Sicherheit und Stabilität, die Gelegenheit boten, grundsätzliche und praktische Fragen, Erfahrungsberichte und Wege für die künftige Interaktion zu erörtern.

Auf dem 23. Jährlichen Treffen zur Beurteilung der Durchführung im März wurde die derzeitige und künftige Umsetzung vereinbarter VSBM erörtert und der Stand der Umsetzung bewertet. Das Treffen der Leiter der Verifikationszentren im Dezember diente dem Austausch von Erfahrungen und Informationen in Bezug auf technische Aspekte des Wiener Dokuments 2011. Das FSK leistete auch ein Beitrag zur Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz der OSZE im Juni.

Der Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit war auch 2013 ein entscheidender Punkt auf der Tagesordnung des FSK. Die zweite jährliche Diskussion über seine Umsetzung im Juli bot eine hervorragende Gelegenheit zur Erörterung der Frage, wie

die Umsetzung des Kodex gefördert und verbessert werden kann, und zur Überprüfung seiner Anwendung in der derzeitigen politischen und militärischen Lage. Das Forum lud das BDIMR ein, an den Gesprächen im Rahmen von zwei „Sicherheitsdialogen“ teilzunehmen, die dem Schutz der Menschenrechte von Angehörigen der Streitkräfte gewidmet waren. Bei einer anderen Gelegenheit erörterte das Forum die Frage der privaten Militär- und Sicherheitsunternehmen. Im September veranstaltete es in Malta ein Kontaktseminar für den Mittelmeerraum, auf dem die nunmehr verfügbare Übersetzung des Verhaltenskodex ins Arabische vorgestellt wurde.

Das Forum befasste sich wie schon bisher mit der Frage, in welcher Form es in der OSZE-Region zur Umsetzung der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats über Frauen, Frieden und Sicherheit beitragen kann.

Alle drei FSK-Vorsitze des Jahres 2013 arbeiteten weiterhin gemeinsam mit dem Ständigen Rat in Fragen zusammen, die für beide Organe von Bedeutung sind. Zu diesem Zweck fand im Oktober eine gemeinsame Sitzung über Afghanistan nach 2014 und die damit verbundenen Herausforderungen im Sicherheitsbereich statt.

DIE BESEITIGUNG VON MÉLANGE, WAFFEN UND MUNITION GEHT WEITER

Seit der Unterzeichnung zweier Dokumente über Regelungen für Kleinwaffen und die Kontrolle konventioneller Munition war die OSZE an über 40 Projekten in 17 Ländern beteiligt. Sie half bei der Minenräumung auf Hunderten Hektar Land und zerstörte Hunderte Sprengmittel und Waffen. Die umfangreichste Initiative bisher war die Entfernung von „Mélange“, einer giftigen und leicht brennbaren Raketentreibstoffkomponente, aus dem Hoheitsgebiet einer Reihe von Staaten.

VERNICHTETE MÉLANGE

Albanien	30 Tonnen
Armenien	873 Tonnen
Montenegro	120 Tonnen
Kasachstan	410 Tonnen
Ukraine (im Gange)	14 945 von insgesamt geplanten 15 660 Tonnen

FÜR 2014 GEPLANT

(Mélange und andere Raketentreibstoffkomponenten)

Belarus	ca. 708 Tonnen
Bulgarien	ca. 1 060 Tonnen
Kirgisistan	ca. 110 Tonnen

DIE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG DER OSZE

In der Parlamentarischen Versammlung sind 323 Parlamentarier aus der 57 Nationen umfassenden OSZE-Region vertreten. Sie bietet ein Forum für Dialog, leitet Wahlbeobachtungsmissionen und stärkt die internationale Zusammenarbeit im Interesse der Einhaltung der Verpflichtungen zu politischen, Sicherheits-, Wirtschafts- und Umwelt- sowie Menschenrechtsfragen. Ihr Sekretariat befindet sich in Kopenhagen.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE*

Generalsekretär: **Spencer Oliver**

Haushalt: **2 996 000 EUR**

Personal: 18 Vollzeitmitarbeiter und 8 Research Fellows

www.oscepa.org

Im Dokument des OSZE-Gipfeltreffens von Istanbul 1999 wurde die Parlamentarische Versammlung als „eine der wichtigsten OSZE-Institutionen, die beständig neue Ideen und Vorschläge hervorbringt“, und als „wesentliches Element in unseren Bemühungen um die Förderung der Demokratie, des Wohlstands und des wachsenden Vertrauens innerhalb der Teilnehmerstaaten und zwischen ihnen“ bezeichnet. Fast 15 Jahre später, 2013, hat die Versammlung ihre Funktion als demokratisches Fundament der OSZE und als Vorbild für aufstrebende Demokratien weiter ausgebaut. Mit ihren Kernaufgaben, dem parlamentarischen Dialog und der Wahlbeobachtung, hat sich die Versammlung in einem Jahr, in dem ihre größte Jahrestagung seit nahezu einem Jahrzehnt stattfand, einen ehrgeizigen Aufgabenkatalog vorgenommen.

PARLAMENTARISCHE DIPLOMATIE

22. JAHRESTAGUNG, 29. JUNI BIS 3. JULI IN ISTANBUL

Als Forum für Debatten und die Verabschiedung von Beschlüssen durch Mehrheitsentscheidung ist die Parlamentarische Versammlung heute die einzige OSZE-Institution, wie sie in der Charta von Paris 1990 angedacht war.

Die Jahrestagung 2013 in Istanbul zum Thema „Helsinki+40“ forderte die Teilnehmerstaaten angesichts des 2015 bevorstehenden 40. Jahrestags der Verabschiedung der Schlussakte von Helsinki eindringlich auf, größere Anstrengungen zur Erfüllung ihrer OSZE-Verpflichtungen zu unternehmen. Die von den gewählten Volksvertretern verabschiedete Erklärung von Istanbul enthält weitreichende Empfehlungen in Sachen Menschenrechte, Demokratie, Umwelt, Rüstungskontrolle und humanitäre Angelegenheiten. Ferner wurden dreiundzwanzig ergänzende Entschlüsse zu verschiedensten wichtigen Themenbereichen verabschiedet.

Die Parlamentarier riefen außerdem nachdrücklich zu einer institutionellen Reform auf: In einer vom langgedienten Parlamentarier François-Xavier de Donnea (Belgien) eingebrachten Entschliebung wird eine parlamentarische Kontrolle des Haushalts des OSZE-Sekretariats empfohlen und mehr Transparenz in seiner Tätigkeit gefordert. Die Versammlung ging dabei von der Transparenz in ihren eigenen Finanzen im Jahr 2013 aus, denen externe, unabhängige professionelle Prüfer seit über 20 Jahren ununterbrochen ein tadelloses Zeugnis ausstellen.

Mit Ranko Krivokapić, dem Präsidenten des montenegrinischen Parlaments, wählte die Versammlung zum ersten Mal einen Parlamentarier aus Südosteuropa zu ihrem Präsidenten. Es wurden auch sechs neue Vizepräsidenten sowie neue Führungspersönlichkeiten für die drei allgemeinen Ausschüsse der Versammlung gewählt. Makis Voridis (Griechenland) wurde zum Vorsitzenden des Ausschusses für politische Angelegenheiten und Sicherheit

gewählt, Rosa Aknasarowa (Kirgisistan) wird den Vorsitz im Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt führen und Isabel Santos (Portugal) wurde zur Vorsitzenden des Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen gewählt.

„Als Parlamentarier haben wir es mit dem wirklichen Leben, mit realen Problemen zu tun. Wir wissen, was die Menschen denken und was sie sich für die Zukunft erhoffen. Nützen wir doch diesen Vorteil und seien wir eine Organisation von Führern, nicht von Geführten.“
Ranko Krivokapić, Präsident der Parlamentarischen Versammlung

Der türkische Außenminister, der Präsident des türkischen Parlaments und der Amtierende Vorsitzende der OSZE sprachen vor der Versammlung, die den größten Teilnehmerkreis seit fast zehn Jahren hatte.

1 812 **PERSONEN NAHMEN 2013 AN EINER KONFERENZ
ODER TAGUNG DER PARLAMANTARISCHEN
VERSAMMLUNG DER OSZE TEIL.**

+20% **DIE ANZAHL DER TEILNEHMER AN DER
JAHRESTAGUNG DER VERSAMMLUNG HAT SICH
IN DEN LETZTEN BEIDEN JAHREN UM FAST 20%
ERHÖHT.**

**2013 WÄHLTE DIE PARLAMANTARISCHE VERSAMMLUNG
ERSTMALS EINEN SÜDOSTEUROPÄER ZU IHREM
PRÄSIDENTEN.**

HERBSTTAGUNG, 13. BIS 15. OKTOBER IN BUDVA

Knapp 200 Parlamentarier versammelten sich zur Herbsttagung in Montenegro. Sie befassten sich mit der Rolle der OSZE bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen und beim Schutz der Menschenrechte, wobei dem Terrorismus, der Wirtschaftskrise und der sozialen Integration besondere Aufmerksamkeit galt. Auf der Tagesordnung standen ferner Sitzungen des Präsidiums und des Ständigen Ausschusses sowie ein Mittelmeerforum, bei dem Präsident Krivokapić die Parlamentarier aufforderte, dafür zu sorgen, dass der Helsinki+40-Prozess eine starke Mittelmeerkomponente enthält.

WINTERTAGUNG, 21. UND 22. FEBRUAR IN WIEN

Über 200 Parlamentarier trafen in Wien zur jährlichen Wintertagung zusammen, auf der eine Sonderdebatte zur Lage in Syrien, in der Sahelzone und in Nordafrika und deren Auswirkungen auf die OSZE-Region abgehalten wurde. Der Sonderbeauftragte der Parlamentarischen Versammlung der OSZE für Angelegenheiten des Mittelmeerraums, Alcee Hastings (USA), und Marcela Villarreal von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen berichteten in Referaten über die Lage. Es tagten und diskutierten auch die drei allgemeinen Ausschüsse der Versammlung, während sich der Ständige Ausschuss mit Maßnahmen zur Verbesserung der Zusammenarbeit der Versammlung mit dem OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte

(BDIMR) bei der Wahlbeobachtung befasste. Im Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen berichteten Vertreter der NGOs Freedom House und Reporter ohne Grenzen über nach wie vor ungelöste regionale Probleme.

WAHLBEOBACHTUNG

Die Versammlung übernahm 2013 die politische Führung in sieben Wahlbeobachtungsmissionen und entsandte Teams nach Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bulgarien, Georgien, Tadschikistan und Turkmenistan. Bei der größten Mission des Jahres überwachte eine Delegation von 66 parlamentarischen Beobachtern aus 25 Ländern unter der Leitung des Sonderbeauftragten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE für den Südkaukasus, João Soares (Portugal), und der Vizepräsidentin Ilkka Kanerva (Finnland) im Oktober die Präsidentschaftswahlen in Georgien. Bei den Missionen in Georgien und Aserbaidschan stellten die Versammlung und das BDIMR unter Beweis, dass ihre Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung wieder funktioniert.

KLEINE URSACHE, GROSSE WIRKUNG

Die Führungsrolle der Versammlung zeitigte 2013 konkrete Ergebnisse. Ein Paradebeispiel dafür ist die im Juni abgehaltene Schulung von Mitarbeitern des ukrainischen Luftfahrtsektors, die als erste zivile Bedienstete in Europa darin unterwiesen wurden, potenzielle Opfer von Menschenhandel zu erkennen. Diese Initiative unter der Leitung des Sonderbeauftragten der Versammlung für Fragen des Menschenhandels, Christopher Smith (USA), in Verbindung mit der Transportindustrie und NGOs ist Teil eines Plans zur Intensivierung der weltweiten Zusammenarbeit im Kampf gegen den Menschenhandel. Ihre Verfechter meinen, die Schulungsprogramme könnten bei groß angelegter Durchführung Tausende Menschen vor dieser modernen Form der Sklaverei bewahren.

* *Dieser Text wurde dem OSZE-Sekretariat von der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zur Verfügung gestellt.*

DAS SEKRETARIAT

Haushalt: **39 269 700 EUR**

Mitarbeiter: **386**

www.osce.org/secretariat

Das in Wien angesiedelte OSZE-Sekretariat unter der Leitung des Generalsekretärs ist für die Umsetzung der politischen Beschlüsse und für die Unterstützung des politischen Dialogs und Verhandlungsprozesses zwischen den 57 Teilnehmerstaaten verantwortlich. Es leistet auch operative Unterstützung und arbeitet eng mit dem vorsitzführenden Land zusammen.

Das Sekretariat setzte 2013 seine unterstützende Funktion im politischen und operativen Bereich fort. Es leistete in enger Zusammenarbeit mit dem ukrainischen Vorsitz Hilfestellung bei der Umsetzung politischer Beschlüsse und sorgte für ein konsequentes, kohärentes und koordiniertes Vorgehen aller OSZE-Durchführungsorgane in allen Dimensionen.

BESTANDTEILE DES SEKRETARIATS:

- Leitendes Management
- Kommunikation und die Beziehungen zu den Medien
- Rechtsdienst
- Abteilung Genderfragen
- Sicherheitsmanagement
- Büro für Innenrevision
- Hauptabteilung Personalressourcen
- Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen
- Büro des Sonderbeauftragten und Koordinators für die Bekämpfung des Menschenhandels
- Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen
- Konfliktverhütungszentrum
- Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE
- Abteilung Externe Zusammenarbeit, verantwortlich für die Partnerschaften der OSZE

OSZE-“SECURITY-DAYS“

Die OSZE-“Security-Days“ dienen dem informellen Dialog zwischen den Teilnehmerstaaten und sollen den Helsinki+40-Prozess mit neuen Ideen und Ansätzen befruchten. Bei diesen höchst interaktiven Konferenzen können die OSZE-Delegationen mit politischen Entscheidungsträgern, Experten aus der Welt der Wissenschaft, Führungspersonlichkeiten der Zivilgesellschaft, der Jugend, den Medien und Vertretern internationaler, regionaler und subregionaler Organisationen frei über Sicherheitsprobleme der heutigen Zeit diskutieren. Die OSZE-“Security-Days“ lenken die Aufmerksamkeit auf den umfassenden Sicherheitsansatz der Organisation. Sie heben das Bewusstsein für deren Arbeit und für den Beitrag, den sie zur Förderung der Sicherheit und Stabilität in der OSZE-Region und über deren Grenzen hinaus leisten kann.

2013 waren die “Security Days“ folgenden Themen gewidmet:

- Entwicklung neuer Ansätze für die konventionelle Rüstungskontrolle (4. März)

- Engagement der internationalen Gemeinschaft für Afghanistan und die zentralasiatischen Staaten – Herausforderungen, Synergien, mögliche Reaktionen und die Rolle der OSZE (12. März)
- Die OSZE im 21. Jahrhundert (17. und 18. Juni)
- Förderung dauerhafter Lösungen – Ansätze der Konfliktlösung im OSZE-Raum (16. September)

DAS SEKRETARIAT

Stärkung der Geschlechtergleichstellung

Leitende Beraterin für Genderfragen: **Botschafterin Mirosława Beham**

Haushalt: **359 000 EUR**

www.osce.org/gender

Die volle und gleichberechtigte Ausübung der Menschenrechte durch die Frauen ist eine Grundvoraussetzung für die Verwirklichung eines friedlicheren, sichereren und demokratischeren OSZE-Raums. Die Abteilung Genderfragen unterstützt, fördert und überwacht die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter.

NEUE INITIATIVEN

Die Abteilung Genderfragen startete 2013 mehrere Initiativen, mit denen sie vermitteln will, dass die Gleichstellung der Geschlechter eine unabdingbare Voraussetzung für die Verwirklichung von umfassender Sicherheit ist. Das ganze Jahr hindurch widmete sie sich dem Thema Gender, Frieden und Sicherheit ebenso wie der Frage der Gewalt gegen Frauen und der Qualifizierung von Frauen durch Mentoring-Netzwerke. Durch ihre intensiven Kontakte zum Themenkomplex Gender, Frieden und Sicherheit sahen sich 35 Teilnehmerstaaten veranlasst, im Rahmen des jährlichen Informationsaustauschs zum Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit freiwillig Angaben zu diesem Thema zu machen.

Die Abteilung stellte ferner in Istanbul einen Leitfaden für gendergerechte Mediationsverfahren vor und berichtete in der jährlichen offenen Debatte im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zur Resolution 1325 im Oktober in New York über die Arbeit der OSZE in Bezug auf Mediation und Gender. Im November wurde in Almaty gemeinsam mit UN WOMEN eine Konferenz über die Umsetzung dieser Resolution in der OSZE-Region organisiert, mit der eine überregionale Zusammenarbeit eingeleitet wurde, die 2014 fortgesetzt werden soll.

Das Interesse der Männer am Thema Gender und umfassende Sicherheit zu wecken, ist und bleibt eine der Prioritäten der Abteilung Genderfragen. Im Dezember verlieh der OSZE-Generalsekretär sechs männlichen leitenden Mitarbeitern der Organisation, die sich aktiv für diese Fragen einsetzen und im OSZE-MenEngage-Netz engagieren, das „Weiße Band“.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt war 2013 die Unterstützung der Feldoperationen beim Aufbau der Kapazitäten und Kenntnisse, die notwendig sind, um den Gesichtspunkt Gender systematisch in alle Strategien und Programme einfließen zu lassen. Zu diesem Zweck wurden in fünf Feldoperationen themenspezifische Ausbildungskurse abgehalten. Die Abteilung setzte ihre Zusammenarbeit mit mehreren anderen Organisationen, darunter die UN-Hauptabteilung Politische Angelegenheiten, UNDP und der Europarat, und vielen Teilnehmerstaaten im Berichtsjahr fort. Damit soll die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen im Vorfeld des 10. Jahrestags des OSZE-Aktionsplans zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern im Jahr 2014 gefördert werden.

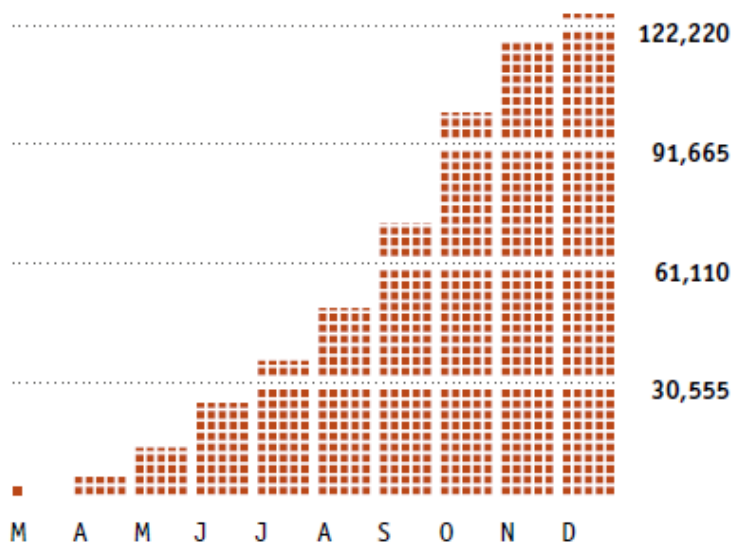
STÄRKUNG DES PROFESSIONELLEN ARBEITSUMFELDES DER OSZE

- Verbessertes Verfahren in Bezug auf Disziplinarmaßnahmen
- Bessere und klarere Dienstanweisungen
- Neue Maßnahmen zum Schutz vor Vergeltung
- Neue Online-Website und Schulung in ethischem Verhalten
- Neues Personalhandbuch zu arbeitsbezogenen Angelegenheiten
- Neuer modularer Ausbildungskurs in Aufsichtskompetenzen
- Führungs- und Managementtraining
- Ausführliche Unterweisung des Personals in Leistungskontrolle
- Erweiterung der Zielgruppen durch soziale Medien
- Strengeres Prüfungsverfahren

EINSPARUNGEN DURCH NEUES REISESYSTEM

in EUR / März – Dezember 2013

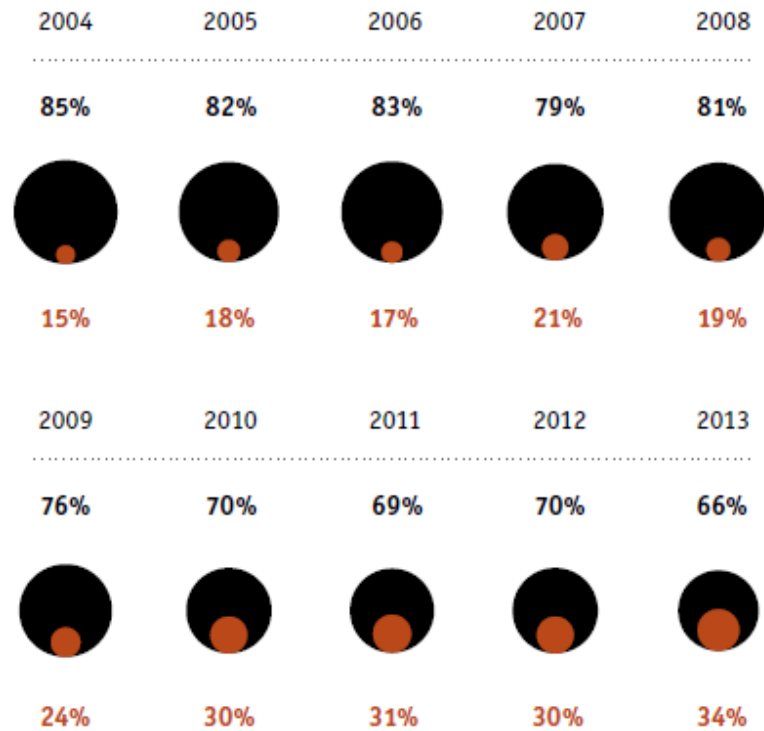
Durch die schrittweise Einführung eines neuen Online-Selbstbuchungstools konnten im Vergleich zur Buchung über Reisebüros spürbare Einsparungen erzielt werden.



ZUSAMMENSETZUNG DES PERSONALS NACH GESCHLECHT

in Prozent / 2004 – 2013

COMPOSITION OF STAFF BY SEX
in per cent / 2004 – 2013



GELEISTETE RECHTSDIENSTE

in Prozent

Verwaltung Rechtsdienstleistungen	1 %
Finanz- und Verwaltungsanweisungen	2 %
Völkerrechtliche Fragen	3 %
Geistiges Eigentum	3 %
Durchführungspartner und Kostenaufteilung	3 %
Finanzvorschriften und -regeln	3 %
Sonstiges	4 %
Non-paper- oder politikbezogen	4 %
Fragen des Gemeinsamen Verwaltungsregelwerks	4 %
Schiedsgremium	5 %
Allgemeine Personalangelegenheiten	7 %
Außerbudgetäre Projekte	9 %
Personalstatut und Dienstordnung	10 %
Memoranda of understanding	10 %
Vorrechte und Immunitäten	11 %
Vertrags- und Mietangelegenheiten	21 %

DAS SEKRETARIAT

Bewältigung von Herausforderungen im Wirtschafts- und Umweltbereich

Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE:

Dr. Halil Yurdakul Yigitgüden

Haushalt: 1 919 400 EUR

www.osce.org/what/economic

www.osce.org/what/environmental

Das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE hat die Aufgabe, die Sicherheit und Stabilität durch Förderung der internationalen Zusammenarbeit in Wirtschafts- und Umweltfragen zu festigen. Dazu gehören Themen wie Good Governance, Verkehr, Migrationssteuerung, Wasserbewirtschaftung, der Klimawandel, gefährlicher Abfall, vorbildliche Ordnungspolitik im Umweltbereich sowie Energie.

2013 stand im Zeichen des 10. Jahrestags von zwei Hauptbestandteilen der Umweltaktivitäten des Büros: der Umwelt- und Sicherheitsinitiative ENVSEC, einer Kooperation zwischen OSZE, UNDP, UNEP, UNECE und dem Regionalen Umweltzentrum für Mittel- und Osteuropa, der die NATO als assoziierter Partner angehört, sowie des Netzes von derzeit 50 Zentren, die die OSZE-Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung der Aarhus-Konvention unterstützen, dieser wichtigen Rechtsgrundlage für die Mitsprache der Öffentlichkeit bei Umweltentscheidungen.

DER ZYKLUS DES WIRTSCHAFTS- UND UMWELTFORUMS

SCHWERPUNKTE UMWELT UND ENERGIE

Die Sicherung der Energieversorgung und die Umweltaspekte energiebezogener Aktivitäten gehörten zu den wichtigsten Prioritäten des ukrainischen Vorsizes. In diesem Sinne lautete das Thema des 21. Wirtschafts- und Umweltforums „Vergrößerung von Stabilität und Sicherheit – Verkleinerung des ökologischen Fußabdrucks der energiebezogenen Aktivitäten in der OSZE-Region“. Das vom Büro gemeinsam mit dem Vorsitz ausgerichtete Forum bestand aus einem Zyklus von drei Treffen, die sich mit dem Thema nach verschiedenen Gesichtspunkten auseinandersetzten:

- Das erste Treffen in Wien analysierte die Auswirkungen verschiedener Energiequellen auf die Umwelt.
- Das zweite in Kiew widmete sich den Chancen, die erneuerbare und nachhaltige Energiequellen bieten.
- Das dritte und abschließende Treffen in Prag befasste sich mit Fragen wie den politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen, der internationalen Zusammenarbeit zur Verhinderung von Umweltbeeinträchtigungen und der Verbesserung des Umweltmanagements in Bezug auf Planung, Finanzierung und Umsetzung.

ENERGIE IN ZENTRALASIEN

Im Oktober fand in Aschgabat unter der Schirmherrschaft des ukrainischen Vorsitzes und der Regierung Turkmenistans eine hochrangige internationale Konferenz über Energiesicherheit und -nachhaltigkeit statt, bei der die auf dem Wirtschafts- und Umweltforum aufgenommenen Diskussionen fortgesetzt wurden (siehe auch S. 18). Zentrale Themen waren die Voraussetzungen für die Entwicklung des Energiesektors, die regionale Zusammenarbeit in Energiefragen, die Sicherheit und Verlässlichkeit des Energietransports und der Energieinfrastruktur sowie nachhaltige Energielösungen, erneuerbare Energie und Energieeffizienz.

Zuvor waren im selben Monat in Taschkent Experten aus allen fünf zentralasiatischen Staaten zu einem regionalen Workshop über vorbildliche Methoden zur Förderung von erneuerbarer Energie zusammengekommen, bei dem europäische Kollegen über ihre Erfahrungen mit nachhaltiger Energie und damit zusammenhängende Umweltaspekte berichteten.

RASANTES WACHSTUM: 10 JAHRE OSZE-UNTERSTÜTZUNG FÜR AARHUS- ZENTREN

www.osce.org/eea/89067

Im letzten Jahrzehnt entstand in der OSZE-Region in rasantem Tempo eine beeindruckende Zahl von Aarhus-Zentren: Fast 50 dieser Einrichtungen dienen nun als Knotenpunkte für die Aufklärung der Öffentlichkeit über ihre Rechte gemäß dem Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten, der sogenannten Aarhus-Konvention.

Dank dieses Netzes von Zentren erhöhte sich der Bekanntheitsgrad der Konvention in 13 OSZE-Ländern: Albanien, Armenien, Aserbaidshan, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldau, Montenegro, Serbien, Tadschikistan und Turkmenistan.

„Die Aarhus-Zentren öffnen Kommunikationskanäle zwischen Bürgern und Regierungen und schaffen ein Vertrauensverhältnis zwischen ihnen.“

Dr. Yigitgüden, Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE, auf der Jubiläumskonferenz im Juli in Wien

Sie fördern nicht nur die Grundsätze der Konvention, sondern ermöglichen den Bürgern außerdem den Zugang zu Informationen über die Umwelt und die Mitwirkung an Entscheidungen in Umweltbelangen, zum Beispiel durch die Veranstaltung öffentlicher Anhörungen und Besuche vor Ort, und geben ihnen nötigenfalls rechtliche Mittel an die Hand.

DASSELBE ALTER, EIN ANDERES ZIEL: DIE ENVSEC-INITIATIVE

www.envsec.org

Das Jubiläum der Aarhus-Zentren stand in direktem Zusammenhang mit einem weiteren Jahrestag, dem der Umwelt- und Sicherheitsinitiative ENVSEC. Sie hilft mit bei der Finanzierung des Aarhus-Netzes, doch sie tut noch viel mehr: Gemeinsam mit rund 30 Partnerländern und über 100 weiteren Partnern war sie an der Durchführung von insgesamt 150 umwelt- und sicherheitsrelevanten Projekten beteiligt.

Publikation: *Transforming risks into co-operation* <http://bit.ly/Myad4P>

ENVSEC-Projekte beinhalten die verschiedensten Aktivitäten: vom grenzüberschreitenden Flussmanagement des Dnjestr und des Drin bis zum Management von gefährlichem Uranmüll in Kirgisistan. Und die Initiative kann auf konkrete Fortschritte verweisen, sei es bei der Schaffung gemeinsamer Überwachungs- und Frühwarnsysteme oder der Einrichtung von Umweltschutzzonen über Staatsgrenzen hinweg.

EINBEZIEHUNG VON PARTNERN

Im April organisierte das Büro einen Expertenworkshop zu Fragen der nachhaltigen Energie im südlichen Mittelmeerraum, bei dem unter Beteiligung von Regierungsbeamten sowie von Vertretern des Privatsektors und multilateraler Finanzinstitutionen mögliche Bereiche der Zusammenarbeit sondiert und ermittelt wurden.

MINISTERRATSBESCHLÜSSE

Die das ganze Jahr hindurch geführte Energiedebatte vermittelten die deutliche Botschaft, dass eine Ausweitung des Mandats der Organisation in diesem Bereich gewünscht wird, und führte zur Verabschiedung von zwei wichtigen Beschlüssen durch den Ministerrat in Kiew zu den Themen

- Reduzierung des ökologischen Fußabdrucks der energiebezogenen Aktivitäten in der OSZE-Region und
- Schutz der Energienetze vor Natur- und vom Menschen verursachten Katastrophen.

STÄRKUNG DER ORDNUNGSPOLITIK IM WIRTSCHAFTSBEREICH

Das Büro organisierte gemeinsam mit zentralasiatischen und südosteuropäischen Teilnehmerstaaten mehrere Veranstaltungen zur Förderung von Beispielen guter Praxis im Zoll- und Handelsbereich mit dem Ziel, die regionale grenzüberschreitende Wirtschaftstätigkeit durch effizienter arbeitende Grenzübertrittstellen zu verbessern. Diese Veranstaltungen basierten auf einem im Februar 2012 veröffentlichten gemeinsamen Handbuch der OSZE und der UNECE, einem praxisnahen Leitfaden für den Aufbau von Kapazitäten in diesem Bereich.

Darüber hinaus unterstützte das Büro die OSZE-Staaten mit mehreren Veranstaltungen bei der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Es half einzelnen Staaten bei der Ausarbeitung von Aktionsplänen und der Durchführung von Risikobewertungen. Im Oktober gab es ein Handbuch über die Sammlung von Daten zu diesem Thema heraus, das vom irischen OSZE-Vorsitz des Jahres 2012 finanziert wurde und nun regelmäßig als Schulungsunterlage genutzt wird.

DAS SEKRETARIAT

Bekämpfung des Menschenhandels

Büro des Sonderbeauftragten und Koordinators für die Bekämpfung des Menschenhandels
Sonderbeauftragte und Koordinatorin: **Maria Grazia Giammarinaro**
Haushalt: **894 000 EUR**
www.osce.org/what/trafficking

Die Sonderbeauftragte und ihr Büro unterstützen die Teilnehmerstaaten bei der Entwicklung und Umsetzung wirksamer Strategien zur Bekämpfung des Menschenhandels. Ein Grundlegendokument, in dem die Aktivitäten der OSZE in diesem Bereich festgeschrieben sind, ist der vom Ministerrat 2003 in Maastricht beschlossene Aktionsplan. Der Ministerrat in Kiew verabschiedete anlässlich des 10. Jahrestags des Aktionsplans einen Zusatz, der die OSZE-Verpflichtungen auf alle Formen des Menschenhandels ausdehnt, etwa erzwungene und organisierte Bettelerei, erzwungene strafbare Handlungen, Zwangsdienstbarkeit, Menschenhandel für die Zwecke der Organentnahme, Menschenhandel unter Nutzung des Internets und jegliche Form von Menschenhandel zur Ausbeutung von Kindern.

HÖHEPUNKTE

hochrangige Konferenz über Opferentschädigung

drei richtungweisende Publikationen für Gesetzgeber

vier Länderbesuche und drei neue Länderberichte

GESTOHLENE LEBEN, GESTOHLENES GELD

Video-Interview: <http://bit.ly/1ib4mg4>

Mit über 350 Teilnehmern war die von der *Allianz gegen den Menschenhandel* organisierte 13. Konferenz im Juni das wichtigste Ereignis in der Arbeit der OSZE zur Bekämpfung des Menschenhandels im Jahr 2013. Schon am Titel der Konferenz „Gestohlene Leben, gestohlenen Geld: Der Preis der modernen Sklaverei“ war abzulesen, mit welchem Thema sich die Teilnehmer befassen würden: den Kosten des Menschenhandels. In strategischer Hinsicht bedeutet das den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Preis, den Menschenrechtsverletzungen, die Schädigung gesunder legaler Unternehmen und die Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit fordern. In praktischer Hinsicht leitet sich daraus die Wichtigkeit ab, dass Opfer entschädigt werden.

„Wir haben es mit einem gefährlichen Industriezweig zu tun, der jedes Jahr über 30 Milliarden US \$ Profit einstreift. Diese Profite werden zu einem unentschuldbaren Preis erzielt – mit gestohlenen und zerstörten Leben.“

Jan Eliasson, Stellvertretender UN-Generalsekretär

Die *Allianz* tritt jedes Jahr zusammen, um Erfahrungen und bewährte Methoden auszutauschen und bei der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen zur Bekämpfung des Menschenhandels voranzukommen. Das Treffen 2013 war aufgrund seiner hochrangigen Teilnehmer, unter ihnen der Stellvertretende UN-Generalsekretär Jan Eliasson und der

Vorsitzende des Exekutivkomitees der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, Sergei Lebedew, außerordentlich öffentlichkeitswirksam.

SAMMLUNG VON WISSEN UND ANALYSEN

Die Sonderbeauftragte gab 2013 Sonderpublikationen zu drei konkreten Problembereichen heraus:

- Ein Dokument für Rechtsexperten und Gesetzgeber befasst sich mit dem Grundsatz der Straffreiheit im Völkerrecht, laut dem die Strafverfolgungsbehörden anzuerkennen haben, dass Menschenhandelsopfer für rechtswidrige Handlungen, zu denen sie von den Menschenhändlern gezwungen wurden, nicht verantwortlich gemacht oder bestraft werden dürfen.
- Eine Studie über Menschenhandel und Folter, die Parallelen zwischen dem Leid von Menschenhandelsopfern und Folteropfern zieht und die rechtlichen und klinischen Auswirkungen behandelt und schließlich die sich daraus ergebenden Ansprüche und staatlichen Verpflichtungen beschreibt. Dieses Dokument wurde gemeinsam mit dem Wiener Ludwig-Boltzmann-Institut für Menschenrechte und der *Helen Bamber Foundation* aus dem Vereinigten Königreich herausgegeben.
- Einen Bericht über Menschenhandel für die Zwecke der Organentnahme, der sich hauptsächlich an Gesetzgeber, NGOs, die Justiz und Mediziner richtet. Noch kommt diese Form von Menschenhandel eher selten vor, doch ist damit zu rechnen, dass sie sich zu einem größeren Problem ausweitet. Das Dokument behandelt Umfang, Art und Tragweite dieser Form von organisierter Kriminalität und enthält konkrete Empfehlungen und Anleitungen zur Verstärkung der rechtlichen Rahmenbedingungen, zur Intensivierung der Strafverfolgung und zur Verbesserung der Opferhilfe und des Zugangs der Opfer zu wirksamen Rechtsbehelfen.

Grundsatzreferat der Sonderbeauftragten auf der Globalen Online-Konferenz über die Bekämpfung von Kinderhandel

<http://bit.ly/1dOxvsa>

<http://counterchildtrafficking.org>

DER DIALOG VOR ORT

Die Sonderbeauftragte besuchte 2013 vier Länder: Italien (Juni und Juli), Kasachstan (Juli), Rumänien (September) und Usbekistan (November). Diese Besuche dienen in der Regel der Aufnahme und Verstärkung des direkten und konstruktiven Dialogs mit Teilnehmerstaaten über Strategien und Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels sowie der Weitergabe von Wissen und bewährten Praktiken. Die Sonderbeauftragte führte in allen vier Ländern Gespräche mit Regierungsbehörden und Parlamentariern sowie mit Vertretern der Justiz und der Zivilgesellschaft.

Ferner gab sie Länderberichte über ihre früheren Besuche in Irland, Bosnien und Herzegowina und Portugal heraus. Während des Berichtsjahres überprüfte die Sonderbeauftragte, was seit ihren Besuchen in den Teilnehmerstaaten unternommen wurde. Dabei kann es sich um Gesetzesänderungen und Strategieanpassungen, die Entwicklung oder Überarbeitung nationaler Aktionspläne oder anderer politischer Orientierungshilfen für die Bekämpfung des Menschenhandels, um Einladungen zur Teilnahme an nationalen Veranstaltungen gegen den Menschenhandel und die aktive Einbeziehung nationaler Akteure in OSZE-Initiativen handeln.

www.osce.org/cthb/88717

AUSWEITUNG DES DIALOGS

Im Februar organisierte das Büro der Sonderbeauftragten in Rom ein Seminar auf hoher Ebene über die Verhütung von Menschenhandel im Mittelmeerraum. Zu der Veranstaltung, die gemeinsam mit der italienischen Abgeordnetenkammer abgehalten wurde, fanden sich über 100 Teilnehmer aus dem OSZE-Raum und aus allen sechs Partnerländern der Organisation im Mittelmeerraum ein. Zentrales Thema der Erörterungen war die Notwendigkeit, den Zugang von Wanderarbeitern zu ihren Rechten, zu Rechtsbehelfen und zur Justiz zu gewährleisten, gleichgültig, ob sie sich rechtmäßig oder unrechtmäßig im Land aufhalten. Viele Redner betonten, dass mehr Aspekte von Ausbeutung behandelt werden müssten als bisher. Zum Abschluss des Seminars waren sich die Teilnehmer darin einig, dass der Dialog fortgesetzt und über gemeinsame Aktivitäten etwa in Bezug auf den Zugang zur Justiz und die Entschädigung von Menschenhandelsopfern und ausgebeuteten Personen diskutiert werden sollte.

AUSEINANDERSETZUNG MIT MENSCHENHANDEL FÜR DIE ZWECKE DER SKLAVEREI IM HAUSHALT

Die Erörterungen mit der diplomatischen und konsularischen Gemeinschaft über das Problem der Zwangsdienstbarkeit in Botschaften und Diplomatenhaushalten wurden fortgesetzt. Das Büro der Sonderbeauftragten, das sich federführend mit dieser Frage befasst, veranstaltete im Juni in der Ukraine und im Oktober in Den Haag Workshops zur Aufklärung über dieses Problem und zur Verbesserung des Schutzes von Hausangestellten in Diplomatenhaushalten.

www.osce.org/cthb/75804

DAS SEKRETARIAT

Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen

Direktor der OSZE-Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen: **Alexei Lyschenkow**
Haushalt: **2 279 500 EUR**

www.osce.org/what/terrorism

www.osce.org/what/policing

www.osce.org/what/borders

Die Bedrohungen der Sicherheit beschränken sich heute nicht mehr auf ein Land oder eine Region. Sie sind länderübergreifend und verlangen eine koordinierte internationale Reaktion. Und hier setzt die 2012 ins Leben gerufene Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen der OSZE an: Sie befasst sich mit Bedrohungen, von denen der gesamte OSZE-Raum betroffen ist. Ihre Arbeitsbereiche sind die Bekämpfung des Terrorismus, Polizeiarbeit, die Bekämpfung des illegalen Drogenhandels, Grenzsicherung und Grenzmanagement und neue Initiativen zur Verbesserung der Internet-/ICT-Sicherheit. Das Engagement der Organisation in diesen Bereichen wurde durch eine Ministerratserklärung vom Dezember letzten Jahres weiter verstärkt.

HÖHEPUNKTE

Bekämpfung von terroristischer Radikalisierung

Internationale Konferenz über den Online-Drogenhandel

Vernetzung afghanischer und zentralasiatischer Grenzbeamter

ANALYSE DES TEUFELSKREISES

Gewalttätiger Extremismus und Radikalisierung als Wegbereiter des Terrorismus geben zunehmend Anlass zur Sorge. Die OSZE verstärkte ihre Bemühungen in diesem Bereich und arbeitete dabei wie bisher mit anderen internationalen Organisationen zusammen. Sie befasste sich insbesondere mit der Frage, wie die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Behörden und der Zivilgesellschaft vertieft und der Notwendigkeit eines verbesserten Schutzes und einer entschlosseneren Förderung der Menschenrechte Rechnung getragen werden kann. Eine im Jahr 2012 begonnene Seminarreihe auf nationaler Ebene wurde 2013 fortgesetzt. Sie bietet eine Plattform zur Sensibilisierung für diese Themen und zur Förderung des Dialogs. Die Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen und das BDIMR arbeiteten auch ein Handbuch dazu aus, das Anfang 2014 erscheinen soll und die mögliche Rolle öffentlich-privater Partnerschaften im Rahmen eines umfassenden, die Menschenrechte achtenden Ansatzes zur Verhütung von Terrorismus behandelt.

ZERSCHLAGUNG DES NETZES FÜR DEN ONLINE-DROGENHANDEL

Im Juli organisierte die Abteilung gemeinsam mit dem ukrainischen Vorsitz und dem UNODC eine OSZE-weite Konferenz über die Bekämpfung des illegalen Drogenhandels im Internet. Über 100 Teilnehmer aus dem öffentlichen und dem privaten Sektor besprachen die von den Drogendealern zum Vertrieb ihrer Suchstoffe eingesetzten modernen Technologien

und Kommunikationsmittel und überlegten, wie die einzelnen Staaten wirksamer gegen diese Herausforderung vorgehen können und wie ihre Zusammenarbeit in der OSZE-Region verbessert werden kann.

FÖRDERUNG DER ZUSAMMENARBEIT BEI DER GRENZSICHERUNG UND DEM GRENZMANAGEMENT

Zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Verantwortlichen für Grenzsicherung und Grenzmanagement aus dem OSZE-Raum wurde das Netz der nationalen Kontaktstellen für Grenzsicherung und Grenzmanagement für Expertengespräche über die Bekämpfung des Menschenhandels und Gender Mainstreaming in diesem Bereich genutzt. Gemeinsam mit INTERPOL und dem UNODC wurden mehrere Workshops zur Förderung neuer Technologien zur Rückverfolgung illegaler Kleinwaffen und leichter Waffen abgehalten. Der erste in dieser Reihe war für weibliche Führungskräfte im Bereich Grenzsicherung und Grenzmanagement bestimmt und wurde in Partnerschaft mit der OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement in Duschanbe abgehalten. Zur Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit wurden speziell für die zentralasiatische Region mehrere Seminare über Grenzfestlegung und Grenzziehung organisiert, und es wurde ein regionales Projekt zur Stärkung der bilateralen und regionalen Zusammenarbeit mit der afghanischen Behörde für Grenzsicherung und Grenzmanagement durchgeführt.

Es wurde ein „Selbstbewertungsinstrument für Nationen zur Vorsorge für grenzüberschreitende Auswirkungen von Krisen“ erarbeitet und veröffentlicht und gemeinsam mit der EU-Mission zur Unterstützung der Grenzbehörden in der Ukraine und in Moldau ein Schulungshandbuch über Korruptionsbekämpfung für die moldauischen und ukrainischen Dienststellen für Grenzsicherung und Grenzmanagement erstellt.

VIRTUELLE BEDROHUNGEN, REALES VERTRAUEN

Die OSZE entwickelte einen ersten Satz von vertrauensbildenden Maßnahmen zur Verminderung der Konfliktrisiken, die sich aus dem Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien ergeben. Mit diesen Maßnahmen stellen die Teilnehmerstaaten ihre Bereitschaft zu verstärkter Zusammenarbeit und zu einem intensiveren Informationsaustausch unter Beweis und mindern das Risiko von Fehleinschätzungen, Eskalation und Konflikt, die sich aus der Nutzung dieser fortschrittlichen Technologien ergeben könnten.

ERHÖHUNG DER SICHERHEIT VON REISEDOKUMENTEN

Identitätsfälschungen bei Reisepassanträgen bereiten zunehmende Sorge. Das ist nur eines der Probleme, mit denen sich das OSZE-Programm für sichere Reisedokumente befasst. 2013 fand dazu eine Expertentagung über die Verknüpfung der Systeme für die Ausgabe von Reisedokumenten mit dem Personenstandswesen.

VERTIEFUNG DES DIALOGS BEI DER TERRORISMUSABWEHR

2013 fanden mehrere wichtige Veranstaltungen zum Thema Terrorismus statt. Im September hielt die Abteilung gemeinsam mit dem UNODC eine Expertentagung über die Nutzung von Rechtsinstrumenten zur Bekämpfung des Terrorismus ab, durch die die Zusammenarbeit im Mittelmeerraum verstärkt werden sollte. Im Oktober erörterten Vertreter von über 30 Teilnehmerstaaten und Kooperationspartnern bei einer OSZE-weiten Konferenz in Kiew aktuelle Probleme und politische Optionen in Bezug auf terroristische Radikalisierung,

öffentlich-private Partnerschaften, die Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung und den Schutz der Menschenrechte bei der Bekämpfung des Terrorismus.

UMFASSENDE ANSATZ IN DER REFORM DER STRAFRECHTSPFLEGE

Im Juli gab die Abteilung einen Leitfaden über die Polizeireform als Teilbereich der Reform der Strafrechtspflege heraus. Er enthält eine Zusammenstellung von Beispielen guter Praxis für einen ganzheitlichen Ansatz bei der Polizeireform aus dem OSZE-Raum. Es werden die einzelnen Reformschritte zur Verbesserung der Zusammenarbeit der Polizei mit anderen Einrichtungen der Strafrechtspflege, nichtstaatlichen Sicherheitsdienstleistern und Rechtsbeiständen und der Zivilgesellschaft beschrieben, um den gesamten Prozess der Strafrechtspflege effektiver und effizienter zu machen.

OSZE-HANDBUCH FÜR POLIZEIAUSBILDUNG

Ebenfalls im Juli veröffentlichte die Abteilung das „OSZE-Handbuch für Polizeiausbildung: Menschenhandel“. Es enthält die Mindeststandards für das Vorgehen der Polizei gegen den Menschenhandel und kann von den OSZE-Teilnehmerstaaten als Vorlage für Abänderungen bestehender Lehrpläne und Handbücher für Polizeiausbildung herangezogen werden. Das Handbuch stellt das dimensionsübergreifende Konzept der OSZE zur Bekämpfung des Menschenhandels vor, beschreibt neue Trends und neue Erscheinungsformen dieses Verbrechens und präsentiert wirksame Gegenmaßnahmen der Strafverfolgungsbehörden.

UNTERSTÜTZUNG DURCH INFORMATIONSSYSTEME

Das POLIS-System der OSZE ist der Online-Datenpool für alle Aktivitäten im Bereich grenzüberschreitender Bedrohungen. Es erfüllt die Funktion einer Plattform für Zusammenarbeit und ermöglicht den Austausch einschlägiger Informationen.

Neben ihrer Online-Unterstützung für verschiedenste Projekte in diesem Bereich stellte die Abteilung weiter sachdienliches Material der OSZE-Durchführungsorgane und -Feldoperationen ins Netz.

DAS SEKRETARIAT

Verhütung und Lösung von Konflikten

Direktor des Konfliktverhütungszentrums: **Botschafter Adam Kobieracki**

Haushalt: **3 473 100 EUR**

www.osce.org/what/conflict-prevention

Konfliktverhütung und Hilfestellung bei der Suche nach dauerhaften politischen Lösungen für bestehende Konflikte gehören seit 1990 zu den Kernaktivitäten der OSZE. Das diesbezügliche Schlüsselinstrument der Organisation, das Konfliktverhütungszentrum (KVZ), befasst sich mit den Elementen des Konfliktzyklus, fungiert als Schaltstelle zwischen Wien und den Außenstellen und bildet einen Grundpfeiler der politisch-militärischen Dimension der OSZE.

IN DEN GANZEN ZYKLUS INVOLVIERT

Das KVZ sammelt, analysiert und bewertet Frühwarnsignale aus verschiedensten Quellen. So hat es in den Feldoperationen, Institutionen und im Sekretariat ein Netzwerk von Anlaufstellen für die Frühwarnung geschaffen, mit dessen Hilfe der Informationsaustausch und die Erfüllung der Frühwarn- und Konfliktanalysefunktion verbessert werden. Im Juli fand ein Treffen dieser Anlaufstellen zur Erörterung der weiteren Stärkung dieser Funktion auf regionaler Ebene statt.

Das KVZ leistete dem Sonderbeauftragten des ukrainischen Vorsitzes für den Südkaukasus umfassende Unterstützung – sowohl in seiner Rolle als Kovorsitzender der internationalen Genfer Gespräche zu den Folgen des Georgienkonflikts im August 2008 als auch in seiner Funktion als Komoderator des Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen (IPRM) in Ergneti.

In enger Zusammenarbeit mit der OSZE-Mission in Moldau leistete das KVZ auch umfassende Hilfestellung für die Bemühungen des Vorsitzes im Prozess zur Beilegung des Transnistrienkonflikts, insbesondere während der fünf Gesprächsrunden im „5+2“-Format, die 2013 stattfanden. Es war bei der Organisation eines Seminars über die bisherigen Vermittlungsbemühungen der OSZE in diesem Prozess behilflich und half dem Internationalen Friedensinstitut bei der Veranstaltung eines Workshops über internationale Erfahrungen mit Prozessen der Machtteilung und Streitbeilegung.

Gemeinsam mit der Diplomatischen Akademie Wien veranstaltete das Zentralasienreferat des KVZ einen Workshop für Amtsträger aus Zentralasien, der Mongolei und Afghanistan, um dem diplomatischen Personal dabei zu helfen, seine Verhandlungskompetenzen in einer multilateralen Umgebung zu verbessern.

Das KVZ ist dabei, systematische Kompetenzen für Mediationsunterstützung aufzubauen. Im Rahmen dieser Bemühungen bietet es ein gemeinsames Ausbildungsprogramm für OSZE-Mediatoren und Unterstützungspersonal; der erste Mediationslehrgang wurde im Oktober in Oberhofen (Schweiz) abgehalten. Darüber hinaus sorgte das KVZ für das Coaching von hochrangigen Mediatoren und führte nach Beendigung ihres Einsatzes mit ihnen Nachbesprechungen durch.

Das KVZ führte mehrere von der EU finanzierte Projekte durch, darunter die Instandsetzung der Wasserinfrastruktur in Sonkari (Dammsicherheit), Snauri (Trinkwasser) und an der Pumpstation Nikossi (Bewässerung). Diese Projekte, die im Rahmen der Genfer Gespräche entwickelt wurden, brachten den Menschen auf beiden Seiten der Verwaltungsgrenze spürbare Verbesserungen im Alltag.

SIEBEN TAGE RUND UM DIE UHR EINSATZBEREIT

Eine Organisation, die sich über eine Region mit mehreren Zeitzonen erstreckt, muss ständig in Alarmbereitschaft sein. Dafür ist das Lage-/Nachrichtenzentrum des KVZ da. Es ist rund um die Uhr einsatzbereit und dient als operative Schaltstelle zwischen den OSZE-Organen.

Seine besondere Aufmerksamkeit gilt potenziellen Krisenherden. 2013 gab das Lagezentrum 205 tägliche Briefings und mehrere Sonderbriefings heraus, leistete operative Hilfestellung und stellte unterstützende Dienste für das Notfallmanagement vor Ort bereit.

KONFLIKTZYKLUS

Frühwarnung | Konfliktverhütung | Krisenmanagement | Konfliktnachsorge

SCHALTSTELLE ZWISCHEN WIEN UND DEN AUSSENSTELLEN

Das KVZ leistet den Feldoperationen strategische und programmatische Unterstützung, um sicherzustellen, dass ihre Arbeit sowohl ihrem jeweiligen Mandat als auch den politischen Vorgaben aus Wien entspricht. Es fördert auch die regionale Zusammenarbeit, einschließlich des Dialogs mit anderen internationalen Organisationen.

Der Dialog zwischen Belgrad und Priština unter EU-Führung war hilfreich für die Schaffung der Voraussetzungen für eine Normalisierung in diesem Teil der Region. Beide Seiten luden die OSZE ein, 2013 in vier Gemeinden im Nordkosovo Kommunalwahlen zu erleichtern (siehe auch S. 81). Von Juni bis Oktober übernahm das KVZ den Vorsitz bei einer Reihe von Treffen der beiden Seiten, durch die Einvernehmen über die Durchführung der Wahlen und die Rolle der OSZE hergestellt werden sollte. Die Organisation wollte die höchsten internationalen Wahlstandards sicherstellen und zum Aufbau von Vertrauen beitragen, um die Nachwirkungen des letzten Konflikts überwinden zu helfen.

Die Unterstützungsgruppe Programmerstellung und Evaluierung ist die zentrale Anlauf- und Unterstützungsstelle der Organisation für Programm- und Projektmanagement. Sie hilft den Managern bei der strategischen Planung, Entwicklung, Durchführung und Evaluierung ihrer Arbeit.

Im Jahr 2013 organisierte die Unterstützungsgruppe eine Reihe von Ausbildungsveranstaltungen:

- Kurse in Projektmanagement für das Sekretariat und die Feldpräsenzen in Moldau und Albanien
- auf individuelle Bedürfnisse zugeschnittene Kurse über Evaluierung für Programmmanager in Baku, Bosnien und Herzegowina, Ukraine und Serbien
- Kurse im Sekretariat über ergebnisorientierte Haushaltsplanung, Schlüsselkennzahlen und das Integrierte Ressourcenmanagementsystem (IRMA) der OSZE

Es koordinierte auch die Überprüfung von 127 außerbudgetären Projektvorschlägen im Gesamtwert von 54,8 Millionen EUR.

HILFESTELLUNG BEI DER ERFÜLLUNG POLITISCH-MILITÄRISCHER VERPFLICHTUNGEN

Im Rahmen der fortgesetzten Unterstützung für die Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung ihrer Verpflichtungen betreffend die Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen hielt die FSK-Unterstützungsgruppe des KVZ zwei Veranstaltungen über Kapazitätsaufbau, über die Durchsetzung der Kontrolle von Waffenvermittlungsgeschäften und die Rückverfolgung illegaler Kleinwaffen. In Bezug auf die Sicherheit der Bestände, den Aufbau von Kapazitäten und die Zerstörung überschüssiger Waffen, überschüssiger Munition und anderen Militärmaterials wurden in Albanien, Belarus, Georgien, Kasachstan, Moldau, Montenegro, Serbien und der Ukraine Erfolge verbucht.

- In Georgien wurden 1 289 Streubomben und 19 Luft-Luft-Raketen, die Eigentum der moldauischen Streitkräfte, aber seit 1992 in Georgien gelagert waren, vernichtet.
- In Albanien wurden 83 Tonnen gefährlicher Chemikalien für militärische Zwecke sichergestellt und zur endgültigen Entsorgung verpackt.
- In Montenegro wurden die ersten 250 Tonnen von insgesamt 1 340 Tonnen instabiler Munition vernichtet.
- In Serbien wurden 175 Tonnen Napalmpulver und 1 097 Tonnen von mit weißem Phosphor gefüllter Munition entsorgt.
- In Kasachstan wurde ein Projekt zur Entsorgung von Raketentreibstoff abgeschlossen (siehe auch S. 112); in der Ukraine wurden 5 000 Tonnen beseitigt. Weitere Entsorgungsinitiativen wurden in Bulgarien, Belarus und Kirgisistan auf den Weg gebracht.

In Belarus wurden zwei neue Lagerstätten für Kleinwaffen und leichte Waffen mit verstärkten Sicherheitsvorkehrungen versehen, und in Moldau wurden Leitlinien für Kleinwaffen, leichte Waffen und die Lagerung von Munition ausgearbeitet. Die Abteilung organisierte „länderspezifische Dialoge“ und half bei der Entwicklung von nationalen Aktionsplänen für die Durchführung der Resolution 1540 des UN-Sicherheitsrats über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Sie war Mitveranstalter von Ausbildungen für die Erkennung von militärischen Gütern und Gütern mit doppeltem Verwendungszweck für Südosteuropa und hielt in Malta ein Outreach-Seminar für die Mittelmeerregion über den Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit ab.

WAS IST DAS KOMMUNIKATIONSNETZ?

Kurz gefasst geht es dabei um eine vertrauenswürdige Plattform für den Informationsaustausch zwischen den Teilnehmerstaaten der OSZE. Die Informationen stehen im Wesentlichen in Zusammenhang mit Rüstungskontrollverträgen und -übereinkommen. Das vom KVZ verwaltete Netz ermöglicht den Teilnehmerstaaten den sicheren Austausch dieser Daten und ermutigt sie zu mehr Transparenz und Offenheit untereinander. Sein Nutzen muss nicht auf die politisch-militärische Sphäre beschränkt bleiben: auch Informationen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen im Bereich Cyber-Sicherheit können über das Kommunikationsnetz ausgetauscht werden.

DAS BÜRO FÜR DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN UND MENSCHENRECHTE

Direktor: **Botschafter Janez Lenarčič**

Haushalt: **16 039 300 EUR**

Mitarbeiter: 152

www.osce.org/odihr

www.facebook.com/osce.odihr

www.twitter.com/osce_odihr

Als wichtigste OSZE-Institution für Fragen der menschlichen Dimension stellt das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) den Teilnehmerstaaten und der Zivilgesellschaft Unterstützung, Hilfestellung und Expertise zur Verfügung und fördert damit die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte sowie Toleranz und Nichtdiskriminierung.

WAHLEN

2013 führte das BDIMR Wahlbeobachtungsaktivitäten für 19 Urnengänge in 18 Teilnehmerstaaten durch. Um zur Verbesserung der Qualität der Wahlen beizutragen, stattete es zehn Teilnehmerstaaten einen Besuch ab und legte ihnen seine Beobachtungsberichte und Empfehlungen vor. Das Büro stellte Expertengutachten zu Wahlgesetzen und -gesetzesvorlagen zur Verfügung und beriet die Teilnehmerstaaten zu konkreten Aspekten ihrer Wahlverfahren.

Zur Verbesserung seiner Beobachtungsmethoden gab das BDIMR ein Handbuch für die Beobachtung der neuen Techniken der Stimmabgabe und die zweite Auflage der *Guidelines for Reviewing a Legal Framework for Elections* heraus. Es unterstützte von den Teilnehmerstaaten organisierte Ausbildungsaktivitäten für Wahlbeobachter und betreute ein 2012 aufgenommenes Online-Ausbildungsprogramm für Kurzzeitbeobachter. Für Beobachter aus den Ländern des Diversifizierungsfonds veranstaltete es drei Ausbildungskurse. Durch diesen Fonds stellt das BDIMR sicher, dass die Wahlbeobachter ein breites geografisches Spektrum der OSZE abdecken – 2013 waren Beobachter aus 48 Teilnehmerstaaten im Einsatz.

Zur Unterstützung der Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung ihrer Verpflichtungen veröffentlichte das BDIMR auf Ersuchen des ukrainischen Vorsitzes einen Überblick über die Wahlgesetzgebung und -praxis. In dem Überblick werden 63 Wahlverfahren in 47 Teilnehmerstaaten erfasst. Bei seiner Präsentation im Oktober in Wien gab der Bericht den Anstoß zu konstruktiven Diskussionen zwischen den Teilnehmerstaaten über die Frage, wie man Wahlverfahren besser mit den OSZE-Verpflichtungen in Einklang bringen kann.

WAHLBEOBACHTUNGEN 2013

www.osce.org/odihr/89150

11./12. JANUAR 2013

TSCHECHISCHE REPUBLIK

Präsidentenwahl

10. FEBRUAR 2013

MONACO

Parlamentswahl

18. FEBRUAR 2013

ARMENIEN

Präsidentenwahl

9. MÄRZ 2013

MALTA

Parlamentswahl

24. MÄRZ/7. APRIL 2013

DIE EHEMALIGE JUGOSLAWISCHE REPUBLIK MAZEDONIEN

Kommunalwahlen

7. APRIL 2013

MONTENEGRO

Präsidentenwahl

27. APRIL 2013

GEORGIEN

Parlamentswahl (Nachwahlen)

27. APRIL 2013

ISLAND

Parlamentswahl

12. MAI 2013

BULGARIEN

(Vorgezogene) Parlamentswahl

23. JUNI 2013

ALBANIEN

Parlamentswahl

26. JUNI 2013

MONGOLEI

Präsidentenwahl

9. SEPTEMBER 2013

NORWEGEN

Parlamentswahl

22. SEPTEMBER 2013

DEUTSCHLAND

Parlamentswahl

29. SEPTEMBER 2013

ÖSTERREICH

Parlamentswahl

9. OKTOBER 2013

ASERBAIDCHAN

Präsidentenwahl

27. OKTOBER 2013

GEORGIEN

Präsidentenwahl

6. NOVEMBER 2013

TADSCHIKISTAN

Präsidentenwahl

15. DEZEMBER 2013

UKRAINE

Parlamentswahl (Wahlwiederholung)

15. DEZEMBER 2013

TURKMENISTAN

Parlamentswahl

MENSCHENRECHTE

In Fortsetzung seines Monitorings der Versammlungsfreiheit beobachtete das Büro Versammlungen in Griechenland, Montenegro und Portugal. Im Juli und August entsandte das BDIMR eine Delegation in die Vereinigten Staaten und nach Guantanamo Bay (Kuba), die sich bei ihrem Besuch vor Ort ein Bild von den Verfahren vor den Militärkommissionen in Guantanamo und anderen Menschenrechtsfragen rund um die dort festgehaltenen Gefangenen machen sollte.

Das BDIMR nahm die Arbeit an einem Entwurf zu Leitlinien für den Schutz von Menschenrechtsverteidigern auf, die 2014 veröffentlicht werden sollen. In die Konsultationen waren sowohl Menschenrechtsverteidiger als auch auf diesem Gebiet tätige internationale Organisationen eingebunden.

Gemeinsam mit der Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen der OSZE veröffentlichte das Büro ein Handbuch für Strafverfolgungsbeamte über den Schutz der Menschenrechte bei Ermittlungen im Zuge der Terrorismusbekämpfung und verfasste Leitlinien für die Menschenrechtsausbildung von Gesundheitspersonal und Menschenrechtsaktivisten.

Im November richtete das BDIMR ein Strategieplanungstreffen des Europäischen Netzwerks nationaler Menschenrechtsinstitutionen aus, dessen Ergebnisse in die künftige Tätigkeit des

Netzwerks auf regionaler Ebene einfließen werden. Zwei Expertentreffen – zum Thema Zugang von Frauen in den Streitkräften zu Gefechtspositionen und zur Rolle von Ombudstellen für den Schutz der Menschenrechte in den Streitkräften – machten den Anfang der Diskussionsreihe zu Menschenrechten, die das Büro für Vertreter des Forums für Sicherheitskooperation vorbereitet hatte.

Mit mehreren Veranstaltungen für Strafverfolgungsbeamte, Staatsanwälte und Rechtsanwälte setzte das BDIMR sein Projekt zur Bekämpfung des Menschenhandels in den Teilnehmerstaaten in ganz Zentralasien fort. Die Teilnehmer tauschten ihre Erfahrungen im Bereich des Menschenrechtsschutzes aus und erörterten, wie man den Opfern des Menschenhandels bessere rechtliche Unterstützung zuteilwerden lassen kann.

KLEINE SCHRITTE, GROSSE WIRKUNG

Zwanzig durch Kleinkredite finanzierte Projekte – angefangen von neuen Brunnen in Albanien bis zu besseren Abwasseranlagen in Bosnien und Herzegowina – verbesserten 2013 die Lebensbedingungen der Roma auf dem Westbalkan. Obwohl für jedes einzelne Projekt nicht mehr als 5 000 EUR zur Verfügung standen, wirkten sie sich in 20 ausgewählten Gemeinden sofort spürbar positiv auf die Lebensqualität von über 10 000 Roma, Aschkali und Ägyptern und auf deren Zugang zu Rechten aus.

Die Kredite wurden vom Projekt für bewährte Methoden zur Integration der Roma (BPRI) vergeben, einer von der Europäischen Union finanzierten und den OSZE-Teilnehmerstaaten unterstützten regionalen Initiative, die vom BDIMR umgesetzt wird. Sie unterstützt innovative Programme, die Roma verstärkt in das politische und öffentliche Leben sowie in Entscheidungsprozesse einbinden sollen, um so der Diskriminierung Einhalt zu gebieten und zur Verbesserung der Lebensbedingungen beizutragen.

www.bpri-odhr.org

„Mithilfe dieser Kleinkredite konnten örtliche Gemeinschaften konkrete Herausforderungen bewältigen, die auf lokaler Ebene von großer Bedeutung sind,“ erläutert Mimoza Murati, ein Experte aus dem Kosovo, der vom BPRI mit der begleitenden Kontrolle der lokalen Projekte beauftragt wurde. „Unabhängig vom jeweiligen Rechtssystem erlebten Roma, dass eine Reihe grundlegender Fragen vor Ort angegangen wurde, wie etwa das Fehlen einer entsprechenden Infrastruktur, die soziale Isolierung und Bildungs- und Gesundheitsanliegen.“

Das BPRI unterstützte eine Vielzahl von Projekten: Schaffung von Infrastruktur für Roma-Siedlungen, Unterstützung für einen lokalen Roma-Radiosender, Hilfe für Roma-Kinder bei der schulischen Integration. Einer der wichtigsten Aspekte des Programms war die direkte Einbindung der Roma-Gemeinschaften. Gemeinsam mit den örtlichen Kommunen ermittelten sie die drängendsten Probleme und machten sich an deren Lösung. So hat die Zusammenarbeit auf allen Ebenen nicht nur das Problembewusstsein geschärft, sondern auch die Qualität der kommunalen Dienstleistungen verbessert.

10 Fortbildungsveranstaltungen und Peergruppentreffen zum Thema Rechtsprechung bei Kriegsverbrechen für 212 Vertreter von Rechtsberufen

Schulungen zum Thema Umgang mit Hassverbrechen für 130 Angehörige von NGOs und 56 Polizeibeamte

Entsendung von 2 073 Beobachtern aus 48 Staaten zur Beobachtung von 19 Wahlgängen

ROMA UND SINTI

Anlässlich des zehnten Jahrestags der Verabschiedung des Aktionsplans zur Verbesserung der Lage der Roma und Sinti im OSZE-Gebiet präsentierte das BDIMR auf dem Zusätzlichen Treffen zur Menschlichen Dimension im November in Wien seinen zweiten Bericht zur Umsetzung dieses Plans. Der Bericht geht auf die Fortschritte der Teilnehmerstaaten bei der Förderung der Integration von Roma und Sinti und die nach wie vor bestehenden sowie die neu hinzugekommenen Herausforderungen ein, unter ihnen die Roma-Feindlichkeit im öffentlichen Diskurs, Extremismus und rassistische Gewalt.

Im Zuge dieser Veranstaltung widmete das BDIMR eine eigene Sitzung den zivilgesellschaftlichen Vertretern der Roma und Sinti. Unter den Teilnehmern waren auch Roma-Jugendliche und -Frauen, die sich mit ihrer Rolle als Katalysator für den Wandel auseinandersetzten und Empfehlungen zu einem OSZE-Beschluss über Roma- und Sinti-Frauen, -Jugendliche und -Kinder abgaben. Der Beschluss wurde dann im Dezember vom OSZE-Ministerrat in Kiew verabschiedet.

Das BDIMR startete seine Initiative für Roma-Jugendliche, ein innovatives Programm, mit dessen Hilfe die Einbindung jugendlicher Roma und Sinti in ihre jeweilige Gemeinschaft verstärkt werden soll. Bei den in Italien, der Tschechischen Republik, Rumänien und Spanien durchgeführten Aktivitäten ging es in erster Linie darum, jugendliche Roma dahingehend zu unterstützen, dass sie regelmäßig die Schule besuchen und dort bessere Leistungen erbringen, und den Zugang zum Gesundheitswesen für Roma zu erleichtern.

Um in der Öffentlichkeit das Bewusstsein für den Genozid an den Roma während des Zweiten Weltkriegs zu fördern, unterstützte das BDIMR die Initiative „Dik I Na Bistar“ („Schau hin und vergiss nie“) von ternYpe, eines internationalen Netzwerks von Roma-Jugendlichen, www.ternype.eu

Im August gedachten mehr als 430 jugendliche Roma und Nichtroma aus achtzehn Ländern im ehemaligen Nazi-Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau gemeinsam des Genozids.

In Moldau erhielt die Regierung auch in diesem Jahr Hilfestellung bei der Durchführung ihres nationalen Roma-Aktionsplans durch das Büro. Bei einem vom Büro für interethnische Beziehungen gemeinsam mit dem Büro des Ministerpräsidenten organisierten Seminar bildete das BDIMR Regierungsbeamte für die Beobachtung, Datensammlung und Verbesserung der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und Gemeinschaft der Roma aus. Zusammen mit der Generalinspektion der Polizei und dem Nationalen Roma-Zentrum gab das Büro auch eine Übersetzung des Handbuchs für bewährte Methoden zum Aufbau von Vertrauen und Verständnis zwischen Polizei und Roma und Sinti heraus.

DEMOKRATISIERUNG

Erneut unterstützte das BDIMR die Teilnehmerstaaten durch Gutachten, Fachtagungen und Konsultationstreffen bei der Erhöhung der Effizienz und Transparenz ihrer Gesetzgebungsprozesse.

Im Zuge seiner Hilfestellung für die Verbesserung der Prozesse zur Reform der Gesetzgebung und Rechtsvorschriften arbeitete das BDIMR gemeinsam mit dem legislativen Ausschuss und der OSZE-Mission in Serbien an der Erstellung eines „Fahrplans“ für die Legislativreform. Auf Ersuchen der Teilnehmerstaaten und Feldoperationen begutachtete es Gesetzesentwürfe, um sicherzustellen, dass die Verpflichtungen in Bezug auf Versammlungsfreiheit, politische Parteien, Religions- und Glaubensfreiheit, Informationszugang und Gleichstellung der Geschlechter eingehalten werden.

Zur Förderung des parlamentarischen Ethos organisierte das Büro ferner eine Studienreise nach Warschau für 25 Parlamentarier und Sachverständige aus südosteuropäischen Teilnehmerstaaten der OSZE. 75 Parlamentsabgeordneten aus fünf OSZE-Ländern und ihren Mitarbeitern wurde darüber hinaus eine Studie zu ethischen Standards für Parlamentarier präsentiert.

Als erste derartige Untersuchung in der OSZE-Region analysierte eine neue vergleichende Studie die Funktionsweise parlamentarischer Frauengremien, die die Gleichstellung von Frauen und ihre Vertretung fördern sollen. Das Büro stellte die Studie Parlamentariern aus Kirgisistan, Moldau, Serbien und Tunesien vor und unterstützte eine Studienreise nach Finnland, an der 23 serbische Parlamentsabgeordnete teilnahmen. 50 Vertreter nationaler Menschenrechtseinrichtungen aus der Mongolei, aus Serbien und der Ukraine erhielten eine Schulung in Strategien zum Schutz und zur Förderung der Rechte und Gleichstellung von Frauen.

Auf Ersuchen der georgischen Regierung war das BDIMR in vierzehn Strafverfahren bei 210 Vernehmungen von ehemaligen hochrangigen Regierungsbeamte als Beobachter anwesend. Ihre abschließende Analyse und Empfehlungen werden in einen Bericht einfließen, der der Regierung bei der Einhaltung der OSZE-Standards für ein faires Verfahren helfen soll. Bei seinem jährlichen Prozessbeobachtertreffen schulte das BDIMR 48 Vertreter der Zivilgesellschaft aus sechs OSZE-Staaten für einen kompetenten Umgang mit Behörden, um sicherzustellen, dass die Rechte im Zusammenhang mit einem fairen Verfahren eingehalten werden.

Zur Erweiterung seines Prozessbeobachtungsprogramms gab das Büro auch ein Handbuch für die Beobachtung von Verfahren an Verwaltungsgerichten heraus. Es gibt einen Überblick über die Rechte in einem fairen Verfahren und enthält praktische Informationen über die Modalitäten für die Einrichtung und Durchführung einer Prozessbeobachtung für Verwaltungsgerichtsverfahren.

„Ein Freund brachte das auf die folgende Formel: Die Zukunft des Menschenrechtsschutzes liegt in den Händen der Verwaltungsgerichte.“

Richard Zajac-Sannerholm, Leiter des Rechtsstaatlichkeitsprogramms der Folke Bernadotte Akademie.

TOLERANZ UND NICHTDISKRIMINIERUNG

Auch in diesem Jahr folgte das BDIMR dem Leitprinzip, Partnerschaften aufzubauen, damit man gemeinsam wirksam auf Hassverbrechen reagieren kann. Im Zuge seines Ausbildungsprogramms für Strafverfolgungsbeamte (TAHCLE) zur Bekämpfung von Hassverbrechen bildete das BDIMR 24 Mitglieder der Vereinigung europäischer Polizeiakademien aus elf Ländern aus. Italien und Montenegro waren die letzten Staaten im OSZE-Raum, deren Polizeibehörden im Mai bzw. August eine TAHCLE-Durchführungsvereinbarung

unterzeichneten. Das Büro hielt Schulungen für 110 Mitglieder der Zivilgesellschaft im Umgang mit Hassverbrechen, einschließlich von Straftaten gegen Personen mit Behinderungen, ab. Für Vertreter aus zehn Ländern veranstaltete das BDIMR eine Studienreise nach Washington, D.C., mit dem Ziel, Menschen afrikanischer Herkunft in die Lage zu versetzen, auf Hassverbrechen zu reagieren.

Im Mai erörterten die Teilnehmer einer hochrangigen Konferenz in Tirana die Herausforderungen bei der Umsetzung der Verpflichtungen zur Förderung und zum Schutz von Toleranz und Nichtdiskriminierung mit dem Schwerpunkt Intoleranz und Diskriminierung von Personen, einschließlich Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und aggressivem Nationalismus sowie Intoleranz gegenüber Christen und Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften, Antisemitismus und Intoleranz gegenüber Muslimen.

Gemeinsam mit dem ukrainischen Vorsitz und dem Europäischen Rat der Religionsführer hielt das BDIMR ein Treffen am runden Tisch zum interreligiösen Dialog und zur Förderung der Religions- und Glaubensfreiheit ab. Um sicherzustellen, dass der Satz von Leitlinien für die Anerkennung von Religions- bzw. Glaubensgemeinschaften – dessen Entwurf vorliegt und 2014 veröffentlicht werden soll – auf die wesentlichen Fragen eingeht und auch Beispiele bewährter Methoden umfasst, hielt das BDIMR vier Konsultationstreffen mit insgesamt 85 Experten ab.

Der Vorsitz und das Büro beteiligten sich an einer Konferenz zu den Herausforderungen und bewährten Methoden im Umgang mit den Sicherheitserfordernissen jüdischer Gemeinden. Die Teilnehmer sprachen die Empfehlung aus, die Regierungen sollten eng mit den jüdischen Gemeinden zusammenarbeiten und sich dafür des Dialogs, des Informationsaustauschs und anderer vertrauensbildender Maßnahmen bedienen. In dem Bemühen, auch Führungspersönlichkeiten der muslimischen Gemeinschaft einzubinden, um sie verstärkt für das Problem der Hassverbrechen zu sensibilisieren, hielt das BDIMR eine entsprechenden Kurs für Vertreter aus zwanzig Staaten ab.

DER HOHE KOMMISSAR FÜR NATIONALE MINDERHEITEN

DER HOHE KOMMISSAR FÜR NATIONALE MINDERHEITEN

Hohe Kommissarin: **Astrid Thors** (seit 20. August 2013)

Vorgänger: **Knut Vollebaek**

Haushalt: **3 407 600 EUR**

Mitarbeiter: **31**

www.osce.org/hcnm

Die Institution des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten (HKNM) wurde 1992 geschaffen, um ethnische Spannungen, die den Frieden, die Stabilität oder die freundschaftlichen Beziehungen zwischen oder in den OSZE-Teilnehmerstaaten gefährden könnten, aufzuzeigen und einer raschen Lösung zuzuführen. 2013 wurde die Tätigkeit des HKNM fortgesetzt, die den Lebensbedingungen von Minderheitengemeinschaften in vielen Teilnehmerstaaten und der Beratung dieser Staaten in Bezug auf die nationale Gesetzgebung und die Politik im Zusammenhang mit den Beziehungen zwischen den Volksgruppen galt. Der/Die HKNM unterstützte auch den bilateralen Dialog zu länderspezifischen Minderheitenfragen.

AKTIVITÄTEN NACH REGIONEN UND LÄNDERN

Das Mandat des Hohen Kommissars umfasst auch regelmäßige Besuche in OSZE-Teilnehmerstaaten zur Erörterung von Minderheitenfragen mit Vertretern der Regierungsbehörden, der Minderheiten und der Zivilgesellschaft.

ZENTRALASIEN

Um die Zusammenarbeit zwischen den zentralasiatischen Ländern im Bereich Mehrsprachigkeit und Multikulturalität im Bildungswesen zu fördern und anzuspornen verfolgte der HKNM die 2012 aufgenommene regionale Bildungsinitiative weiter und unterstützte wie im Vorjahr eine regionale Kontaktperson für Bildungsangelegenheiten. Im Mai veranstaltete der Hohe Kommissar einen hochrangigen Runden Tisch in London, bei dem die interethnischen Beziehungen vor dem Hintergrund der regionalen Sicherheit und Zusammenarbeit in Zentralasien und Afghanistan erörtert wurden.

KIRGISISTAN

Im Juli besuchte der Hohe Kommissar Vollebaek Kirgisistan, und die Hohe Kommissarin Thors besuchte das Land im November. Die interethnischen Beziehungen in diesem Land waren nach wie vor fragil. Beide Kommissare appellierten an die Behörden, eine ausgewogene Sprachpolitik zu fördern, die den Erhalt der sprachlichen Vielfalt und der berechtigten Notwendigkeit, die Staatssprache zu unterstützen, verpflichtet ist, unter anderem durch die Aufhebung von Beschlüssen, die die landesweiten Prüfungen für Schulabsolventen in Usbekisch abschafften, oder durch die Einführung einer Übergangsperiode. Die HKNM unterstützten die Behörden bei der Entwicklung einer umfassenden Strategie für eine nationale Integration und die Verbesserung des Verhältnisses zwischen Mehrheit und

Minderheit und ermutigte sie zu einer Politik der stärkeren Teilhabe und Vertretung nationaler Minderheiten.

KAUKASUS

GEORGIEN

Im Juni reiste der Hohe Kommissar Vollebaek nach Georgien, wo er von Minderheiten besiedelte Regionen und das Gebiet in der Nähe der Verwaltungsgrenze zu Südossetien besuchte. Er brachte das langjährige Problem der Rückführung und Wiedereingliederung der Mescheten zur Sprache und erörterte mit den Behörden die *Ljubljana Guidelines on Integration of Diverse Societies*. Das Büro unterstützte weiterhin Projekte, die Unterricht in der Staatssprache für Beamte anbieten.

TURKMENISTAN

Während eines Besuchs in Aschgabat im Februar erörterte der Hohe Kommissar mit Behördenvertretern Fragen der Doppelstaatsbürgerschaft und der regionalen Sicherheit und Stabilität.

SÜDOSTEUROPA

SERBIEN

Im Oktober führte die Hohe Kommissarin Thors den Vorsitz beim ersten Treffen des Ausschusses der Interessensgruppen am zur Wirtschaftsfakultät Subotica der Universität Novi Sad gehörenden Departement Bujanovac. Das Departement fördert die Integration durch ein mehrsprachiges Unterrichtsangebot. Die interethnischen Beziehungen im Süden des Landes, der Dialog zwischen ethnischen Albanern und der Zentralregierung und die Unstimmigkeiten zwischen der serbisch-orthodoxen und der rumänisch-orthodoxen Kirche betreffend die Abhaltung von Gottesdiensten in rumänischer Sprache bereiteten der Hohen Kommissarin Sorgen.

Am 20. August wurde die frühere Ministerin für Migration und europäische Angelegenheiten von Finnland, Astrid Thors, zur vierten Hohen Kommissarin für nationale Minderheiten bestellt. Sie ist die Nachfolgerin des Norwegers Knut Vollebaek.

Im Kosovo waren nach dem Belgrad-Priština-Abkommen im April politische Fortschritte in Richtung Normalisierung spürbar. Die Hohe Kommissarin war jedoch nach wie vor besorgt darüber, dass kein rechtlicher Rahmen für die Mehrsprachigkeit eingerichtet worden war, und die fehlende Integration im Bildungswesen nicht angegangen wurde.

DIE EHEMALIGE JUGOSLAWISCHE REPUBLIK MAZEDONIEN

Auch die HKNM zeigte sich besorgt über die zunehmende ethnische Spaltung der Gesellschaft. Im Oktober reiste die Hohe Kommissarin Thors nach Skopje und erörterte mit den Behörden die Herausforderungen, die vom Aufbau eines stabilen, multiethnischen Staates, der gesellschaftlichen Integration und der Überprüfung der Umsetzung des Rahmenübereinkommens von Ohrid ausgehen.

THEMENBEZOGENE AKTIVITÄTEN

Das Büro des Hohen Kommissars befasst sich auch mit themenbezogenen Fragen, die auf die Prioritäten der Institution und den jeweiligen politischen Kontext ausgerichtet sind.

INTEGRATION UNTER ACHTUNG DER VIELFALT

Zur Förderung der Integration stellte der HKNM 2012 die *Ljubljana Guidelines* vor. Sie enthalten allgemeine Grundsätze und Elemente für einen integrationspolitischen Rahmen und bieten Rat in entscheidenden Bereichen. Als Follow-up zu diesen Leitlinien organisierte das Büro des HKNM 2013 Veranstaltungen in Serbien, Georgien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und Moldau. Darüber hinaus veranstaltete der HKNM gemeinsam mit dem Europäischen Hochschulinstitut im Mai in Florenz ein Expertenseminar zum Thema Staatsbürgerschaft, bei dem Fragen wie Doppelstaatsbürgerschaft und politische Teilhabe zur Sprache kamen.

ROMA UND SINTI

Im Rahmen des Engagements des HKNM in Roma- und Sinti-Fragen wurden die Aktivitäten betreffend regionale Aspekte der Dokumentation und Registrierung des Personenstands in Südosteuropa fortgesetzt.

Gemeinsam mit der Europäischen Kommission und UNHCR wies der Hohe Kommissar auch in diesem Jahr auf die Notwendigkeit hin, dass sich die Regierungen mit dem Langzeitproblem von Personen ohne Ausweispapiere in Südosteuropa auseinandersetzen müssen – gemäß den Empfehlungen der Zagreber Erklärung vom Oktober 2011. Am 22. November veröffentlichten HKNM, Europäische Kommission und UNHCR die Schlussfolgerungen der *Regional Conference on Access to Civil Registration and Documentation in South-Eastern Europe*, die am 25. Oktober in Podgorica (Montenegro) abgehalten wurde und die Fortschritte überprüfen und die Lösungen für nach wie vor bestehende Hindernisse erörtern sollte.

OST- UND MITTELEUROPA

MOLDAU

2013 beschloss die moldauische Regierung die Entwicklung einer Integrationsstrategie. Sie erhöhte auch die finanzielle Unterstützung für mehrere, vom HKNM in die Wege geleitete Projekte für den Unterricht von Beamten in der Staatssprache. Dennoch gaben die nationale Identität und Integration sowie die langjährige Auseinandersetzung über in lateinischer Schrift unterrichtende Schulen in Transnistrien und die Schließung von in Minderheitensprachen unterrichtenden Schulen in Moldau im Rahmen des „Schuloptimierungsprozesses“ weiterhin Anlass zu Besorgnis.

Die Hohe Kommissarin gab den Behörden Empfehlungen für die Integrationsstrategie und unterstützte das Büro für interethnische Beziehungen weiterhin durch die Entsendung eines Experten.

PROJEKTE

Die Arbeit an ausgewählten, zur gesellschaftlichen Integration beitragenden Projekten wurde fortgesetzt, so zum Beispiel mit einem Programm für Albanisch – und Serbischunterricht für Amtsträger in zehn Gemeinden im Kosovo. Das 2011 angelaufene Programm wird vom

Hohen Kommissar finanziert und vom Europäischen Zentrum für Minderheitenfragen durchgeführt.

20 JAHRE ENGAGEMENT SEIT ZWEI JAHRZEHNTE

Als Max van der Stoel, der erste Hohe Kommissar für nationale Minderheiten, 1993 sein Amt antrat, waren ethnische Konflikte und Spannungen in der OSZE-Region an der Tagesordnung. Im Wissen, dass ethnische Spannungen Konfliktpotenzial bergen, wurde beim KSZE-Gipfeltreffen in Helsinki im Juli 1992 ein besonderes Mandat für den Hohen Kommissar beschlossen: „zum frühestmöglichen Zeitpunkt für Frühwarnung [...] und gegebenenfalls für Frühmaßnahmen hinsichtlich von Spannungen, die Bezug auf Angelegenheiten nationaler Minderheiten haben“ zu sorgen.

Verschwiegenheit und stille Diplomatie sollten die Kennzeichen dieser neuen Institution sein. 20 Jahre später arbeitet der Hohe Kommissar noch immer unermüdlich hinter den Kulissen. Der Jahrestag wurde mit einer Reihe von Veranstaltungen begangen, darunter einer Gedenkfeier in Den Haag im März, an der auch Königin Beatrix der Niederlande teilnahm. Knut Vollebaek erinnerte zum Abschluss seiner zweiten dreijährigen Amtszeit als Hoher Kommissar das Publikum an den konkreten Beitrag der Institution zur Konfliktverhütung. „Seine einzigartige Funktion gibt dem HKNM die Möglichkeit, nicht nur Alarm zu schlagen, wenn sich Spannungen zusammenbrauen, sondern den Staaten auch beizustehen, sich in einem Frühstadium mit den Spannungen auseinanderzusetzen – in einer Art und Weise, die nicht nur wirksam ist, sondern auch die Gesellschaften auf lange Sicht stärkt.“

DER BEAUFTRAGTE FÜR MEDIENFREIHEIT

DER BEAUFTRAGTE FÜR MEDIENFREIHEIT

Die Beauftragte: **Dunja Mijatović**

Haushalt: **1 451 600 EUR**

Mitarbeiter: **14**

www.osce.org/fom

www.facebook.com/osce.rfom

Der Beauftragte für Medienfreiheit ist eine unabhängige OSZE-Institution, deren spezielles Mandat dem Schutz und der Förderung der Medienfreiheit in allen 57 Teilnehmerstaaten der OSZE gilt. Das Büro unter der Leitung von Dunja Mijatović – seit 2010 Medienbeauftragte – beobachtet nach wie vor die Entwicklungen im Medienbereich, interveniert für Journalisten, tritt für ein freies Internet und die Abschaffung des Straftatbestandes der üblen Nachrede ein. Im März wurde die Amtszeit von Dunja Mijatović um weitere drei Jahre verlängert.

15 JAHRE

#RFOM15: EIN BESONDERER JAHRESTAG FÜR EINE EINZIGARTIGE INSTITUTION

<http://rfom15.org>

Im Jahr 2013 konnte das Büro des Beauftragten für Medienfreiheit den 15. Jahrestag seines Bestehens begehen. Die Beauftragte Mijatović nahm dieses Ereignis zum Anlass für eine Reihe von Veranstaltungen, die an die Aufgabe dieser Institution erinnern sollten. Unter anderem wurde im Zuge des regelmäßigen Berichts an den Ständigen Rat eine audio-visuelle Präsentation mit Kommentaren von Vorkämpfern der Medienfreiheit aus der ganzen Welt vorgeführt und eine Website mit Interviews mit namhaften Verteidigern des Rechts auf freie Meinungsäußerung eingerichtet. Die Beauftragte gab auch eine Chronik im Zeitungsformat heraus, in der die Tätigkeit des Büros seit seiner Gründung im Jahr 1997 erläutert wird.

Unsere Publikationen finden Sie unter: www.issuu.com/osce_rfom

HÖHEPUNKTE

150 Interventionen in 35 OSZE-Staaten

Beauftragung von zehn Gutachten zu Mediengesetzen

Veranstaltung von drei regionalen Medienkonferenzen

EINTRETEN FÜR MEDIEN- UND MEINUNGSFREIHEIT

Die Beobachtung der Entwicklungen der Medienfreiheit in der gesamten OSZE-Region beansprucht den größten Teil der Zeit und Energie der Beauftragten für Medienfreiheit. Das Ergebnis dieser Tätigkeit veranlasste sie zu 150 Interventionen in 35 Teilnehmerstaaten im Zusammenhang mit Einschränkungen der Medien- und Meinungsfreiheit.

In der festen Überzeugung, dass die Androhung von Gefängnisstrafen für unpopuläre Meinungsäußerungen eine Einschränkung der Medienfreiheit, der freien Meinungsäußerung und des Medienpluralismus darstellt, kämpfte sie weiterhin um die Entkriminalisierung des Tatbestands der üblen Nachrede. Zu diesem Zweck befasste sie sich mit der Gesetzeslage und unterstützte Staaten, die Freiheitsentzug als Bestrafung für Verstöße gegen die freie Meinungsäußerung abschaffen wollten, durch juristische Hilfestellung.

Die Beauftragte geht jedoch davon aus, dass allein im Jahr 2013 unzählige Journalisten für die Verbreitung ihrer missliebigen Ansichten im Gefängnis landeten, nachdem ihnen konstruierte Straftaten, die mit Haftstrafen geahndet werden, zur Last gelegt wurden.

OFFENSIVE ZUR UNTERBINDUNG DER GEWALT GEGEN JOURNALISTEN

In Durchführung ihres Mandats zur Förderung der uneingeschränkten Einhaltung der OSZE-Verpflichtungen verfolgt die Beauftragte eine Vielzahl von themenbezogenen Projekten, von denen viele auf die Anfänge des Büros zurückgehen. Einen prominenten Platz nimmt dabei die Offensive zur Eindämmung der Welle der Gewalt gegen Journalisten ein, die seit 1997 viele der Regionen der OSZE erfasst hat; auch der Kultur der Straflosigkeit soll ein Ende gemacht werden, von der jene profitieren, die Medienschaffende angreifen. Vor dem Hintergrund der steigenden Zahl von Anschlägen und Schikanen gegen Medienangehörige im OSZE-Raum startete die Beauftragte im Dezember eine weltweite Offensive, um der Straflosigkeit für Verbrechen gegen Journalisten ein Ende zu machen.

www.youtube.com/oscerfom

www.twitter.com/osce.rfom

[#EndImpunity](https://twitter.com/EndImpunity)

EINTRETEN FÜR EIN OFFENES INTERNET

Im Wissen um die überragende Bedeutung des Internet für die weltweite Kommunikation machte sich die Beauftragte unter Mobilisierung beträchtlicher Mittel für die Abschaffung unnötiger Regulierungen dieses Mediums stark. Im Februar veranstaltete sie in Wien die größte OSZE-Konferenz zu diesem Thema, an der über 400 Vertreter aus der Medienbranche, von Regierungsstellen, aus der Wissenschaft sowie von gemeinnützigen Interessensgruppen teilnahmen. Die Konferenz veröffentlichte Empfehlungen, mit deren Hilfe Strategien gefördert werden sollen, um das Internet für die Kommunikation offen zu halten.

„Was mir Sorge macht, ist der politische Wille [ein offenes Internet sicherzustellen], den ich vielfach vermisste. Doch eigentlich ist das Gegenteil der Fall: In der OSZE will man vielerorts gar nicht wahrhaben, dass es im eigenen Land Probleme mit der Medienfreiheit gibt.“

Die Beauftragte Dunja Mijatović am 13. Juni 2013 im Ständigen Rat.

Die Beauftragte ist Staaten auch dabei behilflich, Rechtsvorschriften zur Förderung freier Medien zu erlassen. 2013 gab das Büro zwölf Expertengutachten zu in Ausarbeitung befindlichen Mediengesetzen in acht Staaten in Auftrag. Das Themenspektrum umfasste so gut wie alle aktuellen Medienfragen wie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, üble Nachrede und das Recht der Öffentlichkeit auf Zugang zu Behördeninformationen.

www.osce.org/fom/100112

JURISTISCHE UNTERSTÜTZUNG IM JAHR 2013

LAND	ANALYSE
Belarus	Gesetz betreffend Informationen, Informationstechnologien und den Schutz von Information. Präsidentenerlass vom 7. Oktober 2013 über die Einführung von Novellen und Änderungen zu einigen Präsidentenerlässen
Bosnien und Herzegowina	Gesetz über den freien Zugang zu Informationen Gesetz über elektronische Kommunikation
Georgien	Rundfunkgesetz
Italien	Novellen zum Gesetz betreffend üble Nachrede
Kasachstan	Novellen zum Strafgesetzbuch und zu Verwaltungsverordnungen
Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	Drei Gutachten zu den Gesetzen über Medien und audiovisuelle Mediendienste
Tadschikistan	Gesetz über periodische Druckschriften und andere Massenmedien
Ukraine	Gesetz über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk

IM DIALOG BLEIBEN

Ein gedeihliches Umfeld für freie Medien hängt weitgehend davon ab, inwieweit Behördenvertreter und Medienschaffende in der Lage sind, das Gespräch über strittige Fragen nicht abreißen zu lassen, damit die Diskussionen vorankommen. Dieses Ziel verfolgen die jährlich stattfindenden regionalen Medienkonferenzen der Beauftragten.

Die erste dieser Konferenzen fand im Juni 2013 in Bischkek statt. Auf der Zentralasiatischen Medienkonferenz erörterten Teilnehmer aus fünf Ländern Zentralasiens und der Mongolei die Entwicklungen der letzten fünfzehn Jahre.

Im Zuge der 10. Medienkonferenz zum Südkaukasus befassten sich Regierungsbehörden, Journalisten und Wissenschaftler im November in Tiflis mit den Entwicklungen in diesem Teil der OSZE-Region.

Im September schließlich kamen über 200 Behördenvertreter und Journalisten in Tirana zur 3. Südmitteleuropäischen Medienkonferenz zusammen, um aktuelle Fragen zu erörtern, mit denen Berufsjournalisten konfrontiert sind.

FELDOPERATIONEN

Neben ihren politischen Gremien unterhält die OSZE ein Netz aus fünfzehn Feldoperationen in Südosteuropa, Osteuropa, dem Südkaukasus und Zentralasien.

Überblick über die derzeitigen Feldoperationen

www.osce.org/where

Die Aufgaben der Feldoperationen reichen von der Frühwarnung bis zur Konfliktverhütung und -lösung: sie unterstützen auch die Regierungen und Behörden in ihren Arbeitsbereichen. Mit ihrer Tätigkeit tragen sie zur Herstellung normaler Verhältnisse nach Konflikten bei und unterstützen demokratische Transformationsprozesse.

WIR SIND IN DEN FOLGENDEN REGIONEN PRÄSENT:

SÜDOSTEUROPA

Präsenz in Albanien

Mission in Bosnien und Herzegowina

Mission im Kosovo

Mission in Montenegro

Mission in Serbien

Mission in Skopje

OSTEUROPA

Mission in Moldau

Projektkoordinator in der Ukraine

SÜDKAUKASUS

Büro in Baku

Büro in Eriwan

ZENTRALASIEN

Zentrum in Aschgabat

Zentrum in Astana

Zentrum in Bischkek

Büro in Tadschikistan

Projektkoordinator in Usbekistan

Die Präsenz in Albanien

Leiter der Präsenz: **Botschafter Florian Raunig**

Haushalt: **3 040 600 EUR**

21 internationale Mitarbeiter

64 örtliche Mitarbeiter

www.osce.org/albania

2013 ging für die Präsenz in Albanien mit mehreren Erfolgsgeschichten zu Ende. Unsere langjährigen Bemühungen um Stärkung der Institutionen des Landes und um Fortschritte bei der Justiz-, Gesetzes- und Wahlreform trugen Früchte: Es gab gute Noten für die administrative Abwicklung der Wahlen, Verbesserungen bei mehr als einem Dutzend außerordentlich wichtiger Gesetze, weitere Fortschritte bei der Beseitigung von gefährlichem militärischem Material und schließlich auch ein Vorankommen bei der Bekämpfung des Menschenhandels, wodurch insgesamt größere politische Vielfalt und ein verstärktes Bewusstsein für die Menschenrechte entstand. So fügt sich ein Stein auf den anderen.

HÖHEPUNKTE

Hilfe bei der Wahlreform trägt Früchte

Hilfe bei der Verbesserung von 19 Schlüsselgesetzen

Sichere Lagerung von 100 Tonnen militärspezifischer Chemikalien durch Umfüllung in neue Behälter

WAHLVORBEREITUNG: LEKTION GELERNT

Die seit Langem geleistete Unterstützung bei der Wahlreform, die auch Schulungen für die Zentrale Wahlkommission beinhaltete, machte sich im Juni bezahlt, als BDIMR-Beobachter bei der Parlamentswahl „verbesserte Rahmenbedingungen“ feststellten. Die Präsenz sorgte mit einer Reihe von Ausbilderkursen für die Zielgruppe örtlicher Wahlhelfer, der Ausarbeitung von Wahlmaterialien und Informationen für Bürger mit Behinderungen für die Qualifizierung des amtlichen Wahlpersonals.

Video zur Wählererziehung:

www.youtube.com/watch?v=dOE0wgXf4Aw

Die Präsenz unterstützte die Wahlkommission außerdem bei deren erster Analyse des Wahlverlaufs, bei der sie die daraus zu ziehenden Lehren und festgestellte Schwachstellen untersuchte.

UNTERSTÜTZUNG IM BEREICH DER GESETZGEBUNG ZEITIGT ERGEBNISSE

Die Präsenz half bei der Verbesserung von 19 Gesetzen, von denen einige von größter Bedeutung für die Heranführung Albaniens an Europa waren. Die meisten Empfehlungen der Präsenz wurden in die Endfassungen der Gesetze aufgenommen, die nun besser den OSZE-Standards entsprechen. Diese Gesetze betrafen unter anderem die Reform der Justiz und der

öffentlichen Verwaltung; es wurden auch das Strafgesetzbuch sowie das Bürgerliche Gesetzbuch und die Zivilprozessordnung novelliert.

EXPLOSIVES ERBE SICHER UNTERGEBRACHT

Die Sicherheit der Bürger hat sich erheblich erhöht, seit die Präsenz 2013 rund 100 Tonnen gefährlicher Chemikalien aus militärischen Anlagen Albaniens in neue Behälter umgefüllt hat. Die Chemikalien wurden sicher gelagert und sollen nun in einer Einrichtung im Ausland vernichtet werden. In militärischen Einrichtungen in Tirana und an anderen Orten, viele davon in der Nähe von dicht bevölkerten Gebieten, lagerten insgesamt 37 verschiedene, oft höchst flüchtige Chemikalien in weitgehend durchgerosteten Behältern.

Auch die Vernichtung überschüssiger konventioneller Munition unter Einsatz der von der Präsenz im Laufe der letzten Jahre zur Verfügung gestellten Ausrüstung ging weiter. 2013 wurden insgesamt 12.000 Tonnen vernichtet.

NEUE ANSÄTZE ZUR BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS

Die Präsenz befasste sich weiter mit Initiativen zur Stärkung der nationalen Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels und unterstützte zu diesem Zweck die Ausarbeitung von Strategien, den Aufbau von Kapazitäten und Aufklärungsaktivitäten. Sie war maßgeblich an der Entwicklung neuer Ansätze im Kampf gegen den Menschenhandel beteiligt, etwa des neuen Befragungsformats und der Richtlinien über Zwangsarbeit. Sie unterwies außerdem Arbeitsinspektoren in der Handhabung der neuen Richtlinien.

BRÜCKEN SCHLAGEN, ALLIANZEN NEU BELEBEN

Zur Förderung engerer Beziehungen zwischen Parlamentariern und ihren Wählern organisierte die Präsenz Kontaktforen und machte die Zivilgesellschaft mit der Arbeitsweise des Parlaments und den Möglichkeiten der Bürgermitsprache vertraut. Sie führte Initiativen zur Förderung des Engagements der Jugend im demokratischen Entscheidungsprozess durch und half mit, eine seit über fünf Jahren nicht mehr aktive parteiübergreifende Allianz von Parlamentarierinnen neu zu beleben. Diese Allianz setzt sich nicht nur für die Geschlechtergleichstellung ein, sondern will auch die Kluft zwischen verschiedenen Parteilinien überbrücken.

WISSEN ÜBER VIELFALT VERMITTELN

Bedienstete albanischer Gefängnisse wurden erstmals mit dem Konzept der Vielfalt und Gleichheit vertraut gemacht. Sie hatten bereits Schulungen in Menschenrechten und Nichtdiskriminierung absolviert, doch die Fortbildung zum Thema Vielfalt vermittelte ihnen eine neue Sicht von der Behandlung der Menschen im Gefängnis.

BESSER VERDECKT, BESSER GESCHÜTZT

Die Präsenz schulte Polizeieinsatzkräfte in verdeckter Überwachung – ein Lehrgang, den es in Südosteuropa bisher nicht gegeben hat. Dieses neue Wissen wird Polizeibeamte besser gegen Bedrohungen durch organisierte Kriminelle oder Terroristen absichern, während sie unter extremen und schwierigen Bedingungen wichtige Informationen sammeln.

ÜBERDENKEN DER ÖRTLICHEN VERWALTUNGSSTRUKTUR

Als Reaktion auf eine Initiative der neuen Regierung, die um eine Überprüfung ihrer administrativen Gebietseinteilung ersucht hatte, half die Präsenz, die sich schon seit längerer Zeit für eine Reform der bestehenden kleinen örtlichen Verwaltungseinheiten einsetzt, bei der Erarbeitung der Kriterien für die Gestaltung und Umsetzung dieser Reform. Die Präsenz

leistete der Regierung auch technische Hilfe bei der Entwicklung eines Reformrahmens und organisierte mit ihr eine nationale Konferenz über die territoriale Verwaltungsreform, an der rund 100 Vertreter der Zentralregierung und der Gebietskörperschaften, der Zivilgesellschaft und der internationalen Gemeinschaft teilnahmen.

WEITERE AKTIVITÄTEN DER PRÄSENZ:

- Sie leistete Hilfestellung bei der Organisation von fünf Konsultationstagungen in Südalbanien über die Planung eines neuen Gesetzes über erneuerbare Energie.
- Sie gab den Anstoß zu Diskussionen über eine Reform der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalt Albaniens, die als unvoreingenommener Informationslieferant unabhängiger werden soll.
- Sie veranstaltete Treffen zwischen Studenten und Personen, die unter der Diktatur verfolgt wurden, um die Versöhnung zu fördern und das Bewusstsein für die Menschenrechte zu heben.
- Sie hielt einen regionalen Workshop für Strafverfolgungsbeamte und Finanzermittler aus Südosteuropa ab, um deren Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Geldwäsche und der Finanzierung des Terrorismus zu stärken.
- Sie stellte der Regierung Expertenhilfe bei der Ausarbeitung einer aktualisierten nationalen Antikorruptionsstrategie zur Verfügung.

FORTBILDUNGSVERANSTALTUNGEN 2013

2209 TEILNEHMER

203	Polizeireform
802	Menschenrechte
45	Grenzkontrolle
615	Good Governance
120	Umwelt
35	Bekämpfung des Menschenhandels
105	Geschlechtergleichstellung
104	Medienfragen
180	Justizreform

Außerdem schulte die Präsenz 50 hochrangige Polizeibeamte und -ausbilder in Wahlangelegenheiten, womit sie dank des Multiplikationseffekts der Ausbildung von Ausbildern rund 5700 Polizeibeamte erreichte. Dasselbe System nutzte sie, um etwa 2000 sehbehinderten Wählern die Stimmabgabe zu ermöglichen, die von 100 Kursleitern unterwiesen wurden, die ihrerseits von der Präsenz ausgebildet worden waren.

Die Mission in Bosnien und Herzegowina

Leiter der Mission: **Botschafter Fletcher M. Burton**

Haushalt: **13 081 200 EUR**

68 internationale Mitarbeiter

346 örtliche Mitarbeiter

www.osce.org/bih

www.facebook.com/oscebih

www.twitter.com/oscebih

Nach wie vor waren positive Veränderungen unser Ziel. In enger Zusammenarbeit mit einheimischen und internationalen Partnern engagierten wir uns weiter in den Bereichen Justizreform, Kriegsverbrecherprozesse, Rüstungskontrolle, Bildungsreform, Diskriminierungsbekämpfung und Verbesserung der Kommunikation zwischen den Parlamenten. Viele der Aktivitäten der Mission galten der Unterstützung des Reform- und Integrationsprozesses und brachten dem Land direkte Verbesserungen. Außerhalb der Landesgrenzen waren die Mitarbeiter bei der Erleichterung der Kommunalwahlen in vier nördlichen Gemeinden des Kosovo im Jahr 2013 behilflich und leisteten einen Beitrag zu verstärkter Zusammenarbeit auf regionaler Ebene zwischen den Regierungen und Parlamenten in Südosteuropa. Wir führten auch unsere interne Reformagenda fort, nahmen beträchtliche Haushaltskürzungen vor und schlossen zu Jahresende drei Außenstellen, womit deren Zahl nunmehr elf beträgt.

HÖHEPUNKTE

Aufnahme eines breit angelegten zivilgesellschaftlichen Projekts gegen Hassverbrechen

Start eines fünfjährigen Wohnraumbeschaffungsprogramms für 14.000 Binnenvertriebene

Unterzeichnung einer bahnbrechenden Vereinbarung über die Sicherheit von Waffenlagern

HASSVERBRECHEN – VERURTEILEN UND VERHÜTEN

Zur Fortsetzung ihrer Bemühungen zur Eindämmung von Hassverbrechen und anderen von Voreingenommenheit und Vorurteilen motivierten Zwischenfällen bediente sich die Mission eines neuartigen Konzepts. Unter Nutzung ihrer einzigartigen Präsenz vor Ort und in Zusammenarbeit mit fünfzehn Gemeinden – einige davon mit großem Rückkehrer- oder Minderheitenanteil – leistete die Mission Hilfestellung beim Aufbau von örtlichen Koalitionen zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Kommunalbehörden und den Medien. Die Stimme dieser Koalitionen hat enormes Gewicht, wenn sie hassmotivierte Vorfälle verurteilen und dagegen aufrufen. Die Mission richtete auch Websites zu Hassverbrechen ein, über die die Bürger sowohl Vorfälle melden als auch auf Bemühungen hinweisen können, die den Zusammenhalt zwischen den Gemeinschaften fördern. Parallel dazu setzte sich die Mission für die Verabschiedung und Umsetzung von Gesetzen gegen Hassverbrechen ein und führte weiter Ausbildungsveranstaltungen für Polizeijuristen und Gemeindebehörden durch.

[#hatemonitorbih](#)
[#supergradjani](#)

WOHNRAUMBESCHAFFUNG FÜR BINNENVERTRIEBENE

Nach wie vor bilden die dauerhafte Rückkehr und die Bereitstellung von fixem Wohnraum für Flüchtlinge und Binnenvertriebene eines der schwierigsten Probleme in Bosnien und Herzegowina und den Nachbarländern in der Zeit nach den Kriegen der 1990er Jahre. Dafür wurde 2010 das Regionale Wohnraumbeschaffungsprogramm ins Leben gerufen, eine mehrjährige Initiative, an der neben den Regierungen der betroffenen Länder auch internationale Organisationen beteiligt sind. Zur Durchführung des Programms in Bosnien und Herzegowina, das Wohnraumlösungen für 5400 Familien – rund 14.000 Personen – schaffen soll, ging die Mission eine strategische Partnerschaft mit dem Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) ein. Dabei sollte besonders darauf geachtet werden, dass die Bedürftigsten zum Zug kommen. Die Mission unterstützte über ihr Außenstellennetz die örtlichen Auswahlkommissionen, um sicherzustellen, dass die örtlichen Behörden das Geld der Geber gerecht und ausgewogen verteilen.

INTERAKTIVE MEDIEN FÜR BÜRGERAKTIVISMUS

Es gibt zwei Online-Plattformen, „Hate Monitor“ und „Super Citizens“, die von Vorurteilen motivierte Zwischenfälle verfolgen und den Bürger damit die Möglichkeit geben, aktiver darauf hinzuwirken, dass Hassverbrechen eingedämmt und verhütet werden. Der Hate Monitor <http://hatemonitor.oscebih.org> macht die jüngsten Statistiken und Trends in Sachen Hassverbrechen zugänglich, Super Citizens ist ein Crowdsourcing-Tool, mit dem man Vorfälle, Reaktionen darauf und Verhütungsmaßnahmen verfolgen kann. Beide Sites sind nicht nur nützliche Analyseinstrumente, sondern bieten örtlichen Behörden, der Zivilgesellschaft, den Medien und der Justiz die Möglichkeit zum Dialog, dessen erklärtes Ziel die Verringerung der Zahl der Hassverbrechen ist.

<http://supergradjanke.ba>
www.supergradjani.ba

EIN SICHERER ORT FÜR SCHUSSWAFFEN UND MUNITION

Im Einklang mit einer Priorität des ukrainischen Vorsitzes waren Rüstungskontrolle und die Reform des Sicherheitssektors auch in diesem Jahr ein wichtiger Arbeitsbereich der Mission. Die Regierung Bosnien und Herzegowinas und die OSZE unterzeichneten 2013 eine bahnbrechende Übereinkunft zu Wehr- und Sicherheitsfragen, die unter anderem den Weg für die Aufnahme eines Projekts im Umfang von einer halben Million Euro ebnete. Mit diesem Projekt sollen die Sicherheitsstandards an zwei Waffen- und zwei Munitionslagerstätten verbessert und die Lagerverwaltung insgesamt verbessert werden. Diese Initiative unter der Bezeichnung „SECUP BiH Project“ trug durch die Aufrüstung der Infrastruktur wie verbesserte Einzäunung und den Einbau von Einbruchmeldeanlagen dazu bei, die großen militärischen Lagerbestände des Landes besser abzusichern. Die Übereinkunft unterstützte die Zusammenarbeit zwischen der Mission und den Behörden des Landes im Bereich der Reform des Sicherheitssektors – einer in diesem Jahr aufgenommenen erfolgreichen Initiative, die der langjährigen Tätigkeit der Mission zur Unterstützung der Entwicklung und Umsetzung der Sicherheitspolitik zu verdanken ist.

Im Hinblick auf die Eindämmung mit überschüssigen Waffen- und Munitionsbeständen verbundenen Risiken kam man gut voran. Gemeinsam mit dem UNDP implementierte die Mission das von der EU finanzierte „Explode Project“, für das zur Vernichtung dieser Lagerbestände neue Technologien und stärkere Sicherheitsvorkehrungen eingesetzt werden.

UNTERSTÜTZUNG DER KOMMUNALWAHLEN IN VIER GEMEINDEN IM NORDKOSOVO:

Entsendung von **85** Mitarbeitern aus Bosnien und Herzegowina
Unterstützung von **24** Wahllokalen in Gemeinden im Nordkosovo

BESCHLEUNIGTE ABWICKLUNG VON KRIEGSVERBRECHERPROZESSEN

Die Mission hat ein neues Projekt ins Leben gerufen, das die Abwicklung der bei der Justiz des Landes anhängigen Kriegsverbrecherprozesse beschleunigen soll. Im Zuge des Programms wurden der Mitarbeiterstand an den Gerichten und in den Staatsanwaltschaften sowie das Fortbildungsangebot für Gerichtspersonal und Polizisten erhöht. Der Rückstand an Fällen, die noch nicht behandelt wurden, betrug 1300, und obwohl es 2013 durchaus Fortschritte gab, blieben beträchtliche Hindernisse bestehen. Die Mission erstellte ein Handbuch für eine spezielle Fachausbildung für Ermittler in Sachen Kriegsverbrechen und sorgte für ihre Weiterbildung in Themenbereichen wie sexueller Gewalt in Kriegszeiten. Sie setzte auch die Beobachtung von Kriegsverbrecherprozessen im ganzen Land fort.

Geschichten aus der Arbeit der Mission zum Nachhören unter [#oscebih](#) auf soundcloud.com

GESCHICHTE FÜR DIE ZUKUNFT

Die Mission beschäftigte sich auch in diesem Jahr mit der Reform des Bildungswesens. Die dritte Phase des Projekts „Geschichte für die Zukunft“, durch das der soziale Zusammenhalt anhand einer Reform des Geschichtsunterrichts an den Schulen gestärkt werden soll, befasste sich mit der Fortbildung von 300 Lehrern in den Bereichen Lernerfolg und Leistungsstandards. Die Mission verfolgte auch ihre Projekte zur Verhütung von Gewalt in Schulen, zur Förderung des sozialen Zusammenhalts und zur Bekämpfung von Diskriminierung. Im Fall einer viel beachteten Schulkontroverse übernahm die Mission eine konstruktive Vermittlerrolle.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete wie bisher die Teilhabe der Roma an der Gesellschaft. Die Mission sorgte in Kooperation mit einem regionalen Integrationsprojekt für die Schulung von Rechtspflegern und Mitgliedern der Roma-Zivilgesellschaft, verhalf Kommunen zu Beihilfen für die Reform der Infrastruktur und berichtete über den Status von Siedlungen. Ferner produzierte sie hochgelobte Dokumentarfilme über junge Roma-Fachkräfte und Roma-Frauen sowie zum Thema Wahlen.

www.you.tube.com/oscebih

Die Mission im Kosovo

Leiter der Mission: **Botschafter Jean-Claude Schlumberger**

Haushalt: **20 512 800 EUR**

166 internationale Mitarbeiter

437 örtliche Mitarbeiter

www.osce.org/kosovo

www.youtube.com/oscekosovo

Es war ein Jahr zahlreicher „Premieren“. Einige Monate hindurch waren wir mit den ersten Kommunalwahlen seit 2002 befasst, die auch im Norden abgehalten wurden und dort zur Schaffung neuer kommunaler Institutionen führten. Religionsführer trafen bei der ersten interkonfessionellen Konferenz zusammen. Und eine der wichtigsten juristischen Ausbildungseinrichtungen des Kosovo nahm ihre Angelegenheiten in eigene Hände – ein besonderer Anlass auch für die Mission.

HÖHEPUNKTE

Vorbereitung von 500 Wahlhelfern in 94 Wahllokalen auf die Abhaltung der Wahlen im Nordkosovo

Auftrag erfüllt: Justizinstitut des Kosovo wird unabhängig

Erste interkonfessionelle Konferenz mit den Religionsgemeinschaften des Kosovo

KEIN WAHLTAG WIE JEDER ANDERE

Im November fanden im Kosovo Kommunalwahlen statt – ein wichtiges Ereignis, da erstmals seit 2002 eine solche Wahl am selben Tag in allen Gemeinden abgehalten werden konnte und im Nordkosovo in der Folge neue kommunale Institutionen geschaffen wurden. Die Mission investierte viel Zeit und beachtliche Ressourcen in diesen Vorgang: sie half bei der Zulassung von Kandidaten, betrieb eine umfangreiche Informationskampagne für Wähler und schulte über 500 Wahlhelfer und 100 Missionsmitarbeiter in 94 Wahllokalen im Nordkosovo. Nach fünf Monaten Vorbereitung war der Wahltag endlich gekommen, und da packten auch die Nachbarn mit an: Die OSZE-Feldoperationen in Bosnien und Herzegowina, Albanien und Skopje entsandten rund 100 Mitarbeiter zur Unterstützung. Die OSZE ermöglichte auch die Stimmabgabe außerhalb des Kosovo in Niš und Podgorica und half bei zwei Teilnachwahlen und einer Stichwahl im Dezember.

„Erfolgreiche Wahlen im Norden haben weiteren demokratischen Prozessen im Kosovo den Weg bereitet.“

Botschafter Schlumberger, Leiter der Mission

JURISTISCHE AUSBILDUNG DEN KINDERSCHUHEN ENTWACHSEN

Eine wichtige juristische Ausbildungseinrichtung, das Justizinstitut des Kosovo, das ursprünglich von der Mission gegründet wurde, machte 2013 einen großen Schritt vorwärts: Es erlangte seine Unabhängigkeit. Die Mission war zu dem Schluss gekommen, dass es auf eigenen Beinen stehen kann und keine Unterstützung mehr benötigt. Das kosovarische Gesetz

sieht vor, dass angehende Richter eine 15-monatige Ausbildung in dem Institut absolvieren müssen. Ein weiteres erfreuliches Zeichen kam vom Justizrat des Kosovo, jenem Organ, das Richter ernennt und das Gerichtswesen leitet: Er erstellte sein erstes Rechtsgutachten. Die Mission ist nach wie vor ein wichtiger Partner dieser Institutionen und beobachtet weiter, wie das Justizsystem arbeitet. Zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Justiz und Medien veranstaltete sie eine Konferenz mit Richtern und Journalisten, bei der beide Seiten im Verlauf von Rollenspielen die Arbeit und die Standpunkte der jeweils anderen Seite besser kennenlernten.

VERSCHIEDENE GLAUBENSRICHTUNGEN, GEMEINSAME ANLIEGEN

Mit 18 interkonfessionellen Foren und einer Großkonferenz im Jahr 2013 kam der Dialog zwischen den Religionsgemeinschaften des Kosovo ein gutes Stück voran. Es begann damit, dass die Mission Vertreter der islamischen, der serbisch-orthodoxen, der katholischen, der protestantischen und der jüdischen Gemeinschaft an einen Tisch lud, wo sie über Eigentumsrechte, die gesetzliche Regelung der Religionsfreiheit und die Verbesserung des Schutzes für das religiöse Erbe diskutierten. Interkonfessionelle Foren fanden in allen Regionen des Kosovo statt und die Abschlusskonferenz im September endete mit dem Aufruf der 100 Teilnehmer, die rechtlichen Vorschriften dahingehend zu verbessern, dass Religionsgemeinschaften sich als juristische Personen registrieren lassen, die Rückgabe von Eigentum einfordern und ihre Finanzen selbst regeln können.

Das religiöse Erbe ist auch ein Thema für die Polizei. Um religiöse Stätten vor Übergriffen zu schützen, wurde eine neue Einheit der Kosovo-Polizei geschaffen, und die Mission vermittelte 2013 180 Polizeibeamten Kenntnisse über den religiösen und kulturellen Hintergrund und über den Umgang mit dem Klerus. Sie veranstaltete auch Besuche Jugendlicher an solchen Stätten.

„Derartige Besuche bewirken eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Gemeinden [...] und senden auch ein positives Signal an die örtliche Bevölkerung.“

Pater Sava vom serbisch-orthodoxen Kloster Visoki Dečani

Eine weitere Initiative, die der Verständigung zwischen den Gemeinschaften dient, ist die Ausbildung in konfliktensensitiver Berichterstattung für Journalisten aus Nord-Mitrovica/Mitrovicë und Mitrovica/Mitrovicë. Auf Anregung der Mission kamen 10 Reporter beider Seiten zu einem Gespräch über Standards einer verantwortungsvollen Berichterstattung zusammen. Diese beiden Gruppen haben normalerweise wenige bis keine Kontakte und daher nur ein begrenztes Verständnis für die öffentliche Meinung in ihren Nachbargemeinschaften.

In sechs Gemeinden arbeitete die Mission mit Gemeinschaften der kosovarischen Roma, Aschkali und Ägypter an örtlichen Aktionsplänen für Integration und den Schutz ihrer Rechte.

SICHERHEIT GEHT VOR

Die Mission bot den Mitarbeitern eines neu geschaffenen Koordinationsbüros, das in Zukunft für die Sicherheit der Gemeinschaften Sorge tragen soll, technische Unterstützung und eine Ausbildung. Sie half auch bei der Gründung von fünf weiteren örtlichen Ausschüssen für öffentliche Sicherheit, von denen es nun insgesamt 38 gibt. Diese Gremien, denen Führungspersönlichkeiten aus der örtlichen Zivilgesellschaft und Polizeibeamte angehören, befassen

sich mit lokalen Themen aller Art, unter anderem auch mit Sicherheitsbelangen und örtlichen Lösungen.

Rund 400 Polizeibeamte der mittleren und höheren Führungsebene erhielten eine Ausbildung in bürgernaher Polizeiarbeit. Die Mission war auch bei der Ausarbeitung von Ausbildungsplänen für die Polizei und die Akademie für öffentliche Sicherheit behilflich, die sich zu einer höheren Ausbildungseinrichtung entwickeln soll.

- | |
|--|
| <p>120 MITARBEITER VON NOTRUFZENTRALEN WURDEN IM UMGANG MIT PERSONEN IN NOT GESCHULT, DAMIT SIE AUF OPFER UND PERSONEN, DIE VERBRECHEN MELDEN, BESSER EINGEHEN KÖNNEN</p> <p>600 POLIZEIBEAMTE WURDEN IM VORGEHEN GEGEN HASSDELIKTE UNTERWIESEN</p> <p>785 POLIZEIBEAMTE ERHIELTEN EINE ALLGEMEINE AUSBILDUNG</p> |
|--|

Die Mission in Montenegro

Leiterin der Mission: **Botschafterin Janina Hřebíčková**

Haushalt: **2 243 900 EUR**

11 internationale Mitarbeiter

32 örtliche Mitarbeiter

www.osce.org/montenegro

Die Mission befasste sich auch 2013 schwerpunktmäßig mit der Unterstützung der Reformen und der Stärkung der Institutionen in Montenegro. Ihre Aufgabe bestand unter anderem in der Förderung der Umsetzung neuer Rechtsvorschriften gegen organisierte Kriminalität und Korruption, ein Bereich, in dem positive Ergebnisse zu verzeichnen waren, und in der Unterstützung der Menschenrechtsinstitutionen beim Aufbau von Kapazitäten in der Volksanwaltschaft und im Verfassungsgerichtshof. Dank unserer Unterstützung für die Grenzmanagementstrategie konnte die Polizei wirksamer gegen Drogenschmuggel und illegale Migration vorgehen. Wir beteiligten uns an der Entwicklung von Verhaltens- und Ehrenkodizes für kommunale Amtsträger und leisteten Beiträge zu Aktionsplänen gegen Korruption. Ferner berieten und unterstützten wir die neu gegründete Mediengewerkschaft.

HÖHEPUNKTE

Hilfestellung bei der Stärkung der Unabhängigkeit der Richter

Veranstaltung einer Geberkonferenz für die Vernichtung instabiler Munition

Weitere Fortschritte bei der Medienreform

RECHTSSTAATLICHKEITSREFORM TRÄGT FRÜCHTE

Fortschritte bei der Justizreform und eine zugänglichere, effizienter arbeitende und unabhängigere Justiz waren die wichtigsten Ergebnisse des Jahres 2013. Die Mission sorgte für die Qualifizierung von Rechtspraktikern in Bezug auf die Bestimmungen der Strafprozessordnung, des Strafgesetzbuchs und des Gesetzes über unentgeltliche Prozesskostenhilfe. Sie trat für Schlichtung als Alternative zu zivilrechtlichen Gerichtsverfahren ein und unterstützte einen Plan zur Reduzierung der Gerichtsdichte. Sie förderte mit ihrem Fachwissen die Entwicklung eines effektiveren rechtlichen und institutionellen Rahmens zur Bekämpfung der Korruption und organisierten Kriminalität, vor allem in Bezug auf Finanzermittlungen und den Umgang mit vorübergehend beschlagnahmten illegal erworbenen Vermögenswerten.

STÄRKUNG DER MENSCHENRECHTSINSTITUTIONEN

Die Mission war bemüht, das menschenrechtliche Umfeld in Montenegro durch folgende Aktivitäten zu verbessern: Sie organisierte Fortbildungsseminare für Richter und Bedienstete des Verfassungsgerichtshofs, stärkte die Volksanwaltschaft in ihrer Funktion als nationaler Verhütungsmechanismus des Landes, unterstützte das Ministerium für Menschen- und Minderheitenrechte bei der Umsetzung des Gesetzes über das Verbot von Diskriminierung und leistete Rechtsberatung bei der Ausarbeitung des Entwurfs zu einer Novelle des Antidiskriminierungsgesetzes und des Gesetzes über die Volksanwaltschaft.

NEUE INITIATIVEN FÜR EINE WIRKSAMERE POLIZEIARBEIT

Die Mission unterzeichnete eine aktualisierte Vereinbarung mit dem Innenministerium, in der Bereiche der Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung definiert wurden, um die Beziehungen der Polizei mit der örtlichen Verwaltung, der Zivilgesellschaft und den Medien enger zu gestalten. In dem Dokument sind jene Bereiche beschrieben, in denen durch fachspezifische Weiterbildung effiziente polizeiliche Strategien entwickelt werden können. Ebenfalls gemeinsam mit dem Innenministerium organisierte die Mission eine Regionalkonferenz, bei der eine Zusammenarbeit bei der Spurensicherung vereinbart wurde, um wirksamer gegen grenzüberschreitende Straftaten vorgehen zu können. Die Polizeidirektion wurde wie bisher auf folgenden Gebieten unterstützt: Bekämpfung von Schmuggel, Menschenhandel, nachrichtendienstlich gestützte Polizeiarbeit, Bekämpfung des Terrorismus, Grenzpolizei und Polizeiausbildung.

WENIGER SCHUSSWAFFEN, MEHR SICHERHEIT

Zur Unterstützung des Gastlandes im Umgang mit der von überschüssigen Beständen an Kleinwaffen und leichten Waffen ausgehenden Gefahr beteiligte sich die Mission an der Ausarbeitung einer Strategie und eines Fünfjahresaktionsplans zur Reduzierung und Kontrolle dieser Bestände. Im Zuge einer Initiative, die von der Mission gemeinsam mit der Regierung und dem UN-Entwicklungsprogramm durchgeführt wurde, konnten rund 248 Tonnen instabiler Munition vernichtet werden, womit seit Beginn des Programms 2007 insgesamt 1450 Tonnen beseitigt wurden.

MODERNISIERUNG DER MEDIENLANDSCHAFT

Die Mission widmete sich auch weiterhin Verbesserungen im Medienbereich. Sie hielt insgesamt 18 Schulungsseminare für nationale und lokale Beamte ab, die mit der Umsetzung des Gesetzes von 2012 über den freien Informationszugang befasst sind. Sie unterstützte ferner den staatlichen Rundfunk von Montenegro bei der Qualifizierung seiner Beschäftigten und bei der technischen und inhaltlichen Verbesserung der Berichterstattung durch seine Nachrichtenteams. Die Mission half der neu geschaffenen Mediengewerkschaft, ihr Know-how als Organisator, Mittelbeschaffer und Interessenvertreter zu verbessern, und schulte Journalistikstudenten in den Grundlagen der Nachrichtenberichterstattung und in ethischen Grundsätzen. Außerdem brachte sie Menschenrechtsexperten und Medienredakteure an einen Tisch für eine Aussprache über die Beachtung des Grundsatzes der Unschuldsvermutung und des Schutzes der Privatsphäre bei der Berichterstattung über Gerichtsverfahren.

INTEGRITÄT UND STANDARDS IN DER REGIERUNGSFÜHRUNG

Zur Stärkung des politischen Konzepts von guter Regierungsführung entwickelte die Mission ein Handbuch, in dem die Schritte zu einer umfassenden Integritätspolitik auf lokaler Ebene aufgelistet sind, und veranstaltete eine Reihe von landesweiten Workshops über die Bekämpfung der Geldwäsche. Sie unterstützte außerdem den Parlamentsausschuss für Geschlechtergleichstellung bei einer Bewertung der Umsetzung der montenegrinischen Gleichstellungsgesetze und stellte ein für die Medien bestimmtes Handbuch über gendergerechte Formulierungen zusammen. Die Mission half ferner bei der Durchführung der ersten Untersuchung zur Frage, wie der gesetzliche und institutionelle Rahmen zur Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten des zivilgesellschaftlichen Sektors umgesetzt wird.

HEBUNG DES UMWELTBEWUSSTSEINS

Die Mission organisierte mehrere Workshops für nationale Behörden und Gebietskörperschaften zu Themen, die von der Müllentsorgung bis zu

Umweltverträglichkeitsprüfungen reichten. Die Schule für Öko-Aktivismus, ein von der Mission gemeinsam mit der örtlichen NGO Ozone jährlich abgehaltener dreimonatiger Kurs über umweltrelevante Entscheidungsfindung und Umweltpolitik, setzte ihr Programm für Vertreter politischer Parteien und der Zivilgesellschaft fort, wobei 2013 strategische Planung und politische Gestaltung für den Umweltschutz im Mittelpunkt standen.

WEITERE AKTIVITÄTEN DER MISSION:

- Gemeinsam mit der NGO Centre for Democracy initiierte die Mission ein Projekt, das Antikorruptionsmechanismen und Rechenschaftspflicht in der praktischen Polizeiarbeit verankert. Sie unterstützte ferner einen Workshop zur Ausarbeitung eines nationalen Aktionsplans und einer nationalen Strategie zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus, der Geldwäsche und der Finanzierung des Terrorismus.
- Sie veranstaltete mit dem Innenministerium einen regionalen Workshop zur Kontrolle und Reduzierung von Kleinwaffen und leichten Waffen auf dem Westbalkan.
- Sie organisierte für 250 Vertriebene Besuche im Kosovo zur Beschaffung amtlicher Urkunden und setzte die Arbeit mit ihren Partnern im Rahmen des Regionalen Wohnraumbeschaffungsprogramms fort.

KLEINE ABER POSITIVE SCHRITTE BEI DER INTEGRATION

Roma haben in Montenegro bei ihrer Integration in das öffentliche Leben nach wie vor mit Hindernissen zu kämpfen. Die Mehrheit der Roma lebt zwar noch immer unter gesundheitlich und hygienisch bedenklichen Umständen – nur wenige sind erwerbstätig und Analphabetismus ist weit verbreitet –, doch es gibt dennoch einige ermutigende Zeichen.

Die OSZE – vor allem das BDIMR in Zusammenarbeit mit den Feldoperationen einschließlich der Mission in Montenegro – versucht hier Abhilfe zu schaffen und konzentriert sich dabei auf die Integration. Das BDIMR und die Feldoperationen führen in Südosteuropa das 2012 begonnene und von der EU finanzierte Projekt „Bewährte Methoden zur Integration der Roma“ durch.

BDIMR-Bericht: www.osce.org/odihr/102083

Die Mission in Serbien

Leiter der Mission: **Botschafter Peter Burkhard**

Haushalt: **6 909 500 EUR**

30 internationale Mitarbeiter

116 örtliche Mitarbeiter

www.osce.org/serbia

2013 wurden grundlegende Strategien für die Justizreform und die Korruptionsbekämpfung angenommen. Wir erlebten die Gründung eines wichtigen Netzwerks von Parlamentarierinnen, das sich bereits auf das politische Leben auswirkt. Bei der Arbeit mit nationalen Minderheiten, der Medienreform und der bürgernahen Polizeiarbeit, um nur einige Bereiche zu nennen, gab es sichtbare Ergebnisse.

HÖHEPUNKTE

Bessere Integration und Gleichstellung der Minderheiten

Beteiligung von 1000 Bürgern an Debatten über die Medienreform

Eintreten für die menschliche Behandlung von Häftlingen und Personen im Freiheitsentzug

GRÖßERE AUSGEWOGENHEIT ZWISCHEN DEN GESCHlechTERN DURCH VERNETZUNG

In ihren Bemühungen, die Gleichstellung der Geschlechter im politischen System zu fördern, kam die Mission im Februar einen guten Schritt voran, als alle 84 weiblichen Parlamentsabgeordneten ungeachtet ihrer Parteizugehörigkeit das Parlamentarierinnen-Netzwerk ins Leben riefen. Dieser Gruppe wird im Hinblick auf die Mitsprache beider Geschlechter in allen Bereichen der Gesellschaft und die gendergerechte Umsetzung der Gesetze eine wichtige Beobachterrolle zukommen. Die Mission unterstützte die Bemühungen im Vorfeld der Gründung durch Seminare über politische Repräsentation und einen Studienbesuch im finnischen Parlament im Mai. Das seiner Natur nach informelle Netzwerk hat seine Fühler bereits ausgestreckt und Kontakt zu örtlichen Versammlungen aufgenommen.

„Die Förderung der Gleichberechtigung und Chancengleichheit in Serbien ist mehr als ein moralisches Gebot – sie bedeutet politischen und wirtschaftlichen Fortschritt auf allen Ebenen der Gesellschaft.“

Marija Obradović, Abgeordnete und erste Koordinatorin des Parlamentarierinnen-Netzwerks

MITSPRACHERECHT DER ÖFFENTLICHKEIT BEI DER REFORM DES MEDIENRECHTS

Durch Abhaltung mehrerer öffentlicher Debatten im ganzen Land brachte die Mission ein erhebliches Maß an Transparenz in den Reformprozess rund um das serbische Medienrecht. Über 1000 Personen nahmen an den acht Veranstaltungen teil, unter ihnen Medienschaffende und Journalistenverbände, zivilgesellschaftliche Organisationen, Staatsbedienstete und

interessierte Bürger. Transparenz bei den Eigentumsverhältnissen und bei der Finanzierung der Medien und Meinungsfreiheit im Internet waren Themen dieser Debatten.

KONSEQUENTE DURCHSETZUNG DER RECHTE VON HÄFTLINGEN

Die Billigung eines neuen Hafthandbuchs im Dezember 2012 war ein wichtiger Meilenstein in den Bemühungen der Mission, die Behandlung von Häftlingen zu verbessern und ihre Rechte zu schützen. Auf dieser positiven Entwicklung aufbauend organisierten die Mission und das Innenministerium mehrere Ausbilderkurse für Polizeibeamte. Die Mission setzte sich auch für den Schutz besonders verletzlich, von Freiheitsentzug betroffener Gruppen ein, etwa von Personen in psychiatrischen Einrichtungen, indem sie die Umsetzung des Gesetzes über den Schutz von Personen mit geistigen Beeinträchtigungen unterstützte und medizinisches Personal und die mit dem Vollzug des Gesetzes betrauten Richter schulte. Diese Maßnahmen sorgen nicht nur für die konsequente Anwendung der für Häftlinge geltenden Rechte und Verfahren, sondern helfen auch bei der Schaffung eines sichereren Umfelds für Beamte und medizinisches Personal in diesen Einrichtungen.

MEHR INTEGRATION, MEHR VIELFALT

Die Integration nationaler Minderheiten stand für die Mission nach wie vor an vorderer Stelle der Tagesordnung. In Südserbien half sie bei der Verbesserung des Serbischunterrichts für albanischstämmige Schüler der Sekundarstufe. Sie unterstützte die Ausbildung von Assistenzlehrern für Serbisch und arbeitete an der Schaffung neuer außerlehrplanmäßiger Möglichkeiten für Schüler, ihre Serbischkenntnisse spielerisch zu perfektionieren. Grund dafür ist die Überzeugung, dass bessere Sprachkenntnisse ethnischen Minderheiten eine bessere Integration in das öffentliche Leben ermöglichen. Im Polizeilichen Grundausbildungszentrum in Sremska Kamenica, wo sich die Mission für ethnische Vielfalt im Polizeidienst durch Einbeziehung von Minderheiten einsetzte, wird diese Aufgabe nun erfolgreich von den Mitarbeitern des Ausbildungszentrums selbst wahrgenommen. Die Mission organisierte auch einen Sommerkurs für Vertreterinnen nationaler Minderheitenräte und leistete finanzielle Unterstützung für ein Mentoring-Programm für Romafrauen zur Verbesserung ihrer Berufsaussichten.

DIALOG UND TRANSPARENZ

Die ethnisch gemischten Gebiete in Serbien standen weiterhin im Brennpunkt des Interesses der Mission. In Südserbien förderte sie über ihr Büro in Bujanovac den Dialogprozess zwischen der serbischen Regierung und örtlichen Vertretern der albanischstämmigen Bevölkerung, durch den die seit Langem in der Region bestehenden Probleme, die die albanische Minderheit betreffen, einer Lösung nähergebracht werden sollen.

<http://bit.ly/1g5vZcP>

In Novi Pazar, wo die Mission eine Ausbildungseinrichtung betreibt, half sie allen sechs Kommunalverwaltungen in Südwestserbien bei der Ausarbeitung von Aktionsplänen zur Korruptionsbekämpfung, die für Transparenz in der örtlichen Verwaltung sorgen und zum Aufbau von Vertrauen zwischen den Bürgern und den kommunalen Behörden beitragen sollen.

PROJEKTE ZUR MINDERHEITENINTEGRATION:

- 800** JUGENDLICHE AUS NATIONALEN MINDERHEITEN WURDEN ÜBER BERUFSMÖGLICHKEITEN IM POLIZEIDIENST INFORMIERT
- 240** ALBANISCH- UND ROMASTÄMMIGE SCHÜLER IN SÜDSERBIEN NAHMEN AN PROGRAMMEN ZUR VERMITTLUNG VON SERBISCHKENNTNISSEN TEIL
- 20** FRAUEN AUS MINDERHEITEN NAHMEN AN EINEM SOMMERKURS ÜBER „KULTUR, TRADITION UND GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER“ TEIL
www.osce.org/serbia/105039
- 15** FRAUEN, DAVON VIER ROMA, NAHMEN AN EINEM MENTORING-PROGRAMM FÜR FRAUEN TEIL
<http://bit.ly/1my9Stg>

AUSBILDUNG HEBT KOMPETENZ UND EFFIZIENZ DES JUSTIZPERSONALS

In der Strafrechtsreform, einem der wichtigsten Ziele der Mission, gab es mit dem Inkrafttreten einer neuen Strafprozessordnung im Jahr 2012 einen großen Fortschritt. Die Mission setzte die Ausbildung von Justiz- und Polizeibeamten fort, um die Strafverfahren effizienter zu machen. Ein Pool von 51 Ausbildern hielt rund 150 Ausbildungseinheiten für über 1000 Teilnehmer ab, mit dem Ergebnis, dass nun die meisten Richter und Staatsanwälte in Serbien mit dem neuen Gesetzbuch vertraut sind. 2012 und 2013 schulte die Mission über 60 Prozent aller Strafrichter und Staatsanwälte.

FORTSCHRITTE IM BEREICH DER RECHTSSTAATLICHKEIT

Die Nationalversammlung verabschiedete 2013 zwei grundlegende nationale Strategien: für die Justizreform und die Korruptionsbekämpfung. Die Mission war durch die Abhaltung öffentlicher Debatten, die Bereitstellung von Expertengutachten und die Teilnahme an den Arbeitsgruppen, die sie erstellten, an beiden Strategien maßgeblich beteiligt. Erstere soll die Unabhängigkeit, Transparenz, Rechenschaftspflicht und Effizienz der serbischen Justiz stärken, Letztere betrifft zentrale Fragen der wirksamen Korruptionsbekämpfung. Die Mission setzt sich auch für eine wirksame Umsetzung der Strategien ein.

WEITERE AKTIVITÄTEN DER MISSION:

- Sie schulte 250 Polizeibeamte im Hinblick auf eine von Serbien 2013 beschlossene Strategie für bürgernahe Polizeiarbeit.
- Sie half bei der Ausarbeitung eines Gesetzes zum besseren Schutz von Personen in psychiatrischen Einrichtungen.
- Sie hielt mehrere Seminare über die Mitsprache der Öffentlichkeit im Hochwasserisikomanagement, auch unter regionaler Beteiligung, ab.
- Sie hielt regionale Konsultationen über Meinungsfreiheit und Selbstregulierung im Internet ab.
- Sie veranstaltete in den ethnisch gemischten Regionen in Süd- und Südwestserbien Medienschulungen zur Verbesserung der Qualität und Unabhängigkeit der Berichterstattung.

FORTBILDUNGSVERANSTALTUNGEN 2013

7593 TEILNEHMER

1055 Polizeireform
869 Menschenrechte
478 Umwelt
204 Parlamentsreform
2838 Justizreform
1550 Medienreform
250 Gefängnisreform
190 Gleichstellung der Geschlechter
159 Good Governance

Die Mission in Skopje

Leiter der Mission: **Botschafter Ralf Breth**

Haushalt: **6 564 300 EUR**

52 internationale Mitarbeiter

117 örtliche Mitarbeiter

www.osce.org/skopje

Das Jahr 2013 brachte Wahlen, weitere Bemühungen um die Förderung eines integrierten Bildungswesens und Unterstützung für die Reformagenda des Landes mit sich. Durch die Vorteile, die unsere landesweite Feldpräsenz bietet, konnten wir unsere Frühwarnfunktion erfüllen und gleichzeitig mit den Behörden des Landes und der Zivilgesellschaft weiter auf unser zentrales Ziel hinarbeiten: Stabilität und Sicherheit zu fördern, die Umsetzung des Rahmenübereinkommens von Ohrid zu unterstützen und die interethnischen Beziehungen zu festigen.

HÖHEPUNKTE

Unterstützung der Regierung im Hinblick auf eine integrative Umsetzung des Rahmenübereinkommens von Ohrid

Eintreten für ein integriertes Bildungssystem

Landesweite Feldpräsenz unter Einbeziehung aller Programme

EINE GANZ BESONDERE ROLLE: FRÜHWARNUNG UND SICHERHEIT

Frühwarnung ist ein Kernstück des Missionsmandats. Dieses umfasst die zentrale Koordinierungsfunktion des Missionsleiters und konkrete Feldaktivitäten. Die Mission ist nach wie vor die einzige Organisation, die über die Kapazitäten und das Sachwissen verfügt, um landesweit die Situation vor Ort zu beobachten.

FÖRDERUNG EINES GEISTES DER TOLERANZ

Die Mission setzt sich seit Langem für ein höheres Maß an Nichtdiskriminierung und Gleichheit in der Gesetzgebung ein und hat im Zuge dessen am Aufbau der Kommission zum Schutz vor Diskriminierung mitgewirkt. Sie half auch bei der Ausarbeitung einer langfristigen Strategie zur Hebung des öffentlichen Bewusstseins für diskriminierendes Verhalten und die bestehenden Schutzmechanismen. Die Mission unterstützte das Partizipative Forum, ein informelles beratendes Organ, das die Teilnahme aller Minderheiten am Entscheidungsprozess fördern soll.

EINFÜHRUNG EINES NEUEN STRAFPROZESSRECHTS

Im Dezember trat eine neue Strafprozessordnung in Kraft. Sie brachte wesentliche Änderungen mit sich, die für mehr Gerechtigkeit, Wirksamkeit und Effizienz in der Gerichtsbarkeit sorgen sollen. Die Mission bot 220 Vertretern der Rechtsberufe und 516 Polizeibeamten eine intensive Fortbildung. Sie organisierte auch zwei Gespräche am runden Tisch über Rechtsbehelfe und beobachtete die Bemühungen der nationalen Arbeitsgruppe, die Teile des neuen Gesetzes nachbessern soll.

DAS ÜBEREINKOMMEN

Eine der wichtigsten Aufgaben der Mission ist die Überwachung und Unterstützung der Umsetzung des Rahmenübereinkommens von Ohrid (OFA), das den bewaffneten Konflikt des Jahres 2001 im Land beendete. Das OFA soll die Teilnahme aller ethnischen Gemeinschaften am politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben garantieren. Es setzt seinen Schwerpunkt auf Dezentralisierung, Nichtdiskriminierung, Bildung, eine ausgewogene Vertretung und den Gebrauch der Sprachen.

2013 veröffentlichte die Regierung im Anschluss an den von der Mission geförderten Überprüfungsprozess ihren ersten OFA-Überprüfungsbericht. Die Mission arbeitet mit der Regierung weiter zusammen und unterstützt nach wie vor das Sekretariat zur Umsetzung des OFA, um diesen wichtigen Prozess in seine nächsten Phasen überzuleiten und den derzeitigen Stillstand überwinden zu helfen.

UNTERSTÜTZUNG DER WAHLREFORM

Die Mission arbeitete 2013 mit der Regierung an zwei Hauptthemen in Wahllangelegenheiten: der Revision des Wählerverzeichnisses und der Novellierung des Wahlgesetzes entsprechend den Empfehlungen des BDIMR. Nach den Kommunalwahlen vom März stand die Mission der Staatlichen Wahlkommission bei der Ausarbeitung eines strategischen Plans zur Seite.

SCHULEN SICHERER MACHEN

Ein 2012 von der Mission initiiertes Projekt hat zum Ziel, gewalttätige Zwischenfälle und gewalttätiges Verhalten an Schulen zu reduzieren. In neun Grundschulen und einer höheren Schule in Skopje wurden „Präventionsklubs“ eingerichtet.

„Ich glaube, das Projekt ‚Sichere Schule‘ hilft beim Finden von Lösungen zur Senkung des Gewaltpotenzials an Schulen [...], insbesondere wenn es durch interethnische Spannungen bedingt ist.“

Natalija Aceska, Beraterin im Büro für die Entwicklung des Bildungswesens

PROZESSBEOBACHTUNG

Die Mission beobachtete und analysierte 13 viel beachtete Fälle, die Auswirkungen auf die interethnischen Beziehungen, die Sicherheit und die politische Stabilität haben könnten.

UNTERRICHTEN UND LERNEN IN EINER MULTIETHNISCHEN GESELLSCHAFT

Integrierte Bildung ist nach wie vor ein zentrales Element in der Arbeit der Mission. In Projekte wie die vorberufliche Ausbildung von Lehrern und Mediation an Schulen flossen fast 90 Prozent der von Gebern zur Verfügung gestellten außerbudgetären Mittel der Mission. Die Mission befasste sich auch mit der Beobachtung und Evaluierung der Umsetzung einer Strategie für integrierte Bildung.

GEMEINSAMES VORGEHEN GEGEN ORGANISIERTE KRIMINALITÄT

Die Mission unterstützte die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Serbien und dem Gastland bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität durch die Schaffung eines voll einsatzfähigen Gemeinsamen Kontaktzentrums.

WEITERE AKTIVITÄTEN DER MISSION:

- Sie sorgte für die probeweise Einführung eines Qualitätsmanagement-Tools (*Common Assessment Framework Model*) in fünf staatlichen Institutionen.
- Sie unterstützte Institutionen bei der Umsetzung eines neuen Verwaltungsgesetzes.
- Sie ermöglichte eine regionale Konferenz über Korruptionsbekämpfung für die Polizei.
- Sie schuf einen Pool von Experten für die operative Analyse kriminalpolizeilicher Ermittlungstätigkeit.
- Sie organisierte sechs Workshops und einen Runden Tisch mit Vertretern der Zentralregierung und der Kommunalverwaltungen zum Gesetz über den freien Zugang zu öffentlichen Informationen.
- Sie erstellte sechs analytische Untersuchungen zur Frage der Dezentralisierung.

Die Mission in Moldau

Leiterin der Mission: **Botschafterin Jennifer Brush**

Haushalt: **2 125 200 EUR**

13 internationale Mitarbeiter

38 örtliche Mitarbeiter

www.osce.org/moldova

www.facebook.com/OSCEMoldova

20 JAHRE

Dank des zusätzlichen Nachdrucks des ukrainischen Vorsitzes konnten 2013 einige Fortschritte in den Bemühungen um eine Beilegung des Transnistrienkonflikts erzielt werden. Zusätzlich zu den Mediationsbemühungen konnten wir Moldau durch verschiedenste Aktivitäten dabei helfen, sein ungenutztes Potenzial zu verwirklichen. Außerdem feierten wir unser 20-jähriges Bestehen ... ein Anlass zum Rückblick auf Erreichtes, der uns aber auch vor Augen führte, welche Herausforderungen noch vor uns liegen.

HÖHEPUNKTE

Intensive diplomatische Bemühungen zeitigen erste Erfolge im Transnistrienkonflikt

100 Tonnen Pestizide aus der Sowjet-Ära aus Transnistrien verbracht

3000 beschlagnahmte Waffen zu Metallschrott eingeschmolzen

FORTSETZUNG DER GESPRÄCHE ZUM TRANSNISTRIENKONFLIKT

In den Verhandlungen zur Beilegung des Transnistrienkonflikts, einer der wichtigsten Prioritäten des ukrainischen Vorsitzes, wurden 2013 im sozioökonomischen Bereich gewisse Fortschritte gemacht. Es wurden fünf offizielle Verhandlungsrunden im „5+2“-Format abgehalten, an denen Vertreter der beiden Seiten, der Vermittler und der Beobachter des Beilegungsprozesses – Moldau und Transnistrien sowie die Ukraine, die OSZE, die Russische Föderation, die EU und die USA – teilnahmen. Der Vorsitzende reiste sieben Mal nach Moldau und vermittelte mehrere Treffen zwischen den politischen Vertretern und zwei Treffen des moldauischen Premierministers Jurie Leanca mit dem transnistrischen Führer Jewgeni Schewtschuk. Eines der Treffen fand am Rande einer gemeinsam mit dem deutschen Außenministerium veranstalteten Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen statt. Die Mission, die den Auftrag hat, an der Suche nach einer dauerhaften, umfassenden politischen Lösung dieses Konflikts mitzuwirken, arbeitete eng mit dem Sonderbeauftragten für Konflikte, Botschafter Andri Deschtschyzja, zusammen.

EIN GUTER TAUSCH: GEFÄHRLICHE CHEMIKALIEN GEGEN MEHR VERTRAUEN

Im Berichtsjahr verließen rund 100 Tonnen Pestizide, ein Überbleibsel aus der Sowjet-Ära, in mehreren Teillieferungen Transnistrien. Die Mission finanzierte den Abtransport der gefährlichen Chemikalien, die eine Gefahr für Mensch und Umwelt darstellten, und leistete dabei technische Unterstützung. Mit dieser Aktion wurde nicht nur ein wichtiger Schritt für die Gesundheit und Sicherheit in der Region gesetzt, sondern sie sollte auch Vertrauen

zwischen Moldau und Transnistrien schaffen. Die beiden Parteien kooperierten bei der Organisation des Abtransports der Chemikalien und ihrer Beförderung über Polen nach Deutschland, wo sie der sicheren Vernichtung zugeführt werden. Doch das war erst die Spitze des Eisbergs ... es befinden sich noch Hunderte Tonnen in der Region, die nicht nur ein Umweltrisiko sondern auch eine erhebliche finanzielle Belastung für die örtlichen Behörden darstellen.

„Diese Zusammenarbeit an beiden Flussufern fördert eine umweltbewusste Politik und hilft mit, Vertrauen zu schaffen.“

Botschafterin Jennifer Brush, Missionsleiterin

3000 SCHUSSWAFFEN SCHMELZEN BEI 1600 GRAD

Weitere gefährliche Objekte fanden in Moldau selbst ihre letzte Ruhestätte: Im November trafen mehrere Lkw-Ladungen konfiszierter Kleinwaffen und leichter Waffen in einer Gießerei in Chişinău ein, wo sie bei 1600 Grad zu Metallschrott eingeschmolzen wurden. Ihre Entsorgung war Teil eines größeren Programms, mit dem das Land von derartigen Waffen und überschüssiger konventioneller Munition befreit werden soll. Die Waffen waren von der Polizei beschlagnahmt worden, weil sie sich in illegalem Besitz befanden oder ohne entsprechende Genehmigung verändert worden waren. Manche davon waren auch freiwillig abgegeben worden.

Fotogalerie: <http://on.fb.me/1fcV8yy>

Alljährlich verwandelt sich ein Teil der Sicherheitszone zwischen Moldau und Transnistrien eine Woche lang in ein Sommerlager für künftige Führungspersonlichkeiten. Im Juli trafen rund 50 junge Frauen von beiden Seiten des Dnister/Nistru im Romanița Camp Resort in Vadul-lui-Vodă ein, um in Genderfragen, Women Empowerment, Geschäftsplänen und gesellschaftlichem Engagement unterwiesen zu werden. Auf die Teilnehmerinnen im Alter zwischen 16 und 19 Jahren warteten Aktivitäten zur Stärkung ihres Selbstbewusstseins und Selbstvertrauens und sie wurden mit den Gefahren von häuslicher Gewalt, Menschenhandel und sexueller Ausbeutung über das Internet vertraut gemacht. Kurz gesagt wurden sie mit dem Handwerkszeug ausgestattet, das sie zu führenden Positionen befähigen wird. Die Initiative, die von der Mission gemeinsam mit der gemeinnützigen Organisation Winrock Moldova durchgeführt wird, schafft auch Vertrauen zwischen den Menschen auf beiden Seiten.

BESEITIGUNG RADIOAKTIVER RISIKEN

Radioaktive Bauteile, die ursprünglich von den sowjetischen Behörden in Feuermeldern eingebaut wurden, stehen längst nicht mehr in Verwendung, doch ihr radioaktiver Inhalt stellt nach wie vor eine beträchtliche Gefahr dar. 2013 beseitigten von der Mission finanzierte Expertenteams nahezu 1000 derartige radioaktive Quellen. Die Mission arbeitet seit vielen Jahren gemeinsam mit den Behörden beider Seiten des Dnister/Nistru an der sicheren Entsorgung von radioaktivem Müll – und schafft damit gleichzeitig Vertrauen.

DAS INTERESSE DER NÄCHSTEN GENERATION WECKEN

Junge Menschen für die Politik zu interessieren, ist keine leichte Aufgabe. Die Mission ging an diese Herausforderung mithilfe unterschiedlicher Ansätze heran: Sie organisierte mehrere Workshops für Studenten über Verhandlungstaktik, eine Sommerschule zu Umweltfragen und eine Veranstaltung *Model OSCE*, bei der die jugendlichen Teilnehmer einige Tage lang in die Rolle von Botschaftern schlüpften und den Beschlussfassungsprozess der Organisation

nachstellten. Da Sport eine universelle Sprache ist, versicherte sich die Mission der Mitwirkung des moldauischen Tennisverbandes bei der Sensibilisierung von Jugendlichen für die Gefahren von häuslicher Gewalt. Die Mission veranstaltete auch eine Reihe von Vorträgen internationaler Experten und Funktionsträger in Gagausien, durch die junge Menschen zu politischem und gesellschaftlichem Engagement angeregt werden sollten.

Der Projektkoordinator in der Ukraine

Projektkoordinatorin: **Botschafterin Madina Jarbussynowa**

Haushalt: **2 826 000 EUR**

3 internationale Mitarbeiter

41 örtliche Mitarbeiter

www.osce.org/ukraine

Wir blicken auf ein ereignisreiches Jahr zurück. Insgesamt führten wir 25 Projekte mit einem Gesamtbudget von über 4,1 Millionen Euro durch, wovon der Großteil – über 2,9 Millionen Euro – mehrjährige Projekte betraf, die durch außerbudgetäre Beiträge finanziert werden. Diese Investitionen bewirkten in vielen Bereichen spürbare Fortschritte: von Rüstungskontrolle bis Umwelterziehung, von E-Governance bis Menschenrechtserziehung, von Rechtsstaatlichkeit bis zur Entwicklung der Zivilgesellschaft – um nur einige zu nennen.

HÖHEPUNKTE

1050 Mitglieder von Wahlkommissionen wurden mithilfe eines neuen Online-Toolkits geschult.

4200 weitere Fachkräfte erhielten Instruktionen über den Umgang mit Menschenhandelsopfern.

Ein dreijähriges Umweltprojekt endete mit der Ausbildung von 1000 weiteren Lehrern.

WAHLHELFFERAUSBILDUNG GEHT ONLINE

Eine landesweite Wahl erfordert üblicherweise Hunderttausende Wahlhelfer. Sie alle müssen vor dem Wahltag eingeschult werden. Ein neues, einzigartiges System macht die Sache nun leichter: 2013 entwickelte das Büro des Projektkoordinators ein Online-Tool <http://bit.ly/Kp5oJH> für die Zentrale Wahlkommission, das Fernstudium, Wissensprüfung und Leistungskontrolle in einem Instrument vereint. Bei 26 öffentlichen Präsentationen im ganzen Land konnten sich rund 1000 Mitglieder von Wahlkommissionen, Vertreter politischer Parteien, der Zivilgesellschaft und der Medien von dessen Sinnhaftigkeit überzeugen. Darüber hinaus wurden 98 Vertreter von NGOs und fünf Parlamentsparteien mit dem System vertraut gemacht. Bei den Nachwahlen vom 15. Dezember konnte sich das neue Instrument bereits bewähren: Es wurde von 1050 Mitgliedern von Distrikt- und Bezirkswahlkommissionen benutzt.

Das Büro des Projektkoordinators setzte sich auch in anderen Bereichen für elektronische Lösungen ein. In vier Regionen half es bei der Installation von Online-Verwaltungstools, mit deren Hilfe Bürger Formulare einreichen, um Bescheinigungen ansuchen und ihre Ansuchen nachverfolgen können. In anderen Regionen wurden Investitionsportale und eigene E-Learning-Tools eingeführt.

AUSWEITUNG DES MECHANISMUS ZUR BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS

Der Nationale Leitmechanismus ist eine behördenübergreifende staatlich gelenkte Strategie zur Unterstützung von Menschenhandelsopfern. Die Projektkoordinatorin half bei der Einbeziehung von sieben weiteren Regionen in diesen Mechanismus über die sechs schon bestehenden hinaus. Eine Serie von Ausbilderkursen hatte Mitarbeiter sozialer Einrichtungen, Strafverfolgungsbeamte, Mediziner und Pädagogen als Zielgruppe.

<p>SCHULUNGSMASSNAHMEN 2013: 4200 PERSONEN WURDEN GESCHULT 51 PERSONEN WURDE OPFERSTATUS ZUERKANNT</p>

„GREEN-PACK“-PROJEKT ENDET ERFOLGREICH

Grünes Denken benötigt oft nur kleine Gesten, um etwas zu bewirken. Dieses Konzept findet beim sogenannten „Green Pack“ eine sinnvolle Anwendung. Es handelt sich dabei um einen Lernkoffer, anhand dessen Lehrer den Schülern das ABC des umweltbewussten Verhaltens vermitteln können, vom Abdrehen des Wasserhahns bis zum Einsatz von Energiesparlampen. Der Koffer, den es seit 2011 gibt, www.greenpack.in.ua, wurde an Grund- und Sekundarschulen im ganzen Land verteilt. Im Jahr 2013, in dem das auf drei Jahre angelegte Projekt endete, wurden weitere 1000 Lehrer und Aktivisten in der „Green-Pack“-Methode geschult.

Die Projektkoordinatorin arbeitete auch mit den ukrainischen Umwelt- und Grenzschutzbehörden zusammen, um sie zu einem besseren Umgang mit Umweltrisiken zu veranlassen. Ihr Büro veranstaltete mehrere Schulungsworkshops und Seminare über Strahlenkontrolle, stellte ein benutzerorientiertes Ausbildungsprogramm für Umweltinspektoren und Grenzbeamte zusammen und half bei der Ausstattung eines neu gegründeten Ausbildungszentrums für Umweltinspektoren.

<p>2013 ABGEHALTEN: 48 AUSBILDUNGSEINHEITEN 2 SOMMERLAGER</p>
--

<p>2013 VERTEILT: 2400 „GREEN PACKS“ AN SEKUNDAR- UND GRUNDSCHULEN 1000 HANDBÜCHER AN LEHRER</p>

BESEITIGUNG EINES GEFÄHRLICHEN ERBES

Im Rahmen seiner umfangreichen Tätigkeit im Bereich der Rüstungskontrolle half das Büro des Projektkoordinators bei der Beseitigung von über 4500 Tonnen des Raketentreibstoffs „Mélange“ aus zwei Lagerstätten und erhob an sieben Standorten den Bedarf an Ausrüstung und Fortbildung für die Munitions- und Minenräumer. Es gab auch die ukrainische Fassung eines weithin verwendeten weltraumgestützten Informationsmanagement-Tools heraus und unterwies Leiter von Notfalldiensten in internationalen Standards der Minenräumung und deren Anwendung. Um sicherzugehen, dass sich insbesondere Kinder der Gefahren, die von

Minen und Blindgängern ausgehen, bewusst sind, setzte das Büro seine Sicherheitslektionen an Schulen fort.

MEHR BEOBACHTUNG BEDEUTET BESSEREN SCHUTZ

Bedeutende Fortschritte gab es bei der Verhütung von Folter und Misshandlung in Haftanstalten. Die Projektkoordinatorin half der Volksanwaltschaft bei der Reaktivierung des nationalen Präventionsmechanismus, der systematische Beobachtungsbesuche der Volksanwaltschaft und zivilgesellschaftlicher Aktivisten in Haftanstalten vorsieht. In der Ukraine sind das 6500 Polizeistationen und Gefängnisse sowie psychiatrische Kliniken und andere Orte, an denen Menschen einem rechtmäßigen Freiheitsentzug ausgesetzt sind. Zwischen August und Oktober fanden 55 solche Besuche in 16 Regionen statt. Das Büro des Koordinators half auch bei der Ausbildung von 60 Mitgliedern von Beobachtergruppen, 20 Mitarbeitern der Volksanwaltschaft und 22 Beamten aus Strafvollzugsanstalten und dem Sozialministerium.

„Mehr Aktivisten als je zuvor beobachten Haftanstalten, um Folter und Misshandlung zu verhindern. Das zeigt eindeutig, dass der Mechanismus funktioniert.“

Walerija Lutkowska, ukrainische Parlamentskommissarin für Menschenrechte

WEITERE NEUIGKEITEN

Das Büro des Koordinators war auch mit einem breiten Spektrum anderer Fragen befasst. Es half bei der Ausarbeitung von Gesetzen, veröffentlichte Anleitungen und Handbücher – unter anderem über das Verfassen von Rechtsgutachten und die Anwendung völkerrechtlicher Instrumente durch die Gerichte –, prüfte Gesetzesentwürfe und organisierte verschiedenste Aus- und Fortbildungsveranstaltungen unter anderem zu folgenden Themen:

- internationale Sicherheit und Internetkriminalität
- Umweltvergehen an den Grenzen
- faires Verfahren, Menschenrechte, völkerrechtliche Dokumente und Verfassen von Rechtsgutachten
- Menschenrechtserziehung an Schulen und Rechtskunde an Universitäten
- häusliche Gewalt und Gleichstellung der Geschlechter
- Registrierung zivilgesellschaftlicher Organisationen
- Rechte von Journalisten gegenüber Strafverfolgungsbehörden

AUS- UND FORTBILDUNGSVERANSTALTUNGEN 2013

THEMA	ZIELGRUPPE	TEILNEHMER
Hilfe für Menschenhandelsopfer	Mitarbeiter sozialer Einrichtungen, Aktivisten, Strafverfolgungsbeamte, Mediziner	4200
Abwicklung von Parlamentswahlen	Mitglieder von Wahlkommissionen	1050
Umweltfragen als Unterrichtsthema	Lehrer	1000
Anwendung völkerrechtlicher Instrumente	Richter und deren Assistenten, Rechtsanwälte	780

Zivile Berufe in den Bereichen Informationstechnologie, Management, Sicherheit, Unternehmertum usw.	entlassene und kurz vor der Entlassung stehende Militärangehörige	680
Registrierung öffentlicher Vereinigungen	öffentlich Bedienstete und NGO-Aktivisten	550
Verfassen von Rechtsgutachten	Richter und deren Assistenten	240
Was sind Menschenrechte und wie können sie geschützt werden?	Schüler	130
Garantien für ein faires Verfahren	Richter, Anwälte	100
Radiologische Kontrolle	Grenz- und Umweltschutzpersonal	100
Beobachtung von Verstößen gegen die Rechte von Häftlingen	NGO-Aktivisten, öffentlich Bedienstete	100
GESAMT		8930

Das Büro in Baku

Büroleiter: **Botschafter Koray Targay**

Haushalt: **2 829 900 EUR**

11 internationale Mitarbeiter

29 örtliche Mitarbeiter

www.osce.org/baku

www.facebook.com/oscepcib

Noch mehr als in den vorangegangenen Jahren konnten wir unsere Kräfte bündeln und uns mit wichtigen Bereichen aus verschiedenen Blickwinkeln auseinandersetzen. So befassten wir uns etwa zum Thema häusliche Gewalt und Menschenhandel nicht nur mit den strafrechtlichen Aspekten, sondern auch mit der rechtsstaatlichen und humanitären Seite. Wir führten viele Initiativen weiter und konnten dabei auch Erfolge verzeichnen. Andere wieder verlangen noch verstärkte Aufmerksamkeit, etwa die Arbeit in Sachen Internetkriminalität, einem relativ neuen Phänomen in Aserbaidschan. Zu Jahresende wurde das Büro in Baku gemäß dem vom Ständigen Rat im Juli verabschiedeten Beschluss in OSZE-Projekt Koordinator in Baku umbenannt.

HÖHEPUNKTE

Fortsetzung der umfangreichen Kampagne gegen häusliche Gewalt

Unterstützung der staatlichen Erdölgesellschaft bei der Ausarbeitung des ersten Notfallplans für Maßnahmen bei Ölnfällen

Juristische und betriebswirtschaftliche Beratung für 1300 Unternehmer

HINTER VERSCHLOSSENEN TÜREN: VORGEHEN GEGEN GEWALT IN DER FAMILIE

Das Büro setzte seine konzertierten Bemühungen zur Unterstützung Aserbaidschans im Kampf gegen häusliche Gewalt fort. Es schulte Sozialarbeiter und zivilgesellschaftliche Organisationen, sponserte eine Telefonhotline und unterstützte ein Heim, in dem Opfer juristische und wirtschaftliche Hilfe und psychologische Betreuung finden.

Ferner schulte das Büro Polizeibeamte, Rechtspraktiker und Jurastudenten in den Verpflichtungen des Staates in Fällen von häuslicher Gewalt. Außerdem erstellte das Büro eine ausführliche Analyse und Empfehlungen in Bezug auf Rechtsvorschriften zur Verhütung von häuslicher Gewalt, die der Regierung und Ansprechpartnern in der Zivilgesellschaft zugeleitet wurden.

NOTFALL ÖLVERSCHMUTZUNG: VORSORGEN IST BESSER ALS SANIEREN

Seit über hundert Jahren werden in Aserbaidschan Ölfelder erschlossen und viele Bohrungsstandorte befinden sich im Kaspischen Meer. Im Einklang mit der Rechtslage in Aserbaidschan und internationalen Richtlinien bestärkte das Büro die staatliche Ölgesellschaft SOCAR in ihrem Vorhaben, Vorsorge für den Fall einer Ölkatastrophe zu

treffen. Während frühere Überlegungen in dieser Frage vor allem strategische Aspekte betrafen, standen für das Büro 2013 operative Aspekte im Vordergrund.

AUF VIELFACHEN WUNSCH: MEHR UNTERNEHMENSBERATUNG

Die Anzahl der Unternehmer, die das Büro um Unterstützung in geschäftlichen Angelegenheiten ersuchen, stieg 2013 erheblich, mit über 1300 Anfragen waren es um 700 mehr als 2012. Eine Erklärung dafür liegt vielleicht darin, dass das Büro nun neben der bisherigen rein juristischen Beratung auch betriebswirtschaftliche Hilfe anbietet, die von der Erstellung von Geschäftsplänen bis zu Marketingstrategien reicht.

BEREITSTELLUNG VON JURISTISCHER HILFE

Bürger können sich auch in den vier von der OSZE unterstützten Rechtsberatungszentren in den Regionen juristisch beraten lassen. In manchen Fällen können diese sogar Klienten bei Gericht und gegenüber staatlichen Behörden vertreten. Sie alle verfügen über Bibliotheken mit Rechtspublikationen, veranstalten Fortbildungskurse für Vertreter der Rechtsberufe und organisieren Sensibilisierungsprogramme.

2013:

3 000 Klienten

47 % davon Frauen

Effizienz: 70 % – rund 1 000 Fälle gelöst

HAUPTTHEMEN:

Eigentum und Wohnraum

Familie und Kinder

soziale Sicherheit

Im Zuge eines Wettbewerbs für Reporter zur Ermittlung der besten investigativen Story über Menschenhandel und Zwangsarbeit kam eine Reihe hervorragender Artikel zustande. Die Sieger in den drei Kategorien – sexuelle Ausbeutung, Zwangsarbeit und Kinderausbeutung – ermöglichten den Lesern einen Blick hinter die Kulissen.

OFFENE KONTEN: OFFENLEGUNG DER ÖL- UND GASEINKOMMEN

Ein völlig neuartiges Projekt des Büros im Rahmen seines Tätigkeitsfeldes „Wirtschaftliche Sicherheit“ hilft Aserbaidschan bei der Einhaltung der neuesten Standards der Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft (EITI), eines Mechanismus für die Offenlegung der Einkünfte der Öl- und Gasindustrie zur Erhöhung der Transparenz und der Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit, dem sich Aserbaidschan 2003 als eines der ersten Länder angeschlossen hat. Der Mechanismus sieht ferner einen offenen Dialog zwischen der Zivilgesellschaft und dem öffentlichen und dem privaten Sektor vor, den das Büro unterstützte, indem es EITI-Fachleute aus anderen Ländern nach Aserbaidschan einlud, um den Dialog im Land durch Beiträge von Experten zu bereichern.

SCHLUPFLÖCHER SCHLIESSEN: STRENGERE GESETZE GEGEN DEN MENSCHENHANDEL

Im Kampf gegen den Menschenhandel waren weitere Fortschritte zu verzeichnen. Das Büro unterwies Polizeibeamte, Juristen, humanitäre Helfer, Immigrations- und Grenzbeamte sowie Journalisten in der Aufdeckung von Menschenhandelsfällen und in entsprechenden Ermittlungstechniken. Es gab auch Empfehlungen zum nächsten nationalen Aktionsplan und

zu neuen Strategiedokumenten gegen den Menschenhandel ab, die größtenteils übernommen wurden, und beteiligte sich an der Finanzierung von drei Unterbringungseinrichtungen. 2013 fanden hier über 400 Opfer psychologische und rechtliche Hilfe sowie Unterstützung bei der Arbeitssuche.

Bei einem Wettbewerb für Reporter, bei dem der beste investigative Bericht über Menschenhandel und Zwangsarbeit ermittelt werden sollte, wurde eine ganze Reihe ausgezeichnete Artikel eingereicht. Die Gewinner in den drei Kategorien – sexuelle Ausbeutung, Zwangsarbeit und Ausbeutung von Kindern – vermittelten dem Leser seltene Einblicke hinter die Kulissen.

WEITERE AKTIVITÄTEN DES BÜROS:

- Unterstützung bei der Umsetzung eines kürzlich verabschiedeten Gesetzes über die Rechte inhaftierter Personen in Form mehrerer Ausbilderseminare über internationale Standards und eines Studienbesuchs zum Austausch bewährter Praktiken in diesem Bereich
- Qualifizierung von Strafverfolgungsbeamten im Kampf gegen den Terrorismus, in der Verhütung von Radikalisierung und in der Unterbindung von Anwerbeversuchen terroristischer Gruppierungen
- Ausbildung von Staatsbeamten in Ermittlungstechniken gegen die organisierte Kriminalität, in Verhandlungsführung bei Geiselnahmen und im Umgang mit illegalem Drogenhandel
- Hilfe bei der Abfassung eines Bedarfsermittlungsberichts als erster Schritt zur Bekämpfung der Internetkriminalität
- Durchführung eines Verkehrssicherheitsprogramms für rund 2500 Schulkinder
- Abschluss eines Projekts betreffend den Umgang mit öffentlichen Ansammlungen, mit dem die Kompetenz von Strafverfolgungsbeamten verbessert wurde
- Schulung örtlicher Wahlbeobachter im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im Oktober
- Reaktion auf die Nachfrage einer wachsenden Internet Community durch Ausbildung junger Spezialisten für die sozialen Medien und Fortbildung für professionelle Journalisten und Medienbetreiber
- Arbeit mit hochrangigen Regierungsvertretern zur Verbesserung des Umgangs mit dem Recht auf Zugang zu Informationen

FORTBILDUNGSVERANSTALTUNGEN 2013

4811 TEILNEHMER

2 700	Verkehrssicherheit
444	Umwelt
427	Häusliche Gewalt
355	Bekämpfung des Menschenhandels
320	Wahlen
152	Rechtsstaatlichkeit
120	Medienentwicklung
80	Wirtschaftsentwicklung
77	Good Governance
75	Kompetenz in Interessenvertretung
35	Organisierte Kriminalität

26 Bekämpfung des Terrorismus

Das Büro in Eriwan

Büroleiter: **Botschafter Andrei Sorokin**

Haushalt: **2 791 400 EUR**

7 internationale Mitarbeiter

40 örtliche Mitarbeiter

www.osce.org/erevan

Die Zahlen sprechen für sich: Viele unserer langjährigen Bemühungen wurden 2013 mit eindrucksvollen Ergebnissen belohnt. Vor der Präsidentenwahl schulten wir Tausende Wahlhelfer. Unser Programm zum Abbau der Bürokratie wurde fortgesetzt und das Projekt „Bürgernahe Polizeiarbeit“ wurde ausgeweitet. Wir konnten auch miterleben, wie Armenien im Kampf gegen den Menschenhandel Fortschritte machte und die Medienfreiheit von klugen Interventionen profitierte.

HÖHEPUNKTE

Schulung von 12 500 Mitgliedern von Wahlkommissionen vor der Präsidentenwahl im Februar

Ausweitung der bürgernahen Polizeiarbeit auf 10 Regionen

Abbau der Bürokratie in acht Verwaltungsbereichen

QUALITÄTSSICHERUNG BEI WAHLEN

Im Rahmen eines von der Europäischen Union finanzierten zweijährigen Projekts organisierte das Büro im Vorfeld der Präsidentenwahl vom Februar ein groß angelegtes Ausbildungsprogramm für Mitglieder der Wahlkommissionen.

Nicht nur Wahlhelfer, sondern auch Journalisten, Erstwähler und Mitarbeiter regionaler Volksanwaltschaftsbüros wurden durch Schulungsmaßnahmen auf die Wahl vorbereitet. Das Büro produzierte zwei Videos zur Wählerinformation,

www.youtube.com/watch?v=0e49jGOKFFg, die landesweit ausgestrahlt wurden, und versorgte die Kommissionen mit Handbüchern, Postern und Exemplaren der Wahlordnung.

12 500	MITGLIEDER VON BEZIRKSWAHLKOMMISSIONEN WURDEN GESCHULT
5000	(ODER 40 PROZENT) DAVON WAREN FRAUEN
649	AUSBILDUNGSEINHEITEN
432	EINHEIMISCHE BEOBACHTER WURDEN UNTERSTÜTZT

VERBREITUNG EINES ERFOLGSMODELLS

Das Modell „Bürgernahe Polizeiarbeit“, das seit Juni 2012 in Eriwan zum Einsatz kommt, wurde bis Ende 2013 schrittweise auf alle zehn armenischen Provinzen ausgedehnt. Das Büro hielt mehrere Schulungsseminare zu diesem Modell ab, an denen örtliche Polizeibeamte, Studenten und Schüler teilnahmen. Es spendete auch Computerausrüstung für Polizeistationen in Eriwan, die sich dem Konzept der bürgernahen Polizeiarbeit verschrieben haben, und organisierte eine hochrangige internationale Konferenz, auf der die Polizeireform und die zivile Aufsicht über die Tätigkeit der Polizei erörtert wurden.

SPARMASSNAHMEN KOMMEN DER WIRTSCHAFT ZUGUTE

Rund 40 Millionen EUR oder 0,5 Prozent des armenischen Bruttoinlandsprodukts wurden 2013 durch den nächsten Schritt des „Guillotine-Programms für behördliche Regelungen“ eingespart, das mit Bürokratie, Doppelgleisigkeiten und ineffizienten Gesetzen im öffentlichen Sektor Schluss machen soll. Insgesamt wurden acht weitere Bereiche modernisiert, darunter öffentliche Versorgungsleistungen, das Gesundheits- und Verkehrswesen, Steuern und Zölle, soziale Fragen und Kultur. Die Maßnahmen sorgten für eine allgemeine Verbesserung der staatlichen Verwaltung und senkten das Korruptionsrisiko. Sie wurden von einem unter OSZE-Führung stehenden Geberkonsortium umgesetzt, das der armenischen Regierung unterstützend zur Seite stand. Nach Abschluss des auf zwei Jahre angelegten ersten Teils des Programms wurde Ende des Jahres mit der Beschaffung weiterer Mittel begonnen, damit auch in den verbleibenden neun Bereichen unnötige Vorschriften abgeschafft werden können.

WENIGER ABHÄNGIGKEIT VOM BERGBAU

Das Büro betrieb mehrere Projekte zur Diversifizierung der Wirtschaft in der Region Sjunik, die sehr stark von der Bergbauindustrie dominiert wird. Im November veranstaltete es ein prominent besuchtes Investmentforum mit 172 Teilnehmern, unter ihnen der Vizepremierminister, Leiter diplomatischer Missionen und private Geschäftsleute. Die Veranstaltung war ein wichtiger erster Schritt, um neue Wirtschaftszweige nach Sjunik zu bringen. Die Teilnehmer sondierten Möglichkeiten für landwirtschaftliche Produktion, Lebensmittelverarbeitung und Tourismus und besichtigten örtliche Produktionseinrichtungen und Umweltprojekte.

MENSCHENRECHTSUNTERRICHT FÜR SOLDATEN

Sieben Monate lang betrieb das Büro ein umfangreiches menschenrechtliches Ausbildungsprogramm für die armenischen Streitkräfte. Nach dem Grundsatz „Ausbildung der Ausbilder“ wurden 300 Soldaten aus verschiedenen militärischen Einrichtungen in den grundlegenden Menschenrechten und den Grundfreiheiten unterwiesen. Jeder Kurs dauerte 20 Stunden und wurde von 20 bis 30 Soldaten besucht. Die Ausbildung erstreckte sich auch auf Offiziere aus Truppenteilen, die mit Personalangelegenheiten befasst sind.

ARMENIEN HOLT AUF

Das Büro unterstützte wie bisher die Aktionspläne der Regierung, durch die nachhaltigere Fortschritte bei der Bekämpfung des Menschenhandels und der Migrationssteuerung erzielt werden sollen. Es informierte Richter, Staatsanwälte und Strafverfolgungsbeamte über Beispiele guter Praxis bei der Bekämpfung des Menschenhandels und bereitete Militäranghörige in Kursen auf friedenserhaltende Einsätze vor.

ANKLAGEN FALLEN GELASSEN

Die Unabhängigkeit der Medien profitierte erheblich vom deutlichen Rückgang der Anklagen wegen übler Nachrede im Jahr 2013. Nachdem das Büro und die OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit mehrere Jahre hindurch interveniert hatten, ging die Zahl der Anklagen von 54 im Zeitraum 2010/2011 auf nur acht zwei Jahre später zurück. Die Bemühungen des Büros um die Stärkung von Mechanismen wie etwa des Streitschlichtungsrates für den Informationsbereich, www.idcarmenia.am, der außergerichtliche Lösungen anbietet, spielten eine wichtige Rolle. Das Büro organisierte auch Seminare für Journalisten und Medienanwälte und verfasste ein Ethik-Handbuch für Online-Medien.

WEITERE AKTIVITÄTEN DES BÜROS:

- Fertigstellung einer Beurteilungs- und Machbarkeitsstudie für die Räumung einer Mülldeponie für Pestizide nahe Eriwan
- Mithilfe bei der Organisation mehrerer Parlamentshearings und Seminare und einer internationalen Konferenz zur Stärkung der öffentlichen Aufsicht über den Sicherheitssektor
- Weitere Unterstützung der Polizeiausbildung mit dem Schwerpunkt auf einer Steigerung der Zahl weiblicher Polizeischüler
- Abhaltung einer OSZE-Modellkonferenz für rund 300 Studenten

FORTBILDUNGSVERANSTALTUNGEN 2013

THEMA	ZIELGRUPPE	TEILNEHMER
Wahlen	Mitglieder von Wahlkommissionen, Journalisten, Erstwähler, örtliche Beobachter	13 237
Polizeiarbeit	bürgernahe Polizeiarbeit, Kommunikation und Verhandlungsführung, Wahrung der öffentlichen Ordnung	544
Führungsverhalten, Argumentationstraining	Jugendliche, Rekruten	1470
Wirtschaftsentwicklung	Mitarbeiter der Kommunalverwaltung	69
Umweltfragen	Zivilgesellschaft	190
Menschenrechte	Streitkräfte, Strafvollzugsbeamte, Zivilgesellschaft, Mitarbeiter der Volksanwaltschaft	559
Rechtsstaatlichkeit	Anwälte, Ermittlungsbeamte der Militärpolizei	80
Medienfragen	Journalisten, Rechtsanwälte, Zivilgesellschaft, Richter	60
Internetsicherheit	Polizeibeamte, Polizeiexperten	30

Good Governance	Mitarbeiter der Nationalversammlung, öffentlich Bedienstete	40
GESAMT		16 279

Das Zentrum in Ashgabat

Leiter des Zentrums: **Botschafter Ivo Petrov**

Haushalt: **1 511 700 EUR**

6 internationale Mitarbeiter

19 örtliche Mitarbeiter

www.osce.org/ashgabat

Unsere Arbeit im Jahr 2013 lässt sich am besten mit dem Begriff Kontinuität zusammenfassen. Aufbauend auf den vielen Erfolgen der letzten Jahre befassten wir uns weiter mit Fragen wie Grenzsicherung, Rüstungskontrolle, rechtliche Unterstützung, Medientraining und Good Governance. Einige Bereiche verdienen jedoch besondere Erwähnung, etwa die richtungweisende Konferenz über Energiesicherheit mit hochrangigen Teilnehmern aus Turkmenistan und anderen OSZE-Teilnehmerstaaten.

HÖHEPUNKTE

Abhaltung einer viel beachteten Konferenz über Energiesicherheit

Durchführung von Fortbildungskursen über die Sicherheit im Seeverkehr

Präsentation des ersten Kommentars zum Strafgesetzbuch des Landes

SCHLÜSSELVERANSTALTUNG DISKUTIERT ENERGIESICHERHEIT

Das Zentrum setzte seine Arbeit im Bereich der Energiesicherheit fort und unterstützte in diesem Sinne eine internationale Konferenz auf höchster Ebene, die sich mit dem sicheren Energietransit und der verstärkten Diversifizierung der Energieressourcen in der OSZE-Region befasste. Veranstalter waren der Vorsitz, die turkmenische Regierung, der Koordinator für die Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE und das Zentrum. Die 120 Teilnehmer diskutierten Fragen wie Ressourcenmanagement, Transparenz in den Energiemärkten, die Sicherheit und Verlässlichkeit der Energieinfrastruktur, potenzielle Bedrohungen für die Energiesicherheit und die Entwicklung von erneuerbarer Energie.

FORTBILDUNG FÜR BEAMTE DER GRENZ- UND FLUGSICHERHEITSBEHÖRDEN

Workshops und Seminare über Grenzmanagement und Grenzsicherung waren auch in diesem Jahr fester Bestandteil des Arbeitskalenders des Zentrums. Es veranstaltete zwei fünftägige Kurse für Marineoffiziere über die Sicherung der Seegrenzen und Häfen, bei denen Fragen wie Pass- und Frachtkontrolle und Schiffsinspektionen behandelt wurden. Es schulte auch Grenz- und Strafverfolgungsbeamte in integriertem Grenzmanagement im Rahmen einer Reihe fünftägiger Fortbildungsveranstaltungen im ganzen Land. Dabei wurden Themen wie fortschrittliche Kontrolltechniken und Patrouillen an den Landgrenzen diskutiert.

Eine eigene Veranstaltungsreihe war für Beamte der Luftfahrtbehörden bestimmt. Das Zentrum schulte 57 ranghohe Airlinemanager, Beamte der Flughafensicherheit und der Verkehrspolizei in Such- und Rettungsmaßnahmen und Krisenmanagement, um sie besser für Notsituationen zu rüsten.

RECHTSKOMMENTAR ZUR VERBESSERUNG DER ANWENDUNG DES STRAFGESETZBUCHS

Ob und wie Gesetze angewendet werden, hängt weitgehend davon ab, ob die zuständigen Beamten in der Lage sind, sie richtig auszulegen. Um Gesetzgeber und Beamte in dieser Fähigkeit zu stärken, stellte das Zentrum einen umfassenden Kommentar zum Strafgesetzbuch des Landes vor – den ersten seiner Art. Der 676-seitige Kommentar nimmt zu jedem einzelnen Paragraphen Stellung und ist ein außerordentlich wirksames Werkzeug zur Anwendung der Bestimmungen des Gesetzbuchs auf konkrete Fälle. Rechtsexperten und Staatsbeamte erörterten die Bestimmungen über Ahndung bzw. über die Befreiung von strafrechtlicher Verantwortung sowie Straftaten gegen Personen, den Frieden und die Sicherheit.

RECHTLICHE UNTERSTÜTZUNG 2013:

137 PERSONEN ERSUCHTEN UM UNTERSTÜTZUNG IN MENSCHENRECHTSFÄLLEN.

DAS ZENTRUM:

- LEISTETE RECHTSBERATUNG
- ERTEILTE RECHTSAUSKÜNFTE
- VERFASSTE IN 16 FÄLLEN 44 BESCHWERDEN AN BEHÖRDEN

UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE VERBESSERUNG DER SICHERHEIT VON WAFFENLAGERN

Zur Erhöhung der Sicherheit von Waffen und Munition organisierte das Zentrum gemeinsam mit der *Defense Threat Reduction Agency* der Vereinigten Staaten ein technisches Training für das Verwaltungs- und Munitionspersonal in Lagereinrichtungen der Armee. Die Beamten diskutierten Waffensicherheitstechnologien, Munitionsverträglichkeit und Überwachungsmaßnahmen und nahmen an einer theoretischen Übung über Risikomanagement und Munitionsverträglichkeit teil.

3-JÄHRIGES WASSERWIRTSCHAFTSPROJEKT ABGESCHLOSSEN

Das Zentrum setzte den Schlusspunkt unter eine Initiative zur Modernisierung der Bewirtschaftung von Wasserressourcen mit einer Schulung für örtliche Verantwortliche im Gebrauch elektronischer geophysikalischer Kartierungsinstrumente wie dem Geografischen Informationssystem (GIS) und dem Satellitennavigationssystem (GPS). Damit sollte zum Umstieg von veralteten Karten auf Papier zur modernen Digitaltechnologie angeregt werden, mit der die Beamten die Bewässerungsinfrastruktur des Landes besser betreiben und warten können. Neben der Ausbildung stellte das Zentrum Ausrüstung, Softwarelizenzen, GPS-Geräte und Schulungsmaterial für örtliche Experten zur Verfügung.

MODERNISIERUNG DES MEDIENGESETZES

Im Januar trat ein neues Mediengesetz in Kraft. Das Zentrum, das bereits den Ausarbeitungsprozess durch fachliche Beratung unterstützt hatte, setzte seine Unterstützung fort, indem es für Vertreter des Parlaments, der Regierung, von Forschungs- und akademischen Einrichtungen sowie von Online-, Print und Rundfunkmedien mehrere Tagungen über die

Freiheit der Online-Medien und den Informationszugang über das Internet abhielt. Ferner organisierte es einen Arbeitsbesuch offizieller Vertreter in Estland, um deren Wissensstand in Sachen Internetzugangspolitik und freier Informationszugang zu erhöhen.

VERBUNDEN: TURKMENISTAN TRITT DEM KOMMUNIKATIONSNETZ BEI

In dem Bemühen, das Land bei der Erfüllung seiner Verpflichtungen in Bezug auf vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zu unterstützen, arbeitete das Zentrum in enger Absprache mit dem Konfliktverhütungszentrum daran, Turkmenistan an das Kommunikationsnetz anzuschließen – dieses OSZE-weite System, das einen raschen Informationsaustausch über militärische Fragen ermöglicht (siehe auch S. 57).

WEITERE AKTIVITÄTEN DES ZENTRUMS:

- Es hielt mehrere Workshops über Mechanismen zur Bekämpfung von Korruption und Geldwäsche für Vertreter von Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen sowie für Justiz- und Strafverfolgungsbeamte ab.
- Es organisierte ein Seminar über Gefangenrechte und einen Arbeitsbesuch in der Türkei für Beamte des Rechtswesens zur Förderung der Justiz- und Strafvollzugsreform.
- Es veranstaltete Fortbildungskurse für Strafverteidiger und Polizeibeamte über die Untersuchung und strafrechtliche Verfolgung von als Menschenhandel zu qualifizierenden Straftaten.
- Es organisierte ein Seminar über Frauenrechte und Genderfragen.
- Es unterstützte weiter eine Notrufnummer für häusliche Gewalt und eine Zufluchtsstätte für Opfer.
- Es unterrichtete Studenten der Hochschule des Innenministeriums in internationalen Menschenrechtsstandards.
- Es organisierte einen Arbeitsbesuch von Wahlfunktionären zur Beobachtung der Parlamentswahlen in Norwegen.
- Es trainierte Journalistikstudenten in der Abfassung von Internetartikeln.

AUS- UND FORTBILDUNGSVERANSTALTUNGEN 2013

587 TEILNEHMER

60	Grenzmanagement
61	Gender und häusliche Gewalt
100	Medienreform
57	Sicherheit auf Flughäfen
58	Aarhus-Konvention
40	Sicherheit im Seeverkehr
37	Anwälte und Ermittler an Militärgerichten
45	Journalisten, Rechtsanwälte, Zivilgesellschaft, Richter
16	Polizeibeamte, Polizeiexperten
26	Mitarbeiter der Nationalversammlung, Beamte
20	Mitarbeiter der Nationalversammlung, Beamte
30	Journalisten, Rechtsanwälte, Zivilgesellschaft, Richter
20	Polizeibeamte, Polizeiexperten
15	Mitarbeiter der Nationalversammlung, Beamte

Das Zentrum in Astana

Leiterin des Zentrums: **Botschafterin Natalja Sarudna**

Haushalt: **2 148 400 EUR**

6 internationale Mitarbeiter

22 örtliche Mitarbeiter

www.osce.org/astana

Das Jahr 2013 hatte viele Höhepunkte. Wir vertieften unsere Zusammenarbeit mit örtlichen und nationalen Partnern in Bereichen wie lokale Selbstverwaltung, Steuerung der Arbeitsmigration, Förderung von grünem Wachstum, Maßnahmen gegen gewalttätigen Extremismus und Internetkriminalität, Verhütung von Folter, Straf- und Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie Strafvollzugsreform. Wir suchten weiter das Gespräch mit Jugendlichen und Wissenschaftlern über die sicherheitspolitischen Herausforderungen in Zentralasien.

HÖHEPUNKTE

Entsorgung von über 400 Tonnen von toxischem Raketentreibstoff

Einbeziehung der Jugend und der Wissenschaft in Debatten über regionale Sicherheit

Fortsetzung der Anstrengungen gegen den Menschenhandel

HÖCHST LEBENDIG UND PRÄSENT: CAYN WIRD 10

Auf Facebook (Login erforderlich): <http://on.fb.me/KEhaOr>

CAYN – das Zentralasiatische Jugendnetzwerk – mit seinen politisch aktiven Jugendlichen aus der ganzen Region gewinnt zunehmend an Bedeutung. Zentrales Thema der diesjährigen dreitägigen Veranstaltung in Almaty war die Stärkung der Jugend gegen gewalttätigen Extremismus. Über 70 künftige Führungspersönlichkeiten aus Zentralasien, Europa und – 2013 zum ersten Mal! – Afghanistan nahmen an den Teambildungsveranstaltungen, Seminaren zur Heranbildung von Führungskräften und interaktiven Spielen teil.

EINE GEFÄHRLICHE HINTERLASSENSCHAFT BESEITIGT

Nach langer und intensiver Vorbereitung verließen im Juni über 400 Tonnen des gefährlichen Raketentreibstoffs Mélange Kasachstan in Richtung Russland, wo er in einem spezialisierten Chemiewerk entsorgt wurde. Diese Aktion war Teil eines umfangreichen OSZE-Programms, das mehreren Teilnehmerstaaten dabei hilft, sich ihrer Mélange-Bestände zu entledigen – es ist das bisher größte von Gebern finanzierte OSZE-Programm.

402,3 Tonnen Mélange entsorgt

JUGENDLICHE UND WISSENSCHAFTLER ZU PARTNERN MACHEN

Junge Forscher und renommierte Wissenschaftler aus Zentralasien und Europa versammelten sich zu einer Konferenz in Almaty, um über Möglichkeiten der Stärkung der euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft zu diskutieren. Mit dieser Veranstaltung sollte der Grundstein zu einem OSZE-weiten akademischen Netz gelegt werden.

Zwei weitere Beispiele für die Bemühungen des Zentrums in diesem Bereich waren ein Leadership-Programm – bereits das zweite – für junge Umweltschützer aus Zentralasien und eine nationale Jahreskonferenz über Menschenrechte für Studenten der Rechtswissenschaften.

VERSTÄRKUNG DER BEMÜHUNGEN IM KAMPF GEGEN DEN MENSCHENHANDEL

Im Kampf gegen den Menschenhandel und häusliche Gewalt wurden 2013 beachtliche Fortschritte gemacht. Das Zentrum setzte sich für die Verabschiedung einer Novelle zum Gesetz über die Bekämpfung des Menschenhandels ein, die vor allem höhere Strafen für Kinderarbeit vorsieht. Zu diesen Fragen fanden im ganzen Land insgesamt 17 Fortbildungsveranstaltungen für Richter, Polizeibeamte, Strafverteidiger und Kontaktstellen für Genderfragen statt. Das Zentrum war außerdem Mitveranstalter einer nationalen Konferenz über die Bereitstellung sozialer Dienste für Misshandlungsoffer.

VERTRAUEN SCHAFFEN, RISIKEN MINDERN

Das Zentrum förderte vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen im regionalen Kontext. Mit seiner Unterstützung untersuchten Militärs aus Zentralasien, Europa und – erstmals – der Mongolei im Mai bei einem Seminar in Astana die praktische Umsetzung des Wiener Dokuments der OSZE. Zum ersten Mal waren im September auch mongolische Offiziere und Beobachter der Konferenz über Interaktion und Vertrauensbildung in Asien gemeinsam mit Militärspezialisten aus 29 OSZE-Teilnehmerstaaten an Besuchen von Militärflugplätzen beteiligt. Eine weitere wichtige regionale Veranstaltung führte technische Experten und Militärangehörige aus Zentralasien und Afghanistan nach Almaty, wo sie Mechanismen zur Risikobeurteilung und technische Zusammenarbeit bei Explosionsgefahr, einschließlich Munition, diskutierten.

Das Zentrum setzte sich aktiv für die Umsetzung der Resolution des UN-Sicherheitsrats über Frauen, Frieden und Sicherheit sowohl auf nationaler Ebene als auch im Rahmen einer internationalen Konferenz in Almaty ein.

DER INTERNETKRIMINALITÄT DEN BODEN ENTZIEHEN

Mehrere Schulungsveranstaltungen und Gesprächsrunden waren der Internetkriminalität, dem illegalen Drogenhandel und gewalttätigem Extremismus gewidmet. Das Zentrum vermittelte Staatsanwälten, Polizei- und anderen Strafverfolgungsbeamten ein besseres Verständnis für die Herausforderungen der Internetkriminalität. Die Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Terrorismus, einschließlich Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, waren die Themen eines nationalen Forums gegen den Terrorismus und mehrerer Schulungsseminare, die über Vermittlung des Zentrums in den Regionen des Landes abgehalten wurden.

Grenz- und Strafverfolgungsbeamte erörterten mit Unterstützung des Zentrums Mittel und Wege zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Terrorismus auf nationaler und

regionaler Ebene, während bei regionalen und nationalen Schulungsveranstaltungen die Sicherheit der Grenzen und von Dokumenten behandelt wurde.

NEUE KONZEPTE BEKANNT MACHEN

Nachdem Kasachstan ein neues Gesetz über lokale Selbstverwaltung verabschiedet hatte, war das Zentrum als Erster zur Stelle und leitete zwei Pilotprojekte im Land ein, um Beamten und der Zivilgesellschaft in ländlichen Gebieten und Kleinstädten bei der Umsetzung der neuen Bestimmungen zu helfen. In der Folge wurden bei einem Workshop bewährte internationale Verfahren und Instrumente für eine reaktionsschnelle und rechenschaftspflichtige Verwaltung besprochen, gefolgt von einer intensiven Schulung für neu gewählte Bürgermeister.

Ein weiteres neues Konzept, das die Aufmerksamkeit des Zentrums erregte und von ihm unterstützt wurde, war eine 2013 verabschiedete nationale Strategie für grünes Wirtschaften. Das Zentrum hielt im ganzen Land Veranstaltungen zur Förderung der Grundsätze des grünen Wachstums ab, wobei die Themen Energieeffizienz, sparsamer Umgang mit natürlichen Ressourcen, Bewirtschaftung der Wasserressourcen, erneuerbare Energie und Abfallwirtschaft im Mittelpunkt standen.

Auch ein hochrangig besetztes nationales Vorbereitungstreffen für das OSZE-Wirtschafts- und Umweltforum befasste sich mit diesen Themen sowie mit der Förderung der Umweltdemokratie über das Netz der Aarhus-Zentren.

WEITERE AKTIVITÄTEN DES ZENTRUMS:

- Förderung der Umsetzung des 2013 verabschiedeten Nationalen Mechanismus zur Verhütung von Folter
- Unterstützung der Reform der Straf- und Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie Förderung der Strafrechtsreform
- Förderung von Medienpluralismus, insbesondere auf dem vierten zentralasiatischen Internetforum
- Veröffentlichung von Richtlinien gegen Geldwäsche für die Wirtschaft und den Finanzsektor, eines Buches über integrierte Wasserressourcenbewirtschaftung in Zentralasien, eines Leitfadens über Öko-Journalismus, eines Handbuchs für Journalisten über Instrumente der Informationstechnologie sowie einer Untersuchung über die politischen Parteien in Kasachstan

AUS- UND FORTBILDUNGSVERANSTALTUNGEN 2013

2 410 TEILNEHMER

526	Grenzüberschreitende Bedrohungen
69	Grenzsicherung
90	Rüstungskontrolle
120	Politische Parteien
90	Good Governance
250	Grüne Wirtschaft
140	Umweltschutz
50	Steuerung der Arbeitsmigration
310	Bekämpfung des Menschenhandels
115	Geschlechtergleichstellung
40	Medien

510 Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit
100 Aktivitäten für die Zielgruppe Jugend

Das Zentrum in Bischkek

Leiter des Zentrums: **Botschafter Sergei Kapinos**

Haushalt: **6 810 400 EUR**

26 internationale Mitarbeiter

91 örtliche Mitarbeiter

51 Mitarbeiter für die Initiative für kommunale Sicherheit

www.osce.org/bishkek

2013 waren in mehreren Bereichen Fortschritte zu verzeichnen. Die Polizeireform kam gut voran und wir arbeiteten weiter mit den Behörden an der Wahl- und Strafvollzugsreform. Es wurden auch einige neue Ausbildungseinrichtungen geschaffen – für Zollbeamte und Finanzermittler –, was Fortschritte bei den Aktivitäten zur Verbesserung der Grenzsicherung und zur Bekämpfung der Geldwäsche erwarten lässt.

HÖHEPUNKTE

Aufnahme eines neuen Projekts zur Kontrolle von Kleinwaffen

Unterstützung des neuen Ausbildungszentrums zur Bekämpfung der Finanzkriminalität

Einleitung eines öffentlichen Dialogs über die Wahlreform

VORBEREITUNG AUF NEUE SICHERHEITSHerausforderungen

Im Hinblick auf die für 2014 zu erwartenden Änderungen im Sicherheitsumfeld im Afghanistan konzentrierte sich das Zentrum auf die Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen und organisierte eine Reihe von Simulationsübungen gegen den Terrorismus mit örtlichen Partnern, darunter die kirgisischen Sonderkräfte „Schnee Leoparden“. Außerdem nahm es ein fünfteiliges Programm zur Kontrolle von Kleinwaffen, leichten Waffen und konventioneller Munition in Angriff. Die erste Phase endete mit der Vernichtung von 51 tragbaren Luftabwehrsystemen.

REAKTION AUF BEDROHUNGEN DER FINANZIELLEN SICHERHEIT

Im März wurde in Bischkek mit Unterstützung des Zentrums ein neues Ausbildungszentrum der staatlichen Meldestelle für Geldwäsche eröffnet. Es wird Kurse für öffentlich Bedienstete und Parlamentarier in technischem Know-how zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung anbieten.

NEUE EINRICHTUNGEN ZUR FORTBILDUNG VON ZOLLBEAMTEN

Eine weitere Ausbildungseinrichtung wurde im November für Zollbeamte eröffnet. 2013 und 2014 werden hier rund 360 kirgisische und afghanische Beamte Kurse in Drogenidentifizierung und -erkennung, Risikoanalyse und Kontrolle von Containern und Frachtdokumenten absolvieren. Diese neue Einrichtung ist Teil eines OSZE-Projekts, das die Behörden bei der Bekämpfung von Bedrohungen im Wirtschafts- und Umweltbereich unterstützt.

WAHL-, JUSTIZ- UND STRAFVOLLZUGSREFORM

Das Zentrum organisierte eine öffentliche Debatte über Fragen der Wahlreform und unterstützte damit die Vorbereitungen für die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2015 und 2017. Ferner stellte es den mit der Ausarbeitung des neuen Strafgesetzbuches, der neuen Strafprozessordnung und der neuen Strafvollzugsordnung beauftragten Arbeitsgruppen internationales Know-how zur Verfügung. In Fortsetzung seiner Arbeit zur Unterstützung der Strafvollzugsreform unterwies das Zentrum nahezu 1000 Mitarbeiter von Strafvollzugsanstalten in Menschenrechten und eröffnete die ersten Stellen für Einkommensgenerierung in Siedlerkolonien, um die Chancen der Häftlinge auf Wiedereingliederung in die Gesellschaft nach ihrer Entlassung zu erhöhen.

Nach der Verabschiedung eines Gesetzes zur Schaffung eines nationalen Mechanismus zur Verhütung von Folter half das Zentrum den Behörden bei der Entwicklung eines strategischen mehrjährigen Plans für das neue Gremium. Im Dezember präsentierte es einen Bericht über Folterverhütung in Haftanstalten, der anhand von Informationen erstellt wurde, die bei rund 460 unangekündigten Kontrollbesuchen in 51 Gefängnissen und Polizeieinrichtungen sowie in 23 psychiatrischen Anstalten gesammelt wurden.

UNTERSTÜTZUNG DES DIALOGS ZWISCHEN POLIZEI UND GESELLSCHAFT

Einen erheblichen Fortschritt bedeutete die Unterzeichnung eines Regierungserlasses, mit dem umfassende Maßnahmen der Polizeireform gebilligt wurden und ein neuer, von der Regierung sanktionierter Lenkungsausschuss zur Überwachung der Umsetzung der Reform ins Leben gerufen wurde. Im Herbst wurde ein praktikabler Aktionsplan ausgearbeitet und vom Amt des Ministerpräsidenten genehmigt. Das Zentrum leistete den Behörden Hilfestellung bei der Entwicklung eines Strategieplans für bürgernahe Polizeiarbeit und neuer Ausbildungsmethoden für die Polizeiakademie und die Polizeischule. Das Quartiersmanagementprojekt wurde von 9 auf 23 Regionen ausgedehnt und stärkt die Beziehungen zwischen den örtlichen Zentren für Verbrechenverhütung und der Polizei.

WEITERE AKTIVITÄTEN DES ZENTRUMS:

- Es erweiterte seine Aktivitäten zur Bekämpfung des Menschenhandels durch Einbeziehung religiöser Führer.
- Es organisierte als Pilotprojekt ein Modell-Jugendparlament.
- Es veranstaltete eine Vortragsreihe zur Resolution des UN-Sicherheitsrats über Frauen, Frieden und Sicherheit.
- Es klärte über Umweltfragen auf und organisierte ein Sommerlager für Kinder aus Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan und ein Musiktheater.

DIE OSZE-AKADEMIE

BILDUNG, FORSCHUNG UND DIALOG

2013 schlossen die ersten Absolventen des neuen Graduiertenstudiengangs der Akademie ihr Studium mit dem Master of Arts in wirtschaftlicher Ordnungspolitik und Entwicklung ab. Die Akademie baute ihre Funktion als Plattform für Forschung und Dialog weiter aus. Gemeinsam mit dem Zentrum in Bischkek entwickelte sie außerdem einen Projektvorschlag zur Gründung eines Forschungszentrums für afghanisch-zentralasiatische Beziehungen.

DIE INITIATIVE FÜR KOMMUNALE SICHERHEIT

VERBRECHENSVERHÜTUNG UND VERTRAUENSBIILDUNG

Die Initiative für kommunale Sicherheit wurde auf die Stadt Batken ausgedehnt und soll in Kürze auch in Nooken (Region Dschalalabad) eingeführt werden. Im Schulungszentrum Osch für bürgernahe Polizeiarbeit wurden Fortbildungsseminare zu Themen wie Stärkung des Dialogs zwischen Polizei und Gesellschaft und Polizeiarbeit in einer multiethnischen Gesellschaft abgehalten. Im Rahmen eines einheitlichen Programms begannen internationale Polizeiberater mit berufsbegleitenden Schulungen. Mit mobilen Beratungsstellen wurden insgesamt 27 696 Personen in entlegenen Gebieten mit multiethnischer Bevölkerung erreicht. Die Initiative setzte auch ihr Programm zur Verhütung von Jugendkriminalität fort. Laut einer Umfrage vom Dezember erhöhte sich das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei in den meisten der von der Initiative erfassten Gebiete.

Das Büro in Tadschikistan

Leiter des Büros: **Botschafter Markus Müller**

Haushalt: **6 718 200 EUR**

28 internationale Mitarbeiter

132 örtliche Mitarbeiter

www.osce.org/tajikistan

Hinter uns liegt ein arbeitsreiches Jahr. Tadschikistan hielt Wahlen ab – wir halfen bei der Wählerinformation. Die Regierung verabschiedete mehrere außerordentlich wichtige politische Dokumente und neue Gesetze, die wir mitgestalteten. Wir leisteten auch einen Beitrag zur Verstärkung der Beziehungen zwischen Afghanistan und Tadschikistan, bildeten Grenzbeamte aus und institutionalisierten mithilfe unserer fünf Außenstellen den Dialog zwischen den Parteien.

HÖHEPUNKTE

Unterweisung von 115 000 Bürgern in den Abstimmungsmodalitäten

Auszubildende aus 39 Ländern nahmen an Aus- und Fortbildungsveranstaltungen über Grenzsicherung teil

Zusammenführung von tadschikischen und afghanischen Experten zu Erörterungen der Zusammenarbeit in Wasserfragen

STRUKTURIERUNG DES POLITISCHEN DIALOGS

Der Dialog zwischen den Parteien, ein seit Langem angestrebtes Ziel des Büros, kommt langsam in Gang. Über 800 Staatsbeamte (und Mitglieder der Zivilgesellschaft) beteiligten sich an Diskussionen über soziale, wirtschaftliche und politische Fragen – wodurch Spannungen abgebaut und demokratische Prozesse institutionalisiert wurden.

POLIZEIREFORM WIRD WIRKLICHKEIT

Im März wurde eine nationale Polizeireformstrategie unterzeichnet, ein bahnbrechendes Dokument, dem das Büro den Weg bereitet hatte. Das Büro unterstützte die Behörden bei der Organisation und Planung von Aktivitäten zur Erarbeitung des Reformprogramms und eines konkreten Aktionsplans für die kommenden sieben Jahre.

PROFESSIONALISIERUNG DER GRENZSICHERUNG

Das Büro organisierte eine Reihe praktischer Fortbildungskurse für Grenz- und Zollbeamte. Rund 200 tadschikische und afghanische Beamte wurden im Schutz der grünen Grenze geschult. Themen waren Fixpunktüberwachung, taktische Bewegung, Kartenlesen und der Gebrauch von Nachtsichtbrillen. Das Büro hielt auch Kurse über Winterpatrouillen, Alpin- und Überlebenstechniken, einen Ausbilderlehrgang und einen medizinischen Kurs für Fortgeschrittene ab. Mit einer Schulung für tadschikische, kirgisische und afghanische Grenzbeamte über die Bekämpfung des illegalen Drogenhandels und der organisierten Kriminalität wurde die regionale Zusammenarbeit gefördert.

VORBEREITUNG AUF DEN WAHLGANG

www.osce.org/tajikistan/110107

Zwischen 22. Oktober und 4. November informierten die Mission und die tadschikische Zentrale Wahlkommission über 115 000 tadschikische Bürger, wie sie bei den Präsidentschaftswahlen am 6. November ihre Stimme abgeben können. Allein in Duschanbe sprachen zur Wählerinformation abgestellte Mitarbeiter in einer Tür-zu-Tür-Kampagne mit 56 000 Personen.

EXPERTEN FÜR GRENZFRAGEN STRÖMEN NACH DUSCHANBE

www.oscebmsec.org

Mit zwei Dutzend Kursen und Workshops zu den unterschiedlichsten Themen, zu denen sich mehr als 500 Teilnehmer einfanden, stärkte die Stabsakademie für Grenzmanagement weiter ihre Position als eine der wichtigsten Institutionen für die Aus- und Weiterbildung von Grenzbeamten der Führungsebene und Experten im OSZE-Raum. 2013 schickten neun weitere Länder Mitarbeiter zur Ausbildung an die Akademie, was eine beträchtliche Steigerung gegenüber den bisher 30 Ländern darstellt.

Wie bisher galt das größte Interesse den drei einmonatigen Lehrgängen für Beamte der Führungsebene, es gab aber auch 21 ergänzende Veranstaltungen, darunter ein erstes Schulungsseminar für weibliche Führungskräfte der für Grenzsicherung verantwortlichen Dienststellen und ein gemeinsam mit dem österreichischen Finanzministerium abgehaltener Kurs für tadschikische und afghanische Grenzbeamte über behördenübergreifende Zusammenarbeit, Risikoanalyse und Zollinformationsdienste.

Drei neue Aarhus-Zentren wurden eingerichtet in

- Tursunsoda
- Kumsangir
- Garm

SELBSTSTÄRKUNG DER FRAUEN

50 Politikerinnen wurden im Aufbau einer politischen Karriere unterwiesen

DAS NETZ DER FRAUENRESSOURCENZENTREN

ERBRACHTE:

2 013 kostenlose Rechtsberatungen

1 789 andere Beratungen

UNTERRICHTETE:

278 Frauen im Lesen und Schreiben

1 119 Frauen im Gebrauch von Computern oder im Nähen für ihren Lebensunterhalt

2 074 Personen über die Bedeutung der Bildung für Mädchen und der Verhütung von Gewalt in der Familie

DIE WIRTSCHAFTLICHEN BEDÜRFNISSE KOMMUNIZIEREN

Das Büro war in enger Zusammenarbeit mit den tadschikischen Behörden die treibende Kraft hinter einer neuen Initiative, die den Dialog zur Region des Rascht-Tales sucht. Die Region, die lange Zeit als unruhiger und unterentwickelter Landesteil galt, hat nun ihre eigene Stimme bei Entscheidungen über die nationale wirtschaftliche Entwicklung und Investitionsschwerpunkte.

ENTSCHLOSSENE MASSNAHMEN GEGEN FOLTER

Die Regierung verabschiedete 2013 einen nationalen Aktionsplan gegen Folter, der ihr politisches Umdenken erneut unter Beweis stellt. Das Büro unterstützte gemeinsam mit einer Koalition von Partnern aus der Zivilgesellschaft die Organisation und Koordination der Rechtshilfe für Opfer und verbesserte die Dokumentation von angezeigten Folttervorwürfen. 2013 dokumentierten die Koalitionspartner 25 Folttervorwürfe, leisteten in 12 Fällen Rechtshilfe, hielten 22 Arbeitssitzungen mit Strafverteidigern ab und unterwiesen gemeinsam mit der Generalstaatsanwaltschaft 75 Staatsanwälte in wirksamen Ermittlungstechniken.

UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE MEDIENENTWICKLUNG

Die mithilfe des Büros geschaffene tadschikische Selbstregulierungsbehörde der Medien vermittelte neun außergerichtliche Einigungen. Das Büro bildete ferner Richter in Medienpolitik, Verleumdungs- und Rufmordfällen sowie in dem neuen im März erlassenen Mediengesetz aus.

„Wir haben gesehen, dass sich der Rückgang korrupter Praktiken und der Zahl der Konflikte zwischen den Händlern sowie das verstärkte Rechtsbewusstsein unter den Handelstreibenden direkt auf die Arbeit der Ressourcenzentren in den Märkten zurückführen lassen.“

Boimamad Alibachschow, Vorsitzender der Vereinigung der Bergbauern und Landwirte „Milal Inter“

WEITERE AKTIVITÄTEN DES BÜROS:

- Technische und operative Hilfestellung für die Behörden bei der humanitären Minenräumung, in deren Verlauf eine Strategie für die nächsten drei Jahre verabschiedet wurde und mehr als 136 000 Quadratmeter Land von Minen geräumt wurden
- Unterweisung tadschikischer Militärangehöriger und Strafverfolgungsbeamter in Waffensicherheit und Waffenlagerverwaltung
- Einrichtung von drei Beratungszentren an der afghanisch-tadschikischen Grenze zur Förderung des grenzüberschreitenden Handels

Der Projektkoordinator in Usbekistan

Projektkoordinator: **Botschafter György Szabó**

Haushalt: **1 979 100 EUR**

2 internationale Mitarbeiter

18 örtliche Mitarbeiter

www.osce.org/uzbekistan

2013 gelang uns, worum wir uns seit Langem bemüht hatten: mit unseren Projekten in alle Regionen Usbekistans vorzustoßen. Wir unterstützten wie bisher die Regierung mit Initiativen in den Bereichen Wirtschaftsentwicklung, Rechtsreform und Bekämpfung des Menschenhandels und des illegalen Drogenhandels, um nur einige zu nennen. Und nach langer Vorbereitung begannen wir endlich mit der Ausarbeitung eines Aktionsplans zur Umsetzung der Resolution 1540 des UN-Sicherheitsrats über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen – ein wichtiger Schritt voran.

HÖHEPUNKTE

Start eines neuen Projekts zur Förderung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit von Frauen

Fortbildung von 250 Richtern und Vertretern der Rechtsberufe in den Normen für faire Gerichtsverfahren

Beginn der Arbeit zur Verhütung der Waffenverbreitung

INS GESCHÄFT KOMMEN

Ein Unternehmen zu gründen, ist immer eine schwierige Angelegenheit, doch besonders schwer haben es Frauen, die in Usbekistan ein Geschäft eröffnen wollen. Sie haben nicht nur mit den üblichen finanziellen und rechtlichen Erfordernissen zu kämpfen, sie müssen auch psychologische und soziale Hürden überwinden. Hier sind gute Kommunikation und Vernetzungsfähigkeit gefragt, ebenso wie direkte Kontakte mit Banken, örtlichen Behörden und der Zivilgesellschaft. Um Frauen bei der Herstellung dieser Kontakte zu helfen, organisierte der Projektkoordinator Seminare im ganzen Land, bei denen die vielen Facetten der Betriebswirtschaft und des Unternehmertums im örtlichen Kontext behandelt wurden.

EINFÜHRUNG FAIRER VERFAHRENSNORMEN

Zur Unterstützung der Justiz- und Rechtsreform half der Koordinator bei der Organisation von 10 Workshops über internationale Normen für faire Gerichtsverfahren für 250 Richter und Vertreter der Rechtsberufe aus Regionen, Bezirken und Kommunen. Außerdem organisierte sein Büro eine Konferenz, bei der international bewährte Methoden zur Verbesserung des Lehrplans für die Weiterbildung von Richtern und Strafverteidigern im Ausbildungszentrum für Anwälte vorgestellt wurden, und unterstützte die Veröffentlichung eines Handbuchs über Menschenrechte und die Grundsätze fairer Gerichtsverfahren.

EINDÄMMUNG DER VERBREITUNG VON MASSENVERNICHTUNGSWAFFEN

Im Mai begann der Koordinator mit einer Veranstaltungsreihe, die den Behörden bei der Ausarbeitung eines nationalen Aktionsplans zur Umsetzung einer UN-Resolution über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen helfen soll. An dieser ersten Tagung nahmen Beamte der Grenz-, Zoll- und Naturschutzbehörden teil. Der Aktionsplan wird voraussichtlich 2014 vorliegen.

DAS INTERESSE AN ERNEUERBARER ENERGIE WECKEN

Im März wurden die Behörden, der Privatsektor und die Zivilgesellschaft in einem Präsidentenerlass dazu ermutigt, erneuerbare Energiequellen zu fördern. Zur Unterstützung des zunehmenden Interesses an diesem Thema veranstaltete der Koordinator im Oktober einen regionalen Workshop, bei dem neue Technologie, die erforderlichen politischen Rahmenbedingungen und Möglichkeiten der Nutzung erneuerbarer Energiequellen zur Verbesserung der Stromversorgung in entlegenen Gebieten besprochen wurden.

„Heute weiß man um die Vorteile der erneuerbaren Energie [...] und wir leisten Überzeugungsarbeit bei den Bauern, damit sie die neuen Technologien übernehmen ...“

Dr. Madschid Chodschajew, Exekutivdirektor des zentralasiatischen Regionalzentrums für erneuerbare Energie, Usbekistan

DAS GANZE IST MEHR ALS DIE SUMME SEINER TEILE

„Einen Betrieb zu gründen, war sehr schwierig für mich. Ich habe keinen Ehemann – ich bin eine Frau und gleichzeitig der Mann in meiner Familie,“ erzählt uns Schafoat Nurullajewa, die Eigentümerin eines Gewächshauses in der Region Nawoi. „Doch ich habe diese Herausforderungen aufgenommen und biete heute meine Produkte auf den örtlichen Märkten an.“

Die Geschichte von Frau Nurullajewa ist nur eine von vielen. Angehenden Unternehmerinnen stellen sich oft zahlreiche Hindernisse in den Weg – sie müssen sich schnell mit rechtlichen und steuerlichen Fragen vertraut machen und den Umgang mit staatlichen Dienststellen lernen. Aber sie müssen sich auch vernetzen und einander unterstützen. Und hier setzt die von der OSZE unterstützte Vereinigung von Geschäftsfrauen an.

„Mein ganzes Wissen und Können verdanke ich der Vereinigung. Sie hat mir geholfen, als Unternehmerin zu wachsen,“ sagt Firusa Bakajewa, die Eigentümerin eines Hotels in Buchara. „Die Geschäftsfrauen helfen einander bei der Suche nach der besten Lösung und tauschen über die Vereinigung ihre Erfahrungen aus.“

Das ist vielleicht die wichtigste Erkenntnis: Versuch es nicht allein. Doch am wichtigsten ist positives Denken, bestätigt Frau Bakajewa: „Frauen können viel im Leben erreichen, und wenn sie wollen, können sie im Geschäftsleben ebenso erfolgreich wie Männer sein.“

WEITERE BEMÜHUNGEN IM KAMPF GEGEN DEN MENSCHENHANDEL

Das Büro des Koordinators hielt mehrere fachspezifische Arbeitssitzungen für Beamte der Kommission gegen den Menschenhandel ab, um die Maßnahmen gegen den Menschenhandel systematischer, nachhaltiger und koordinierter zu machen. Es arbeitete auch mit dem Gewerkschaftsbund und einer Frauenrechts-NGO an einem Projekt zur Stärkung von Risikogruppen und unterwies diplomatisches Personal des Außenministeriums in Opfererkennung und Opferhilfe.

WEITERE AKTIVITÄTEN DES PROJEKTKOORDINATORS:

- Schulung von Bankmitarbeitern und Finanzbeamten in der Aufdeckung und Verfolgung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und Abhaltung eines regionalen Seminars über neue internationale Normen in diesem Bereich
- Organisation mehrerer Veranstaltungen über Neuerungen in den Regelungen und Maßnahmen zur Bekämpfung des illegalen Drogenhandels
- Unterweisung von Polizeibeamten in Menschenrechtsstandards
- Abhaltung einer Tagung zur Erörterung der Empfehlungen von zwei UN-Menschenrechtsgremien über Folterverhütung
- Einleitung einer internationalen Debatte über öffentliche und parlamentarische Kontrolle und Abhaltung eines Seminars über wissenschaftliche Menschenrechtsforschung

AUS- UND FORTBILDUNGSVERANSTALTUNGEN 2013

2 730 TEILNEHMER

390	Energiesicherheit und erneuerbare Energie
360	Zivilgesellschaftliche Fragen
360	Förderung des wirtschaftlichen Wettbewerbs
282	Professionalisierung der Medien
272	Justizreform
200	Kampf gegen Korruption und Geldwäsche*
180	Bekämpfung des Menschenhandels
165	Polizeiarbeit
161	Entwicklung des ländlichen Raums
160	Selbststärkung der Frauen
103	Menschenrechte im polizeilichen Kontext
97	Drogenkontrolle

* *Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und Verhütung von Korruption*

„I want to ride my bicycle...“ wurde wahrscheinlich nicht gesungen, als der Projektkoordinator im September den Startschuss zu einem nationalen Radrennen in den Straßen der Hauptstadt Taschkent gab. Die gemeinsam mit der NGO Öko-Bewegung organisierte Veranstaltung sollte grüne Transportmittel fördern und darauf aufmerksam machen, dass die Infrastruktur verbessert werden muss, um das Radfahren attraktiver zu machen.

Der Vertreter in der gemeinsamen Lettisch-Russischen Kommission für pensionierte Militärangehörige

Vertreter: **Helmut Napiontek**

Haushalt: **9 300 EUR**

www.osce.org/lrmpc

2013 änderte sich nur wenig in der Arbeit des Vertreters. Er setzte seine Hilfestellung für die Umsetzung des bilateralen Abkommens von 1994 zwischen Lettland und Russland über soziale Garantien für in Lettland ansässige pensionierte Militärangehörige und deren Familien fort. Bei der Gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militärangehörige gingen keine neuen Beschwerden ein. Die Erörterungen zwischen den beiden Parteien, die der Teilnahme des Vertreters als Drittpartei bedurften, betrafen hauptsächlich die Rückerstattung von Aufwendungen für die medizinische Versorgung pensionierter Militärangehöriger.

PENSIONIERTE MILITÄRANGEHÖRIGE, DIE UNTER DAS BILATERALE ABKOMMEN VON 1994 FALLEN:

11.500 (lettische Angabe)

13.000 (russische Angabe)

KEINE BESCHWERDEN

2013 wurden der Gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militärangehörige keine Individualbeschwerden von pensionierten Militärangehörigen zur Kenntnis gebracht.

UNGELÖSTE MEINUNGSVERSCHIEDENHEITEN

Die Uneinigkeit über die Anzahl der vom Abkommen erfassten pensionierten Militärangehörigen besteht fort. Die beiden Seiten sind sich nicht darin einig, wer unter das bilaterale Abkommen fällt oder vielmehr nach welchem Verfahren Personen in die Liste der anspruchsberechtigten pensionierten Militärangehörigen aufzunehmen sind.

KOSTEN FÜR MEDIZINISCHE VERSORGUNG: RUSSLAND ÜBERPRÜFT ANZAHL DER ANSPRUCHSBERECHTIGTEN

2013 vermieden sowohl Lettland als auch Russland eine neuerliche Diskussion über die Auslegung des Abkommens und befassten sich vielmehr mit der Rückerstattung von medizinischen Aufwendungen pensionierter Militärangehöriger. Laut dem Abkommen muss Russland diese Kosten für seine pensionierten Militärangehörigen übernehmen, doch Lettland betrachtet die derzeitigen Verfahren als überholt und als nicht den tatsächlichen Kosten entsprechend. Außerdem bleibe dabei der gegenwärtige Gesundheitszustand der Begünstigten unberücksichtigt.

Aufgrund der von den lettischen Behörden erhobenen Forderung nach einer Anhebung der Rückerstattungsbeträge überprüfen die russischen Behörden nun die Anzahl der pensionierten

Militärangehörigen, für die sie diese Kosten rückerstatten sollen. Diese Überprüfung, bei der festgestellt werden soll, ob alle angegebenen russischen pensionierten Militärangehörigen die Voraussetzungen für ihre Erfassung durch das Abkommen erfüllen, könnte eine Lösung in Richtung eines angepassten neuen Vergütungsschemas für medizinische Versorgung ab 2014 bringen. Daraus könnte sich auch ein einvernehmlich festgelegtes Verfahren für die Zählung der pensionierten Militärangehörigen ergeben.

PARTNERSCHAFTEN FÜR SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT

Dialog und Zusammenarbeit mit Partnerstaaten und anderen internationalen, regionalen und subregionalen Institutionen und Initiativen sind ein wesentlicher Aspekt der Arbeit der OSZE. Die Organisation arbeitet regelmäßig mit einem Netz von Partnerländern im Mittelmeerraum und in Asien sowie mit den Vereinten Nationen, der Europäischen Union, der NATO und dem Europarat zusammen.

www.osce.org/networks

Die Partner in Asien und im Mittelmeerraum

Die Partnerschaften in Asien und im Mittelmeerraum waren 2013 geprägt von einer verstärkten Eigeninitiative und Beiträgen der Partner, was in vielen Fragen zu einer mehr praxis- und ergebnisorientierten Zusammenarbeit führte. Der Antrag Libyens auf Beitritt zur Mittelmeerpartnerschaft war ein Beweis dafür, wie wichtig ein solcher Rahmen für die Region ist.

Mehrere OSZE-Veranstaltungen hatten abermals Afghanistan zum Gegenstand, unter anderem die Security Days im März und die Schlussitzung der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz. In den Bereichen Grenzmanagement, Zollsicherheit und Terrorismusbekämpfung gab es auch dieses Jahr Fortbildungsveranstaltungen für afghanische Experten. Dazu kamen neue Projekte, um die Auswirkungen des für 2014 geplanten Abzugs der internationalen Truppen aus Afghanistan auf Zentralasien zu untersuchen und die Frage der Stärkung und der Rolle der Frau in der Gesellschaft im nationalen Aussöhnungsprozess zu beleuchten.

„Die OSZE wird sich weiterhin für Afghanistan engagieren und den Prozess ‚Im Herzen Asiens‘ unterstützen. Der Übergangsprozess und der Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan 2014 erfordert weiter internationales Engagement, nicht nur für Afghanistan, sondern auch – und besonders – für seine zentralasiatischen Nachbarn.“
Der Amtierende Vorsitzende der OSZE vor dem UN-Sicherheitsrat am 7. Mai 2013

PARTNERSCHAFTEN FÜR SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT

BERICHT DES VORSITZES

Der ukrainische Vorsitz förderte die Einbindung der Kooperationspartner in Asien und im Mittelmeerraum in OSZE-Veranstaltungen und -Aktivitäten, ermutigte sie zur Teilnahme an einschlägigen Ausschusssitzungen, suchte nach Wegen, damit die Partner ihren wertvollen Beitrag zum Helsinki+40-Prozess leisten können, und legte ihnen nahe, sich stärker zu engagieren.

Die Ukraine setze sich auch nach Kräften für Verhandlungen mit den Teilnehmerstaaten über die Frage der Zuerkennung des Partnerstatus an Libyen ein. Über diese Frage soll 2014 unter Schweizer Vorsitz weiter beraten werden.

Die jährlichen Treffen der OSZE-Ministertrioika mit den Partnern in Asien und im Mittelmeerraum unter Beteiligung des Amtierenden Vorsitzenden, des Generalsekretärs und der Parlamentarischen Versammlung der OSZE fanden im Dezember am Rande des Kiewer Ministerratstreffens statt.

BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS

Der Generalsekretär setzte seine informellen Konsultationen mit jeder Gruppe von Partnern fort. Mit den Mittelmeerpartnern konnten dabei Bereiche herausgearbeitet werden, in denen ein Engagement besonders erwünscht ist, und es konnten mehrere Projekte betreffend die Bekämpfung des Menschenhandels und des Terrorismus, nachhaltige Energie und den OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit umgesetzt werden. Es wurde auch damit begonnen, im gesamten Mittelmeerraum Kanäle zu wissenschaftlichen Kreisen und Denkfabriken zu erschließen, um die Sichtbarkeit der OSZE zu erhöhen und die Mittelmeerpartnerschaft mit neuen Ideen und Impulsen zu erfüllen.

Der Generalsekretär ging bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf die führenden Politiker der Mittelmeerpartner zu. Bei Treffen mit den Außenministern von Jordanien, Marokko und Ägypten und dem Präsidenten der Verfassungsgebenden Versammlung von Tunesien machte er darauf aufmerksam, welchen Wert die Erfahrungen der OSZE haben, und äußerte die Bereitschaft, mit den betreffenden Ländern auf der Grundlage ihrer konkreten Prioritäten und Bedürfnisse enger zusammenzuarbeiten. In einem Gespräch mit dem libyschen Außenminister erörterte er den Antrag dieses Landes auf Beitritt zur OSZE-Partnerschaft.

Die Partner in Asien leisteten weiter aktive Beiträge zum OSZE-Dialog und stellten wie schon zuvor finanzielle Mittel und Personal für die Tätigkeit der Organisation zur Verfügung. Sie zeigten zunehmendes Interesse an den Erfahrungen und Gepflogenheiten der OSZE in Bezug auf Prozesse der Vertrauensbildung. Parallel dazu berichtete das OSZE-Sekretariat über seine Erfahrungen und seine Pläne, die Tätigkeit der Partner in Asien im Jahr 2014 zu unterstützen.

Der politische Dialog zwischen dem Generalsekretär und den Partnern in Asien war gekennzeichnet von intensiven informellen Konsultationen und Treffen auf hoher Ebene, um Bereiche ausfindig zu machen, in denen stärker zusammengearbeitet werden könnte. Der Generalsekretär traf hohe Regierungsbeamte aus Afghanistan, Japan, Thailand und der Republik Korea. Er hielt auch ein Grundsatzreferat im Rahmen des Seoul-Verteidigungs-

dialogs 2013 und berichtete über die Erfahrungen der OSZE als regionales Modell für multilaterale Sicherheitskooperation.

DER PARTNERSCHAFTSFONDS

Aus dem Partnerschaftsfonds werden Projekte und die Teilnahme der Partner an Aktivitäten der Organisation finanziert, was zu einer stärkeren Bindung zwischen den Kooperationspartnern und der OSZE beiträgt. Er wird vom Generalsekretär verwaltet.

2013 fanden mit Unterstützung aus dem Fonds fünf Tagungen auf politischer und Experten-ebene statt: ein Seminar und ein Expertentreffen über die Verhütung des Menschenhandels in der Mittelmeerregion, ein Expertenworkshop über die Umsetzung universeller Instrumente zur Terrorismusbekämpfung, ein Expertenworkshop über Fragen der nachhaltigen Energie im südlichen Mittelmeerraum und eine Regionalkonferenz über den OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit.

Mithilfe des Fonds konnte auch das Engagement der Organisation für Afghanistan aufrechterhalten werden. So wurde unter anderem eine Veranstaltung unterstützt, bei der erörtert wurde, mit welchen Entwicklungen und Herausforderungen als Folge der veränderten Sicherheitslage in Afghanistan 2014 zu rechnen wäre und welche Rolle der OSZE dabei zukommen könnte. Eine neue Initiative zur Erleichterung und Förderung des Zusammenwirkens mit akademischen Kreisen und Denkfabriken – den sogenannten Track-II-Teilnehmern – zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten und den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum wurde ebenfalls mithilfe des Fonds in die Wege geleitet. Zahlreiche OSZE-Teilnehmerstaaten leisteten 2013 Beiträge zum Partnerschaftsfonds.

DER FONDS IN ZAHLEN

Zusagen seit Beginn (2008):	1 675 686 EUR
Neue Zusagen 2013:	175 865 EUR
Geförderte Teilnehmer an OSZE-Aktivitäten aus Partnerstaaten 2013:	10

ENTWICKELTE PROJEKTE SEIT BEGINN: 32

28 Projekte abgeschlossen

4 Projekte in Durchführung

DURCHGEFÜHRTE PROJEKTE 2013: 9

6 neue Projekte

3 mehrjährige Projekte

Der Generalsekretär nahm am Ministertreffen „Im Herzen Asiens“ in Almaty (Kasachstan) teil, wo er mehrere Möglichkeiten aufzeigte, wie die OSZE in dieser regionalen Initiative in allen drei Sicherheitsdimensionen spürbare Beiträge leisten könnte.

BERICHTE DER KONTAKTGRUPPEN

DIE ASIEN-KONTAKTGRUPPE

Kooperationspartner in Asien: Afghanistan, Australien, Japan, Republik Korea, Thailand

Vorsitz: **Irland**

Irland, das in der Asien-Kontaktgruppe den Vorsitz führte, unterstützte den ukrainischen Vorsitz bei der Förderung eines offenen und interaktiven Dialogs mit den Kooperationspartnern in Asien auf der Grundlage ihrer Prioritäten und Anliegen. Die Kontaktgruppe trat 2013 fünfmal zusammen und erörterte eine Reihe von Themen von beiderseitigem Interesse:

- freie Meinungsäußerung von Minderheiten im digitalen Zeitalter
- der Haager Verhaltenskodex gegen die Verbreitung ballistischer Flugkörper
www.hcoc.at
- menschliche Sicherheit
- Rechtsstaatlichkeit, Verbrechenverhütung und nachhaltige Entwicklung
- gute Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung
- Kampf gegen den illegalen Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen und deren Missbrauch
- neue Bedrohungen und Herausforderungen, einschließlich Internet-Sicherheit
- „Trustpolitik“ in Asien

Die Vertreter der Partner in Asien unterrichteten die Teilnehmer bei diesen Treffen regelmäßig über sicherheitspolitische Aktivitäten in ihren Ländern und mögliche weitere Kooperationsbereiche.

Zusammen mit der Schweiz, die 2013 den Vorsitz in der Mittelmeer-Kontaktgruppe führte, veranstaltete Irland die jährliche gemeinsame Sitzung der beiden Kontaktgruppen, die den OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit zum Thema hatte.

DIE MITTELMEER-KONTAKTGRUPPE

Kooperationspartner im Mittelmeerraum: Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Marokko, Tunesien

Vorsitz: **Schweiz**

Die Schweiz, die 2013 in der Mittelmeer-Kontaktgruppe den Vorsitz führte, setzte sich gemeinsam mit den Mittelmeerpartnern für einen offenen und interaktiven Dialog in der Gruppe ein und verfolgte einen nachfrageorientierten Ansatz, indem sie auf die Interessen und Prioritäten der Mittelmeerpartner einging. Gegenstand der Erörterungen waren:

- Toleranz und Nichtdiskriminierung
- Mediation
- Bekämpfung des Menschenhandels
- Korruptionsbekämpfung
- Terrorismusbekämpfung

VERBESSERUNG DER SICHERHEIT VON FRAUEN UND MÄDCHEN

Die Konferenz der OSZE mit Partnern in Asien, die 2013 am 18. und 19. März in Adelaide (Australien) stattfand, hatte die Verbesserung der Sicherheit von Frauen und Mädchen zum Gegenstand.

Diskussionsthemen waren die Verhütung von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und Mädchen, die Förderung von Frauen als Entscheidungsträgerinnen, die Förderung des weiblichen Unternehmertums, die Bekämpfung jeder Form von Menschenhandel und die Auswirkungen politischer Maßnahmen gegen den Menschenhandel auf die Menschenrechte von schutzbedürftigen Personen und Opfern von Menschenhandel, insbesondere von Frauen und Mädchen.

„Vom Menschenhandel sind immer noch größtenteils Frauen betroffen. Es geht dabei nicht nur um sexuelle Ausbeutung, sondern auch um Ausbeutung zu Arbeitszecken einschließlich häuslicher Sklaverei und andere Formen des Menschenhandels.“

Maria Grazia Giammarinaro, Sonderbeauftragte und Koordinatorin der OSZE für die Bekämpfung des Menschenhandels

DAS BDIMR UND DIE MITTELMEERPARTNER

www.osce.org/odihr/97636

Zur Förderung demokratischer Strukturen in den Partnerstaaten der OSZE im Mittelmeerraum leistete das BDIMR Unterstützung bei der Gesetzgebung in den Bereichen Versammlungsfreiheit, nationale Menschenrechtsinstitutionen und Terrorismusbekämpfung; drei Begutachtungen von Gesetzestexten wurden abgeschlossen. Nach Erstellung seiner Gutachten traf sich das BDIMR mit maßgeblichen tunesischen Regierungsstellen zu Beratungen.

Das BDIMR brachte sein Fachwissen auch in Veranstaltungen ein, die in Tunesien und anderen Partnerstaaten im Mittelmeerraum von internationalen Organisationen, Regierungen und der Zivilgesellschaft organisiert wurden. Themen waren die Mitsprache von Frauen und Jugendlichen in der Politik und in politischen Parteien, Qualifizierungsmaßnahmen für weibliche Kandidaten und Jugendführer und Regelungen für politische Parteien. Vertreter der Partnerstaaten im Mittelmeerraum nahmen an Schulungsmaßnahmen des BDIMR teil, wie etwa an Kursen über Lang- und Kurzzeit-Wahlbeobachtung und Expertenworkshops.

Vorträge wurden von Jordanien, Marokko, Israel, Tunesien und Algerien gehalten. In der letzten Sitzung begründete Libyen seinen Antrag auf Mitgliedschaft in der Mittelmeerpartnerschaft der OSZE.

Das Thema der Mittelmeerkonferenz am 28. und 29. Oktober in Monaco lautete „Stärkung der Rolle der Frau im öffentlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben“. Hervorgehoben wurde die Bedeutung der Mittelmeerpartnerschaft der OSZE als Forum für den Austausch von Beispielen guter Praxis und die Förderung der Zusammenarbeit zwischen der Organisation und ihren Partnern. Weitere Themen waren die Bekämpfung des Menschenhandels und der Terrorismusfinanzierung, insbesondere die Frage der Lösegelderpressung durch Geiselnahme.

Bei einem Workshop in Tunesien stellte das BDIMR Vertretern von über 20 zivilgesellschaftlichen Beobachtergruppen sein Fachwissen über Wahlbeobachtung zur Verfügung. Das Büro druckte auch 1200 Exemplare seiner Handbücher über Wahlen auf Arabisch und verteilte sie an Ansprechpartner aus den Partnerländern im Mittelmeerraum.

Bei seinem Engagement für die Mittelmeerpartner tat sich das BDIMR mit UN-Institutionen, der Union für den Mittelmeerraum, dem *National Democratic Institute* (NDI), der

Internationalen Stiftung für Wahlsysteme (IFES), der Verfassunggebenden Nationalversammlung von Tunesien und der tunesischen Schule für Politik zusammen.

VOM BDIMR ORGANISIERT:

28 AKTIVITÄTEN MIT MITTELMEERPARTNERN FÜR ...
481 REGIERUNGSBEAMTE UND VERTRETER DER
ZIVILGESELLSCHAFT

Internationale, Regionale Und Subregionale Organisationen Und Institutionen

Die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen ist ein wichtiger Aspekt des Herangehens der OSZE an Fragen auf globaler und regionaler Ebene. Die Bedrohungen sind heute derart komplex und verflochten, dass sie eine enge Abstimmung zwischen verschiedensten internationalen Akteuren erforderlich machen. Die Zusammenarbeit erhöht die politische, finanzielle und operative Effizienz unserer Aktivitäten, dient der optimalen Nutzung der verfügbaren Ressourcen und reduziert unnötige Doppelarbeit.

Auch im Jahr 2013 nahm die Zusammenarbeit mit anderen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen, die im OSZE-Raum und außerhalb davon tätig sind, einen zunehmend wichtigeren Platz auf der Agenda der OSZE ein. Diese Zusammenarbeit war eine der Prioritäten des ukrainischen Vorsitzes, der 66 Organisationen zum Ministerratstreffen in Kiew einlud.

Am Rande der Eröffnung der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York traf der Generalsekretär der OSZE im September mit zehn Außenministern aus OSZE-Teilnehmerstaaten und drei Kooperationspartnern zusammen. Er führte auch eine Reihe bilateraler Gespräche mit leitenden Vertretern der Vereinten Nationen und anderer internationaler und regionaler Organisationen, wie der EU, der NATO und der Liga der arabischen Staaten. Darüber hinaus nahm er an zahlreichen multilateralen Veranstaltungen auf hoher Ebene teil, bei denen er auch Erklärungen abgab, darunter das Ministertreffen der Gruppe der Freunde der Mediation, unter dem gemeinsamen Vorsitz der Außenminister Finnlands und der Türkei, die Tagung hochrangiger Vertreter des Prozesses von Istanbul „im Herzen Asiens“ und das Ministertreffen der Gruppe der Freunde der Allianz der Zivilisationen der Vereinten Nationen.

VEREINTE NATIONEN

Das besondere Augenmerk der OSZE galt in diesem Jahr der Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen als der wichtigsten Partnerorganisation. Die Kontakte wurden sowohl auf politischer als auch auf Arbeitsebene intensiviert.

In seiner Rede vor dem UN-Sicherheitsrat ging der Amtierende Vorsitzende am 7. Mai auf die Bereiche ein, in denen aus Sicht des Vorsitzes die Zusammenarbeit mit der UNO vorrangig verstärkt werden soll.

Im Namen der OSZE nahm der ukrainische Vorsitz am 6. August auch an der Debatte des UN-Sicherheitsrats über die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und regionalen und subregionalen Organisationen bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in New York teil. Der Vorsitz betonte, dass es der OSZE darum gehe, in Schlüsselregionen, die beiden Organisationen Sorge bereiten, mehr Synergien mit den Vereinten Nationen zu schaffen und in Fragen wie der Befassung mit den Herausforderungen nach einem Konflikt und transnationalen Bedrohungen eng zusammenzuarbeiten.

Im Oktober traf der Generalsekretär mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zu Gesprächen zusammen, bei denen die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und den Vereinten Nationen, insbesondere im Hinblick auf Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen, sowie die Entwicklungen im OSZE-Raum und angrenzenden Regionen erörtert wurden.

Zweimal fanden auch Treffen des Generalsekretärs mit dem Stellvertretenden Generalsekretär der Vereinten Nationen statt, erst im Juni in Wien und dann im September in New York. Man besprach dabei Fragen wie präventive Diplomatie, Mediation, den Aufbau engerer operativer Beziehungen durch den Austausch von Mitarbeitern und die Verstärkung der Beziehungen zwischen den Vereinten Nationen und regionalen Organisationen im Sinne von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen.

Partnerschaften für Sicherheit und Zusammenarbeit

TREFFEN DES GENERALSEKRETÄRS MIT ANDEREN HOCHRANGIGEN VERTRETERN DER VEREINTEN NATIONEN IM JAHR 2013
Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR)
Hoher Beauftragter der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen
Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP)
Exekutivdirektor des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) und Generaldirektor des Büros der Vereinten Nationen in Wien (UNOV)
Generaldirektor des Büros der Vereinten Nationen in Genf (UNOG)
Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE)
Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten
Sonderbeauftragter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Afghanistan und Leiter der UNAMA
Sonderbeauftragte des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für die Verringerung des Katastrophenrisikos und Leiterin des Büros der Vereinten Nationen für die Verringerung des Katastrophenrisikos (UNISDR)
Hoher Beauftragter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für die Allianz der Zivilisationen
Beigeordneter Generalsekretär für Friedenssicherungseinsätze
Stellvertretende Exekutivdirektorin von UN-Frauen
Beigeordneter Generalsekretär für Rechtsstaatlichkeit und Sicherheitsinstitutionen in der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen (DPKO)
Direktor des Europabüros des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR)

Zusätzlich zu diesem aktiven Arbeitsprogramm unterzeichnete der Generalsekretär mehrere Vereinbarungen mit Organisationen der UNO-Familie, durch die die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen gestärkt und die Koordinierung der Planung und Implementierung von Programmen und Aktivitäten vorangetrieben werden sollen. Als Beispiele seien der im April unterzeichnete Gemeinsame Aktionsplan von UNODC und OSZE für 2013 – 2014, das im Oktober unterzeichnete Memorandum of Understanding mit UNDP und die Verlängerung

des Memorandum of Understanding mit dem Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (UNODA) genannt.

Auf Arbeitsebene wurde auf Initiative des Generalsekretärs der OSZE die Zusammenarbeit durch den erstmaligen Austausch von Mitarbeitern mit den Vereinten Nationen verstärkt, durch den die Kontakte auf Referatsebene angeregt, der Informationsaustausch gefördert und die Kenntnisse des Instrumentariums und der Verfahren der beiden Organisationen vertieft werden sollten. Zweimal fand im Laufe des Jahres 2013 ein derartiger Mitarbeiteraustausch statt, der erste zum Schwerpunkt des Engagements von UNO und OSZE in Osteuropa, der zweite zu mediationsbezogenen Aktivitäten.

Das jährliche Arbeitertreffen mit den Vereinten Nationen wurde von der OSZE im Juni in Wien ausgerichtet. Zur Diskussion standen regionale und andere Themen von gemeinsamem Interesse, die von Teilnehmern aus dem Sekretariat und den Institutionen der OSZE, von UNDPA, DPKO, UNDP und OHCHR erörtert wurden.

EUROPÄISCHE UNION

2013 wurde das Zusammenwirken mit der EU auf institutioneller Ebene weiter intensiviert. Der Generalsekretär sprach vor dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee der EU und dem Europäischen Parlament. Er traf mit Schlüsselpolitikern der Europäischen Union, wie der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, dem Präsidenten des Europäischen Rates und dem Präsidenten der Europäischen Kommission sowie mit dem für Erweiterung und europäische Nachbarschaftspolitik zuständigen Kommissionsmitglied zusammen.

Beim Ministertreffen mit der EU im Oktober in Luxemburg erörterte die OSZE-Troika die Entwicklungen in der gesamten Region mit dem Schwerpunktthema Langzeitkonflikte. Dabei führte der Amtierende Vorsitzende der OSZE gemeinsam mit dem litauischen Außenminister den Vorsitz. Anfang Juni war in Wien ein Treffen der Troika mit der EU auf Botschafterebene vorausgegangen, auf dem man sich über Fragen von gemeinsamem Interesse austauschte.

Es fanden auch zwei Treffen auf Mitarbeitererebene statt, bei denen Informationen, Erfahrungen und bewährte Verfahren zur Diskussion standen.

NATO

Die Urnengänge im nördlichen Kosovo waren beispielhaft für die ausgezeichnete Zusammenarbeit vor Ort zwischen der OSZE und der NATO. Die Kosovo-Truppe (KFOR) und die OSZE-Mission im Kosovo trafen gemeinsam Vorsorge für sichere und friedliche Wahlen.

Diese Zusammenarbeit auf praktischer Ebene wurde bei verschiedenen politischen Konsultationen auf hoher Ebene befürwortet, darunter auch bei den Gesprächen zwischen den beiden Generalsekretären im November in Brüssel. In diesem Monat sprach der Vorsitzende des Ständigen Rates vor dem Euro-atlantischen Partnerschaftsrat der NATO, den er über die Schlüsselthemen der Agenda des OSZE-Vorsitzes informierte.

Während des Jahres nahmen Mitarbeiter der beiden Sekretariate an Veranstaltungen der beiden Organisationen teil, die Gelegenheit zu einem regelmäßigen Informations- und Gedankenaustausch boten.

EUROPARAT

Die OSZE und der Europarat setzten ihren Informationsaustausch über Fragen von gemeinsamem Interesse fort. 2013 fanden zwei routinemäßige Treffen der Koordinierungsgruppe statt, die den Fortschritten in den vier Bereichen der verstärkten Zusammenarbeit galten.

Der ukrainische Vorsitz gab ein Reflexionsdokument zur Entwicklung einer wirksamen Interaktion zwischen den beiden Organisationen heraus, in dem er sich für den Aufbau einer zielorientierten Zusammenarbeit mit dem Europarat aussprach.

Am 9. Oktober hielt der Generalsekretär der OSZE eine Rede auf einer Tagung der stellvertretenden Minister des Europarats. Die Generalsekretäre beider Organisationen trafen sich am Rande der Tagung zu einem Gespräch über die Zusammenarbeit zwischen ihren Organisationen.

Am 19. Oktober sprach der Generalsekretär des Europarats vor dem Ständigen Rat der OSZE in Wien. Ebenso stellten die Vorsitzenden der beiden Organisationen in den Beschlussfassungsorganen der jeweils anderen Organisation ihre Prioritäten für das laufende Jahr vor. Das OSZE-Sekretariat nahm am 16. Mai an der 123. Tagung des Ministerkomitees des Europarats teil, umgekehrt war der Generalsekretär des Europarats beim 20. Treffen des OSZE-Ministerrats anwesend.

ANDERE ORGANISATIONEN

Der Generalsekretär kam in diesem Jahr mit den Leitern und hochrangigen Vertretern mehrerer internationaler, regionaler und subregionaler Organisationen zu bilateralen Treffen zusammen und nahm an einigen ihrer hochrangigen Veranstaltungen teil.

In den letzten Jahren wurde zwischen der OSZE und der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) ein enger und regelmäßiger Dialog auf institutioneller Ebene eingerichtet. 2013 sondierten die beiden Organisationen Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit im Bereich grenzüberschreitender Bedrohungen, wie der Terrorismusbekämpfung, der Bekämpfung des Drogen- und des Menschenhandels, der Bekämpfung der von Afghanistan ausgehenden Bedrohungen und der Grenzpatrouillen in Zentralasien. Vertreter der OVKS nahmen an einigen OSZE-Veranstaltungen teil, bei denen sie auch Beiträge lieferten, unter anderem am Ministerratstreffen in Kiew, an der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz im Juni und an den Security Days der OSZE im März und im Juni. Im Gegenzug beteiligten sich Vertreter der OSZE aktiv an der hochrangigen OVKS-Friedenssicherungskonferenz im November und nahmen im Dezember am Treffen der OVKS-Arbeitsgruppe zu Afghanistan in Moskau teil.

Zur Förderung der Zusammenarbeit und gemeinsamer Konzepte standen Mitarbeiter der Organisation auch im Kontakt mit Vertretern anderer internationaler Gremien, darunter

- die Internationale Organisation für Migration (IOM)
- die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW)
- Interpol
- das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)
- die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE)
- die Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS)

- die Konferenz über Zusammenwirken und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien (CICA)
- der Schanghai-Kooperationsorganisation (SCO)
- der Kooperationsrat turksprachiger Staaten (CCTS)
- die Parlamentarische Versammlung der turksprachigen Länder (TURKPA)
- die Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation (BSEC)
- die Zentraleuropäische Initiative (CEI)
- die Organisation für Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung (GUAM)
- der Regionale Kooperationsrat (RCC)
- der Südosteuropäische Kooperationsprozess (SEECP)
- das Zentrum für Sicherheitskooperation (RACVIAC)
- die Gemeinschaft der Demokratien

SEKRETARIAT

Auf der Grundlage des gemeinsamen Aktionsplans für 2013 – 2014 setzte die ABTEILUNG GRENZÜBERSCHREITENDE BEDROHUNGEN die enge Zusammenarbeit mit UNODC auch in diesem Jahr fort. Gemeinsam befasste man sich mit

- der Entwicklung eines Leitfadens für Polizeireform im Rahmen einer Reform der gesamten Strafrechtspflege,
- einer gemeinsamen Konferenz über die Verhütung des illegalen Internet-Drogenhandels und
- einem gemeinsamen Projekt mit der IOM über die Zusammenhänge zwischen illegaler Migration und Migranten als Opfern transnationaler Kriminalität.

Mit mehreren Organisationen tauschte sich die Abteilung laufend aktiv über gemeinsame Bemühungen zur Unterstützung der Staaten bei der wirksamen Auseinandersetzung mit grenzüberschreitenden Bedrohungen aus, darunter insbesondere Terrorismus und illegaler Drogenhandel. Erwähnt seien insbesondere die folgenden Organisationen:

- EU
- Europarat
- NATO
- Zentralasiatisches regionales Informations- und Koordinationszentrum (CARICC)
- GUS und deren Zentrum für Terrorismusbekämpfung
- OVKS
- SCO

In Bezug auf die Verstärkung der Zusammenarbeit in Strafsachen bei der Terrorismusbekämpfung, den Umgang mit gewaltbereitem Extremismus und gewaltbereiter Radikalisierung als Wegbereiter des Terrorismus und die Verstärkung der Sicherheit von Reisedokumenten arbeitete die Abteilung mit verschiedenen Gruppen des Arbeitsstabs Terrorismusbekämpfung der Vereinten Nationen zusammen, unter anderem mit

- dem Exekutivdirektorium des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus,
- der Unterabteilung Terrorismusverhütung des UNODC und
- INTERPOL,

und anderen, wie der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation. Sie nahm auch an mehreren Arbeitsgruppensitzungen des Globalen Forums Terrorismusbekämpfung teil und setzte sich für die Förderung der Strafrechtssysteme ein.

Gemeinsam mit verschiedenen anderen Organisationen befasste sich die Abteilung mit Grenzsicherheits- und -managementfragen, von denen einige angeführt seien:

- UNODC
- UNHCR
- IOM
- Internationales Zentrum für Migrationspolitikentwicklung (ICMPD)
- Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF)
- RACVIAC
- George Marshall Centre
- Weltzollorganisation (WZO)
- Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Frontex)
- OVKS
- Rat der Leiter der GUS-Grenzschutzdienste
- EU-Missionen, wie etwa die Mission zur Unterstützung des Grenzschutzes zwischen der Republik Moldau und der Ukraine (EUBAM) und das Grenzschutzprogramm für Zentralasien (BOMCA)

Viele dieser Organisationen bieten in Zusammenarbeit mit der OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement in Tadschikistan Ausbildungskurse für Teilnehmerstaaten und Kooperationspartner an.

Im Bereich der Sicherheit des Internets sowie der Sicherheit der Informations- und Kommunikationstechnik wurde die Zusammenarbeit mit UN, EU, Europarat und NATO verstärkt.

In Bezug auf Internetkriminalität, insbesondere im Bereich der Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern über das Internet, arbeitete die Abteilung mit Europol, Interpol und dem Online-Zentrum gegen Kindesmissbrauch (CEOP) zusammen.

Das KONFLIKTVERHÜTUNGSZENTRUM arbeitete 2013 mit verschiedenen internationalen Organisationen zusammen. Gemeinsam mit UN und EU führte die Organisation den Vorsitz bei vier Runden der Internationalen Genfer Gespräche. Zusammen mit der Überwachungsmission der Europäischen Union in Georgien ermöglichte die OSZE auch elf Treffen im Rahmen des Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen in Ergneti.

Ausgehend von einer Einladung der Parteien des Dialogs zwischen Belgrad und Priština unter EU-Führung an die OSZE, die Kommunalwahlen in vier Gemeinden im Nordkosovo zu erleichtern, kam es im Vorfeld des Einsatzes zur Wahlerleichterung zu einer engen Zusammenarbeit zwischen dem KVZ und dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD).

Gemeinsam mit UNHCR beteiligte sich das Zentrum ebenso wie die Entwicklungsbank des Europarats, die Europäische Kommission und das US-Außenministerium an den vereinten internationalen Bemühungen zur Unterstützung der Umsetzung des regionalen

Wohnraumbeschaffungsprogramms. Ziel dieses Fünfjahresprogramms, das auf der Geberkonferenz in Sarajewo im April 2012 beschlossen wurde, ist die Schaffung einer dauerhaften Lösung für die rund 74 000 Flüchtlinge und Binnenvertriebenen aus dem Konflikt 1991 –1995, die als dringend erachtet werden. An dieser Initiative sind auch drei OSZE-Feldoperationen, die Missionen in Bosnien und Herzegowina, in Montenegro und in Serbien, aktiv beteiligt.

Ebenfalls gemeinsam mit UNHCR erstellte das Zentrum eine Checkliste für die Feststellung der Schutzwürdigkeit von Personen, die von Binnenvertreibung bedroht oder betroffen sind. Diese Checkliste stellt ein vorbildliches Verfahren für institutionelle Zusammenarbeit in Konfliktzyklusfragen dar.

Im Bereich der Mediationsunterstützung hat das KVZ seine Zusammenarbeit mit anderen Organisationen intensiviert. Mitarbeiter der Vereinten Nationen nahmen an einem Mediationskurs der OSZE teil und Sachverständige des verfügbaren Teams der Vereinten Nationen für Vermittlung besuchten verschiedene Mediationsveranstaltungen der OSZE. Sowohl auf strategischer als auch auf Arbeitsebene wurde ein Austausch zwischen dem KVZ und einem Mediationsunterstützungsteam des EAD eingerichtet, der auch gegenseitige Einladungen zu Mediationsausbildungskursen umfasst.

Zusammen mit der Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen veranstaltete das KVZ eine gemeinsame Konferenz von OSZE, UNODA, UNODC und INTERPOL zum Thema Rückverfolgung illegaler Kleinwaffen und leichter Waffen. Das OSZE-Sekretariat und UNODA verlängerten auch ein Memorandum of Understanding für die gemeinsame Projektdurchführung betreffend die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme in Beantwortung von Ersuchen von OSZE-Teilnehmerstaaten.

Die Vernichtung von 1 450 Tonnen instabiler und überschüssiger Munition beschloss Phase II und III des gemeinsamen OSZE/UNDP-Projekts. In Belarus wurde Phase II eines gemeinsamen Projekts zum Kapazitätsaufbau für Kleinwaffen und leichte Waffen mit der Sicherheitsaufrüstung von zwei Lagerungseinrichtungen fortgesetzt. Im Sommer wurde in Georgien ein Projekt zur Vernichtung von 1 288 Streubomben abgeschlossen, in dessen Zuge auch 19 Raketen zerstört wurden, die Georgien 1992 aus Moldau bezogen hatte. Im Oktober ging auch die erste Phase – die Vernichtung von 162 Tonnen Napalmpulver – eines gemeinsamen OSZE/UNDP-Projekts in Serbien zu Ende. Im Herbst fiel der Startschuss zu einem Projekt zur Sicherheitsaufrüstung von Munitionslagerstätten in Bosnien und Herzegowina.

Das KVZ intensiviert auch die Zusammenarbeit mit der EU, die zur Unterstützung der Nichtverbreitung illegaler Kleinwaffen und leichter Waffen in der OSZE-Region rund 800 000 Euro beisteuerte.

ABTEILUNG GENDERFRAGEN: Im Oktober war die OSZE erstmals auf der jährlichen offenen Debatte des UN-Sicherheitsrats zu Frauen, Frieden und Sicherheit mit einem Beitrag vertreten. Die Leitende Beraterin der OSZE für Genderfragen erläuterte in ihrer Erklärung, wie die OSZE mit ihrer Arbeit im Bereich Frauen, Frieden und Sicherheit Wesentliches zur Erhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beiträgt.

„Selbstverständlich liegt die Hauptverantwortung dafür, dass die Resolutionen zu Frauen, Frieden und Sicherheit in konkrete Handlungen umgesetzt werden, bei den Staaten, doch

kommt auch regionalen Organisationen wie der OSZE, die sich für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit einsetzen, eine anerkannte Rolle zu.“

Botschafterin Miroslava Beham, Leitende Beraterin der OSZE für Genderfragen, am 18. Oktober 2013 vor dem UN-Sicherheitsrat.

Die Abteilung ging 2013 auch zwei neue Partnerschaften ein:

- gemeinsam mit dem *Business Council for Peace* verfolgt sie das Ziel, selbständig wirtschaftlich tätige Frauen in Zentralasien dabei zu unterstützen, sich in ihren Gemeinschaften als Führungsfiguren für Frieden und wirtschaftliche Prosperität zu profilieren;
- gemeinsam mit Promundo will sie Männer und Jugendliche dafür gewinnen, am MenEngage-Netz der OSZE teilzunehmen und gegen geschlechtsbezogene Gewalt aufzutreten.

Die Abteilung setzte ihre Zusammenarbeit mit mehreren Organisationen fort, die sich mit der Einbindung von Frauen in die Konfliktlösung, die Vermittlung und den Sicherheitssektor befassen, wie etwa:

- UN-Frauen
- UNDPA
- Friedensforschungsinstitut
- DCAF

Zur Erhebung von Daten über die Verbreitungsrate geschlechtsbezogener Gewalt in der OSZE-Region arbeitete die Abteilung mit der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) zusammen; gemeinsam mit dem Europarat setzte sie sich für die Förderung der Konvention von Istanbul zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt ein.

Das BÜRO DER SONDERBEAUFTRAGTEN UND KOORDINATORIN FÜR DIE BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS baute die bilaterale Zusammenarbeit mit Partnern der Allianz gegen den Menschenhandel weiter aus. Anlässlich des Europäischen Tages gegen Menschenhandel am 18. Oktober rief die Sonderbeauftragte zusammen mit der Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen über den Menschenhandel, insbesondere den Frauen- und Kinderhandel, und dem Vorsitz der Expertengruppe des Europarats für die Bekämpfung des Menschenhandels zu einer konzertierten und menschenrechtsbasierten weltweiten Aktion gegen den Menschenhandel auf.

Das BÜRO DES KOORDINATORS FÜR WIRTSCHAFTS- UND UMWELTAKTIVITÄTEN DER OSZE ging Partnerschaften mit

- dem UNODC,
- der OECD,
- der Weltbank,
- dem Internationaler Währungsfonds (IWF),
- der Financial Action Task Force,
- dem Europarat

und anderen in den Bereichen Förderung von Good Governance und Korruptionsbekämpfung, Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung ein.

Das Büro arbeitete auch mit IOM und ILO in Fragen der Migrationssteuerung, mit der UNECE in Verkehrsfragen und mit der WZO in Zollfragen zusammen.

In Fragen der Wasserbewirtschaftung, der Einbindung der Öffentlichkeit in Umweltentscheidungen und der nachhaltigen Energie gab es eine Zusammenarbeit zwischen UNECE und dem Büro. Der Koordinator setzte auch die Entwicklung einer engen Zusammenarbeit mit den ENVSEC-Partnerorganisationen fort. In Fragen des Klimawandels und der Sicherheit arbeitete das Büro mit dem Stabilitätsinstrument der Europäischen Kommission zusammen. In Energiefragen nahm es einen regelmäßigen Austausch mit Mitgliedern des Vienna Energy Club, dem Energiecharta-Sekretariat, der EU-Generaldirektion Energie, der Internationalen Energieagentur und der Internationalen Agentur für erneuerbare Energien auf.

INSTITUTIONEN

Die Institution HOHER KOMMISSAR FÜR NATIONALE MINDERHEITEN stand – unter Einhaltung der gebotenen Vertraulichkeit – in enger Zusammenarbeit mit einschlägigen Organen und Experten der Vereinten Nationen, des Europarats und der EU. Fortsetzung fanden in diesem Jahr auch die wechselseitige Teilnahme der Mitarbeiter an wichtigen Veranstaltungen der anderen drei Institutionen sowie der Dialog auf Expertenebene. Zivilgesellschaftliche Organisationen, insbesondere von Minderheitengemeinschaften, waren wichtige Gesprächspartner des Hohen Kommissars/der Hohen Kommissarin bei seinen/ihren Länderbesuchen. In mehreren Ländern arbeitete die Institution auch mit NGOs als Implementierungspartnern zusammen.

Die BEAUFTRAGTE FÜR MEDIENFREIHEIT befasste sich gemeinsam mit Sonderberichterstatern der Vereinten Nationen, der OAS und der Afrikanischen Kommission für Menschenrechte und Rechte der Völker mit der Ausarbeitung einer Erklärung zum Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung und der Vielfalt bei der Umstellung auf digitale terrestrische Übertragung, in der es in erster Linie um Möglichkeiten zur Sicherstellung des Umfeldes für pluralistische Medien beim digitalen Switchover ging.

Das Büro nahm an mehreren mit der UNESCO und deren Organen abgestimmten Veranstaltungen teil, von denen eine der Frage galt, wie man mit Online-Inhalten umgeht, ohne die Grundsätze der freien Meinungsäußerung zu verletzen.

Die Beauftragte referierte auch auf einer Konferenz des Europarats zum Thema Förderung des Rechts auf freie Meinungsäußerung im digitalen Zeitalter und zur Erörterung von Möglichkeiten zum besseren Schutz von Journalisten.

Das BÜRO FÜR DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN UND MENSCHENRECHTE (BDIMR) setze seine eingespielte Wahlbeobachtungspartnerschaft mit den Delegationen der Parlamentarischen Versammlungen der OSZE, des Europarats und der NATO sowie des Europäischen Parlaments fort.

Die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Wahlbeobachtungsorganisationen wurde weiter ausgebaut. Im September war das Büro Gastgeber des achten Jährlichen

Implementierungstreffens für Befürworter der Grundsatzerklärung für die internationale Wahlbeobachtung, der sich inzwischen mehr als 40 Organisationen angeschlossen haben.

In den Bereichen legislative Unterstützung, demokratische Regierungsführung und Rechtstaatlichkeit arbeitete das BDIMR eng mit dem Europarat zusammen. Gemeinsam mit der Kommission des Europarats für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission) gab das Büro Gutachten zu Rechtsvorschriften in der menschlichen Dimension, unter anderem zu Wahlgesetzen, ab. Im April veranstaltete es zusammen mit dem Europarat eine Tagung in Armenien zum Thema Justizreform.

Mit der Staatengruppe des Europarats gegen Korruption kooperierte das Büro in Fragen der Parteien- und Kandidatenfinanzierung auf einem Expertenseminar zur Regulierung politischer Parteien im Juli in Warschau und einer Konferenz zu bewährten Verfahren für die Parteien- und Wahlkampffinanzierung im Oktober in Skopje.

Auf dem Gebiet der Rechtstaatlichkeit und Gleichstellung der Geschlechter arbeitete das BDIMR mit UN-Institutionen zusammen. Im Mai veranstaltete es in Zusammenarbeit mit OHCHR und UNODC in Bischkek eine regionale Expertenrunde zur Prozesskostenhilfe in Zentralasien. Diese Tagung bot eine Plattform für einen fachlichen Austausch zwischen Vertretern der Rechtsberufe aus allen fünf zentralasiatischen OSZE-Teilnehmerstaaten. Für die Abhaltung des regionalen Workshops „Equal and Empowered – Women’s equal participation in politics“, auf dem im Juni in Chişinău bewährte Verfahren für die Einführung gemeinsamer Fraktionssitzungen für Parlamentarierinnen vorgestellt wurden, tat sich das Büro mit UNDP zusammen.

Gemeinsam mit der Europäischen Kommission, mit FRA, OHCHR und UNHCR war das Büro in der Bekämpfung von Rassismus und Intoleranz aktiv. Das BDIMR bildete Vertreter der OSZE-Feldoperationen, von UNHCR und IOM im Umgang mit Religions- und Glaubensfreiheit und Hassverbrechen aus. Zur Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung arbeitete das BDIMR mit seinem Expertenbeirat für Religions- und Glaubensfreiheit eng mit der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken, dem Europäischen Rat der Religionsführer und der Vereinigung Europäischer Polizeiakademien zusammen.

Auf der Suche nach neuen Wegen der Zusammenarbeit hielt die PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG DER OSZE (PV) 2013 noch stärker als bisher Kontakt mit Partnerorganisationen. Auf Initiative des Generalsekretärs der PV der OSZE fanden regelmäßige Konsultationen zwischen den Generalsekretären der Parlamentarischen Versammlungen von NATO, Europarat und OSZE statt, deren Ziel die Verstärkung der Zusammenarbeit bei der Wahlbeobachtung und bei anderen Aktivitäten ist. Der Präsident und der Generalsekretär der Versammlung besuchten 2013 nicht nur Partnerorganisationen, sondern trafen im November auch mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zusammen. Sie erörterten den Nutzen, den eine verstärkte Einbindung der Versammlung für die Arbeit der Vereinten Nationen, insbesondere im Hinblick auf Langzeitkonflikte im OSZE-Raum, bringen kann.

HERAUSRAGENDE BEISPIELE FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT VOR ORT

SÜDOSTEUROPA

Die PRÄSENZ IN ALBANIEN arbeitete mit der EU in den Bereichen Polizeiunterstützung und –ausbildung zusammen. Mit dem Europarat organisierte sie Ausbildungskurse für Wahlhelfer in den Wahlausschüssen. Europarat und UNDP waren ihre Partner bei der Planung und Durchführung einer Territorialen Verwaltungsreform. Gemeinsam mit UNDP setzte sich die Präsenz für die Einbindung der Öffentlichkeit in Umweltfragen ein, mit dem Partner EURALIUS-Mission der EU arbeitete sie an einer Reform der Strafprozessordnung.

Die MISSION IN BOSNIEN UND HERZEGOWINA tat sich in Rüstungskontrollinitiativen mit UNDP, NATO und EU zusammen, mit der EU arbeitete sie am Strukturierten Justizdialog, an der Unterstützung inländischer Kriegsverbrecherprozesse und der Bildungsreform; die Zusammenarbeit mit dem Europarat galt der örtlichen Verwaltung, Bildung, Gefängnisreform und Vollstreckung von Gerichtsurteilen und jene mit UNHCR dauerhaften Lösungen für Binnenvertriebene, Flüchtlinge und Rückkehrer; die Zusammenarbeit mit UNICEF bezog sich auf die Bildungsreform.

Die MISSION IM KOSOVO befasste sich in Zusammenarbeit mit EULEX, UN-Institutionen, KFOR, Europarat und anderen Partnern mit Initiativen zum Kapazitätsausbau der Institutionen, zur Stärkung der Zivilgesellschaft und zur Förderung der Menschenrechte, insbesondere der Rechte der Gemeinschaften. Sie befasste sich darüber hinaus unter anderem mit der Wiedereingliederung der Rückkehrer und Rücksiedler, Sprachenrechten, der Einhaltung der Menschenrechte in den Medien, Antidiskriminierungsgesetzen und der Gleichstellung der Geschlechter.

Die MISSION IN MONTENEGRO arbeitete mit der EU am Reformprozess, insbesondere in Bereichen, in denen Montenegro die Erfordernisse für einen EU-Beitritt erfüllen muss. Gemeinsam mit der EU, dem DCAF, und dem Internationalen Hilfs- und Ausbildungsprogramm für die Untersuchung von Verbrechen (ICITAP) bemühte sich die Mission um die Stärkung der Kapazitäten der rechtsstaatlichen Institutionen im Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität. Die Zusammenarbeit mit der Europäischen Rundfunkunion zur Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wurde fortgesetzt. Gemeinsam mit UNDP veranstaltete die Mission eine Geberkonferenz, um die Finanzierung für den Abschluss eines Entmilitarisierungsprogramms zu sichern. Mit UNHCR und EU organisierte die Mission Reisen für Binnenvertriebene in ihre Heimatgemeinden im Kosovo, damit sich diese dort Identitätsnachweise beschaffen konnten.

Die MISSION IN SERBIEN arbeitete mit mehreren UN-Organen, darunter auch UNDP, an einem Kapazitätsentwicklungsprogramm zur Verwaltung von Lagerbeständen konventioneller Munition. Gemeinsam mit UNOHCHR unterstützte sie die staatlichen Behörden bei der Ausarbeitung eines Folgemechanismus für die Empfehlungen zur Lage der Menschenrechte und Beschlüsse der UN-Vertragsorgane zu Individualbeschwerden. Sie arbeitete auch mit dem Europarat zusammen, um den Justizreformprozess, Menschenrechte, Korruptionsbekämpfung und Demokratisierung zu unterstützen. In Flüchtlingsangelegenheiten setzte sie sich gemeinsam mit UNHCR und EU für dauerhafte Lösungen für bedürftige Flüchtlinge ein. Mit der EU kooperierte sie bei der Justizreform, der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Beobachtung von Kriegsverbrecherprozessen, der

Transparenz in der Wirtschaft, der Medienrechtsreform und der sozialen Eingliederung der Roma; die Zusammenarbeit mit dem DCAF betraf den Sicherheitsbereich und die Verantwortung und Rechenschaftspflicht in Bezug auf nachrichtendienstliche Erkenntnisse.

Im Rahmen der Bemühungen zur begleitenden Kontrolle der Umsetzung des Rahmenabkommens von Ohrid arbeitete die MISSION IN SKOPJE mit der EU, der NATO, der UNESCO und UNDP zusammen. Gemeinsam mit EULEX und KFOR bemühte sie sich um eine Verbesserung der Grenzsicherung, mit dem DCAF um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und mit ICITAP und der EU um die Polizeireform. In Fragen der Justizreform arbeitete die Mission mit dem *Office of Overseas Prosecutorial Development, Assistance and Training* (OPDAT), der EU, UNICEF, UNHCR, dem IKRK, und der *American Bar Association Law Initiative* (ABA-ROLI) zusammen. Im Bereich demokratischer Regierungsführung setzte sie die Zusammenarbeit mit EU, USAID, UNICEF und UNDP fort.

OSTEUROPA

Die MISSION IN MOLDAU arbeitete im Kampf gegen den Menschenhandel, häusliche Gewalt und Diskriminierung und in Menschenrechtsfragen mit der EU, UN-Organen, der IOM und dem Europarat zusammen.

Der PROJEKTKOORDINATOR IN DER UKRAINE setzte seine Zusammenarbeit mit der NATO im Hinblick auf ein soziales Eingliederungsprojekt fort, tat sich mit EUBAM zur Ausbildung von Grenzschwachposten zusammen und arbeitete mit dem Genfer Internationalen Zentrum für humanitäre Minenräumung (GICHD) an Standards für Minenräumung und Munition. Gemeinsam mit der EU arbeitete der Projektkoordinator an einem Vorhaben zum Ausbau der Kapazitäten der Verwaltungsgerichte; seine Zusammenarbeit mit dem Europarat, der IOM und dem UNDP galt der Verhütung des Menschenhandels, der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Bekämpfung der Internetkriminalität.

SÜDKAUKASUS

Das BÜRO IN BAKU und der Europarat arbeiteten an einem Projekt zur Überwachung von Strafvollzugsanstalten zusammen. Die gemeinsame Arbeit mit dem UNHCR und der IOM galt der Bekämpfung des Menschenhandels, mit der EBWE dem Kapazitätsaufbau von kleinen und mittleren Unternehmen. Ein gemeinsames Projekt mit der UNECE hatte einen nationalen Dialog über Wasserbewirtschaftung zum Ziel, mit der EU gemeinsam verfolgte man ein Integriertes Flussgebietsmanagement und mit dem UNDP Projekte für des Programms *Civic Action for Security and Environment*.

Das BÜRO IN ERIWAN arbeitete mit der Weltbank am Guillotine-Projekt gegen Überregulierung und unterstützte gemeinsam mit der EU die Präsidentenwahl. Mit dem DCAF leistete es Hilfestellung bei der Reform des Sicherheitssektors und mit den ENVSEC-Partnern arbeitete es bei Umweltprojekten zusammen. Gemeinsam mit dem Europarat, der EU, den Vereinten Nationen, der Asiatischen Entwicklungsbank, der EBWE, dem IWF und der Weltbank befasste es sich mit Korruptionsbekämpfung, Polizeiunterstützung, Menschenrechten, Wirtschaftsreformen, Umweltfragen, Justizreform, Medien, Genderfragen, Bekämpfung des Menschenhandels und Migration.

ZENTRALASIEN

Das ZENTRUM IN ASCHGABAT befasste sich auch in diesem Jahr gemeinsam mit internationalen Partnern mit Projekten zur Unterstützung Turkmenistans bei der weiteren

Verbesserung der Sicherung und Verwaltung von Lagerbeständen von Kleinwaffen, leichten Waffen und konventioneller Munition.

Das ZENTRUM IN ASTANA arbeitete mit verschiedenen UN-Organen und -Gremien zusammen – mit dem UNODC in Fragen der Strafverfolgung, mit UNOHCHR betreffend Menschen- und Flüchtlingsrechte, mit der UNECE in Bezug auf Transparenz und nachhaltige Entwicklung, mit der WZO hinsichtlich Handelserleichterungen, mit der UNESCO in Fragen der Journalistenausbildung und des Klimawandels und mit UN-Frauen in Genderfragen wie geschlechtsspezifischer Arbeitsmigration. Das Zentrum war auch Partner der IOM im Kampf gegen den Menschenhandel und bei der Förderung der Migrationssteuerung. Über das BOMCA-Programm war es auch mit der Justizreform und dem Grenzmanagement befasst. In Fragen der integrierten Wasserbewirtschaftung kooperierte das Zentrum mit dem Regionalzentrum der Vereinten Nationen für vorbeugende Diplomatie für Zentralasien (UNRCCA) und dem Internationalen Fonds zur Rettung des Aralsees.

Das ZENTRUM IN BISCHKEK engagierte sich mit den Vereinten Organisationen, der EU und anderen Partnern für Aussöhnung, Konfliktverhütung, Friedenskonsolidierung und Mediation und arbeitete gemeinsam mit dem BOMCA-Programm, der IOM und dem UNODC an grenzbezogenen Projekten. Terrorismusbekämpfung und Initiativen zu Kleinwaffen und leichten Waffen waren Gegenstand der Zusammenarbeit mit dem UNODC und der EU. Bei verschiedenen Aktivitäten der menschlichen Dimension stimmte das Zentrum seine Tätigkeit mit der EU, dem IKRK, dem OHCHR und UN-Organen ab.

Das BÜRO IN TADSCHIKISTAN tat sich bei seiner Tätigkeit in Grenzsicherheits- und Grenzmanagementfragen mit dem UNDP, dem *Border Management Northern Afghanistan* der EU (BOMNAF), DCAF, UNODC, IOM, UNHCR, UNDP, dem Dienst für Antiminenprogramme der Vereinten Nationen, der Umsetzungsgruppe der Ottawa-Konvention und dem GICHD zusammen. Zum Thema Politischer Dialog arbeitete das Büro mit dem UNRCCA zusammen, in Umwelt- und Wirtschaftsfragen mit dem OECD-Korruptionsbekämpfungsnetz, dem *Organized Crime and Corruption Reporting Project*, der IFC, der WZO und ENVSEC, in der menschlichen Dimension mit UN-Frauen (politische Teilhabe, Gleichstellung und Verhütung häuslicher Gewalt), mit IOM, ILO, UNHCR und UNODC (Menschenhandel und Fragen der erzwungenen Migration) sowie mit EU, IKRK, UNICEF, OHCHR und UNDP (internationale Menschenrechtsnormen).

Der PROJEKTKOORDINATOR IN USBEKISTAN koordinierte seine Aktivitäten mit den Vereinten Nationen, BOMCA und dem EU-Projekt zur Unterstützung von Strafjustizreformen in Usbekistan. Die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen erstreckten sich im Wesentlichen auf Fragen der Korruptionsbekämpfung, der Bekämpfung des Menschenhandels, der Polizeiarbeit und der Umsetzung der Empfehlungen des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen und der Vertragsorgane zu Usbekistan betreffenden Menschenrechtsfragen.

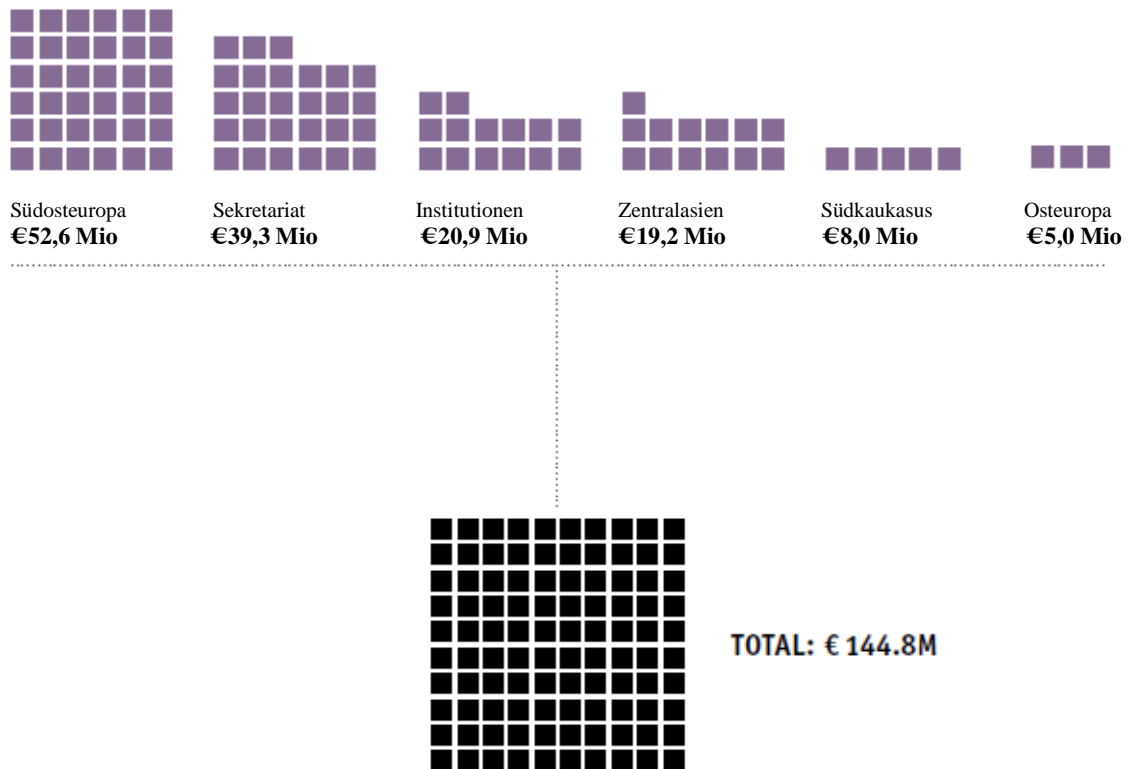
ANHÄNGE

Personal*																							
Nationalität	Kosovo	Bosnien und Herzegowina	Skopje	Serbien	Montenegro	Albanien	Baku	Eriwan	Pers. Beauftr. d. AV f. d. Minsk-Konferenz	Moldau	Ukraine	Astana	Aschgabat	Bischkek	Tadschikistan	Usbekistan	Feldoperationen gesamt	Sekretariat	Beauftragte Medienfreiheit	HKNM	BDIMR	Sekretariat und Institutionen gesamt	SUMME
Armenien		1												1			2	1			2	3	5
Aserbaidschan																		1				1	1
Belarus	1												1				2	2			2	4	6
Belgien																		2			1	3	3
Bosnien und Herzegowina	11			2											1		14	4	1		2	7	21
Bulgarien	1						1		1			1	1	3	1		9	1				1	10
Dänemark															1	1	2		1		1	2	4
Deutschland	2	4	4	1		2				1		1	1	2	3	1	22	22	1	2	7	32	54
die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	18														1		19				1	1	20
Estland										2							2			1		1	3
Finnland	2	1	1												1		5	4		3		7	12
Frankreich	6	3	2	1		1	2			1				1	1		18	11		2	4	17	35
Georgien	4		1										1	1	2		9	3			3	6	15
Griechenland	4		1											2			7	1				1	8
Irland	7	6	2	3	1										1		20	1			1	2	22
Island	1																1						1
Italien	11	7	1	4	1	1	1							2	1		29	14			4	18	47
Kanada	7	1		1		1								2			12	11			5	16	28
Kasachstan											1			1			2	3	1		2	6	8
Kirgisistan		1					1										2	1			1	2	4
Kroatien	5	2	1														8	2	1			3	11
Lettland	1																1			1	1	2	3
Litauen																		2				2	2

Gesamthaushalt

	GESAMT- HAUSHALT (€)	% VOM GESAMT- BETRAG
TEILHAUSHALTE FÜR DAS SEKRETARIAT UND DIE INSTITUTIONEN		
Sekretariat	39.269.700	27%
Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte	16.039.300	11%
Hoher Kommissar für nationale Minderheiten	3.407.600	2%
Beauftragter für Medienfreiheit	1.451.600	1%
TEILHAUSHALTE FÜR DAS SEKRETARIAT UND DIE INSTITUTIONEN GESAMT	60.168.200	42%
TEILHAUSHALTE FÜR DIE OSZE-FELDOPERATIONEN		
Südosteuropa		
Mission im Kosovo	20.512.800	14%
Aufgaben in Bosnien und Herzegowina	13.294.100	9%
Mission in Serbien	6.909.500	5%
Präsenz in Albanien	3.040.600	2%
Mission in Skopje	6.564.300	5%
Mission in Montenegro	2.243.900	2%
Südosteuropa gesamt	52.565.200	36%
Osteuropa		
Mission in Moldau	2.125.200	1%
Projektkoordinator in der Ukraine	2.826.000	2%
Vertreter in der Gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militärangehörige	9.300	0,01%
Osteuropa gesamt	4.960.500	3%
Südkaucasus		
Büro in Eriwan	2.791.400	2%
Büro in Baku	2.829.900	2%
Hochrangige Planungsgruppe	245.100	0,17%
Minsk-Prozess	927.500	1%
Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz befasst	1.167.000	1%
Südkaucasus gesamt	7.960.900	5%
Zentralasien		
Zentrum in Astana	2.148.400	1%
Zentrum in Aschgabat	1.511.700	1%
Zentrum in Bischkek	6.810.400	5%
Projektkoordinator in Usbekistan	1.979.100	1%
Büro in Tadschikistan	6.718.200	5%
Zentralasien gesamt	19.167.800	13%
TEILHAUSHALTE FÜR DIE OSZE-FELDOPERATIONEN GESAMT	84.654.400	58%
GESAMTBETRAG	144.822.600	100 %

TEILHAUSHALTE FÜR DAS SEKRETARIAT, DIE INSTITUTIONEN UND DIE OSZE-FELDOPERATIONEN NACH REGIONEN*



* Zahlen auf 100 000 EUR gerundet

Zugesagte Mittel und Ausgaben

GEBER	GENEHMIGTE ZUSAGE (€)	%
Andorra	20.000	0,09%
Dänemark	801.044	3,78%
Deutschland	1.445.148	6,83%
ENVSEC-Treuhandfonds	211.515	1,00%
Europäische Kommission	1.705.000	8,05%
Europäische Union	6.189.487	29,23%
Finnland	293.246	1,38%
Frankreich	75.000	0,35%
Irland	100.000	0,47%
Japan	642.154	3,03%
Kasachstan	10.414	0,05%
Liechtenstein	168.999	0,80%
Luxemburg	128.000	0,60%
Monaco	50.250	0,24%
Niederlande	527.031	2,49%
Norwegen	699.996	3,31%
Norwegian Institute of International Affairs	45.737	0,22%
Österreich	252.340	1,19%
Polen	72.286	0,34%
Russische Föderation	25.000	0,12%
Serbien	14.000	0,07%
Schweden	1.461.877	6,90%
Schweiz	2.622.285	12,38%
Slowakei	15.000	0,07%
Slowenien	5.000	0,02%
Südkorea	7.360	0,03%
Tschechische Republik	43.200	0,20%
Türkei	56.000	0,26%
Ungarn	120.000	0,57%
Vereinigte Staaten von Amerika	1.836.254	8,67%
Vereinigtes Königreich	1.516.154	7,16%
Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa	14.332	0,07%
GESAMT	21.174.109	100%

Genehmigte Zusagen 2004 bis 2013



Genehmigte Zusagen 2013 gesamt: €21 174 109

Gesamtzahl der Zusagen: 192

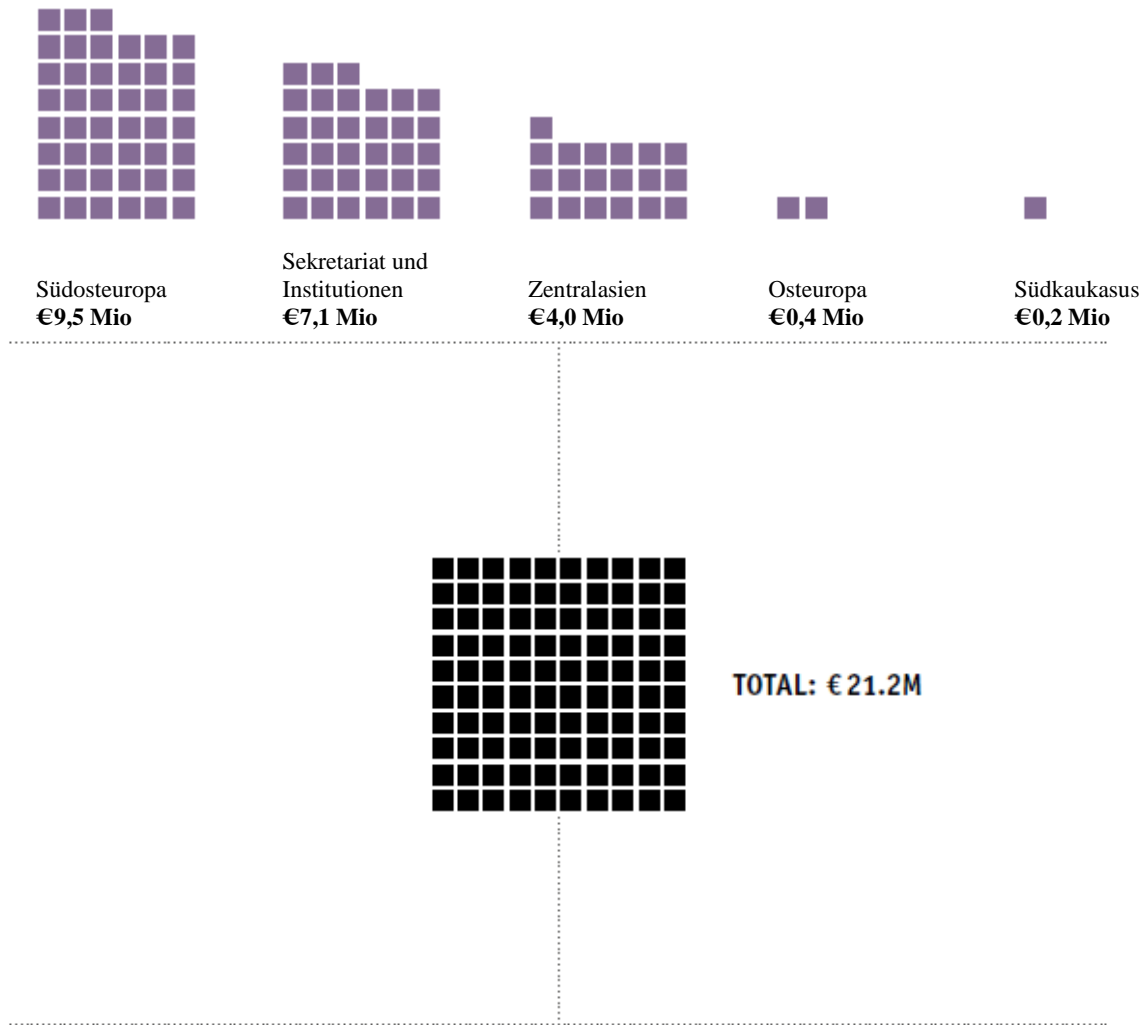
Erhaltene Mittel gesamt:* €30 069 824

* einschließlich genehmigter Zusagen aus früheren Jahren

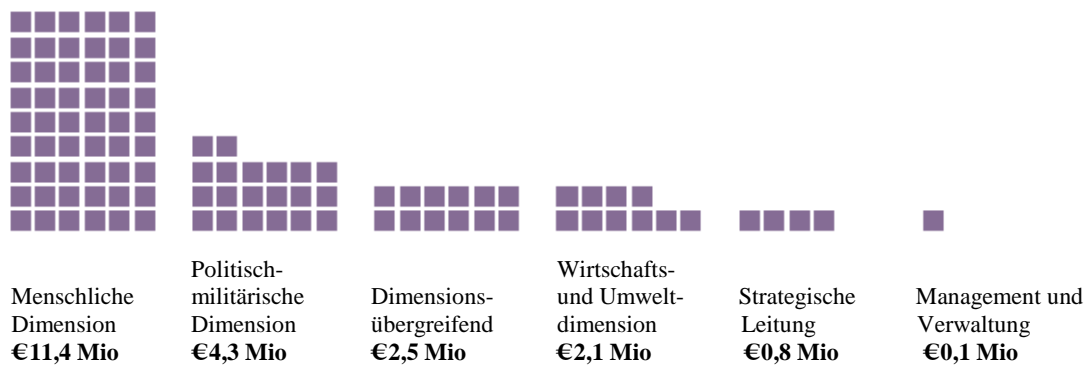
GEBER	AUSGABEN (€)	%
Andorra	6.087	0,02%
Aserbaidshon	10.610	0,04%
Australien	141.238	0,49%
Belgien	112.462	0,39%
Bosnien und Herzegowina	4.891	0,02%
Büro der Vereinten Nationen für Projektdienste	448.451	1,54%
Dänemark	800.966	2,76%
Deutschland	1.462.746	5,03%
ENVSEC-Treuhandfonds	43.077	0,15%
Europäische Agentur für Wiederaufbau	11.000	0,04%
Europäische Kommission	2.274.637	7,83%
Europäische Union	1.771.369	6,09%
Finnland	747.573	2,57%
Frankreich	118.385	0,41%
Internationale Organisation für Migration	36.706	0,13%
Irland	512.629	1,76%
Italien	173.129	0,60%
Japan	530.415	1,83%
Kanada	413.478	1,42%
Kasachstan	634.987	2,18%
Kosovo, konsolidierter Haushalt	40.615	0,14%
Liechtenstein	141.839	0,49%
Litauen	38.117	0,13%
Luxemburg	146.350	0,50%
Monaco	150.881	0,52%
Niederlande	652.490	2,25%
Norwegen	2.484.377	8,55%
Norwegian Institute of International Affairs	36.921	0,13%
Open-Society-Fonds – Bosnien und Herzegowina	8.341	0,03%
Österreich	327.349	1,13%
OSZE-Projekt Wohltätigkeitsball	10.000	0,03%
Polen	43.729	0,15%
Russische Föderation	21.027	0,07%
San Marino	8.511	0,03%
Schweden	1.227.050	4,22%
Schweiz	1.076.069	3,70%
Serbien	5.349	0,02%
Spanien	199.705	0,69%
Stiftung für interethnische Beziehungen (HKNM)	11.440	0,04%
Tschechische Republik	65.096	0,22%
Türkei	132.485	0,46%

Ungarn	27.557	0,09%
United States Agency for International Development	591.969	2,04%
Vereinigte Staaten von Amerika	11.065.715	38,07%
Vereinigtes Königreich	286.696	0,99%
Weltzollorganisation	4.680	0,02%
Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa	4.299	0,01%
GESAMT	29.063.496	100%

ZUGETEILTE MITTEL FÜR SEKRETARIAT, INSTITUTIONEN UND REGIONEN*



ZUGETEILTE MITTEL NACH DIMENSIONEN*



* Zahlen auf 100 000 EUR gerundet

KONTAKT

Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

OSZE-Sekretariat

Wallnerstraße 6

1010 Wien, Österreich

Tel.: +43 1 514 36 60 00

Fax: +43 1 514 36 69 96

info@osce.org

www.osce.org

INSTITUTIONEN

OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte

Ulica Miodowa 10

00-251 Warschau, Polen

Tel.: +48 22 520 06 00

Fax: +48 22 520 06 05

office@odhr.pl

www.osce.org/odhr

Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten

Prinsessegracht 22

2514 AP Den Haag, Niederlande

Tel.: +31 70 312 55 00

Fax: +31 70 363 59 10

hcnm@hcnm.org

www.osce.org/hcnm

OSZE-Beauftragter für Medienfreiheit

Wallnerstraße 6

1010 Wien, Österreich

Tel.: +43 1 514 36 68 00

Fax: +43 1 514 36 68 02

pm-fom@osce.org

www.osce.org/fom

FELDOPERATIONEN

SÜDOSTEUROPA

OSZE-Präsenz in Albanien

Sheshi „Italia”

Sheraton Tirana Hotel, 1. Stock

1010 Tirana, Albanien

Tel.: +355 4 223 59 96

Fax: +355 4 224 42 04

pm-al@osce.org

www.osce.org/albania

**OSZE-Mission in Bosnien
und Herzegowina**

Fra Andjela Zvizdovića 1
71000 Sarajewo, Bosnien
und Herzegowina
Tel.: +387 33 75 21 00
Fax: +387 33 44 24 79
info.ba@osce.org
www.osce.org/bih

OSZE-Mission im Kosovo

Prishtinë/Priština
Tel.: +381 38 24 01 00
Fax: +381 38 24 07 11
fo.omik@osce.org
www.osce.org/kosovo

OSZE-Mission in Montenegro

Ulica Svetlane Kane Radević 3
81000 Podgorica, Montenegro
Tel.: +382 20 40 64 01
Fax: +382 20 40 64 31
omim@osce.org
www.osce.org/montenegro

OSZE-Mission in Serbien

Spanskih boraca 1
11070 Belgrad, Serbien
Tel.: +381 11 360 61 00
Fax: +381 11 360 61 19
ppiu-serbia@osce.org
www.osce.org/serbia

OSZE-Mission in Skopje

Bulevar 8-mi Septemvri No. 16
MK-1000 Skopje, die ehemalige
jugoslawische Republik Mazedonien
Tel.: +389 2 323 40 00
Fax: +389 2 323 42 34
info-MK@osce.org
www.osce.org/skopje

OSTEUROPA

OSZE-Mission in Moldau

75 Alexei Mateevici Street
2009 Chişinău, Moldau
Tel.: +373 22 88 78 87
Fax: +373 22 22 34 96

moldova@osce.org
www.osce.org/moldova

**OSZE-Projektkoordinator in
der Ukraine**

16 Striletska St.
01034 Kiew, Ukraine
Tel.: +380 444 92 03 82
Fax: +380 444 92 03 83
osce-ukraine@osce.org
www.osce.org/ukraine

**OSZE-Vertreter in der Gemeinsamen
lettisch-russischen Kommission
für pensionierte Militärangehörige**

Wieleweg 7
22417 Hamburg, Deutschland
Tel.: +43 664 464 15 62
helmut.napiontek@osce.org
www.osce.org/lrmipc

SÜDKAUKASUS

OSZE-Büro in Baku

The Landmark III,
96 Nizami St.
Baku, Aserbaidshan
Tel.: +994 124 97 23 73
Fax: +994 124 97 23 77
office-az@osce.org
www.osce.org/baku

OSZE-Büro in Eriwan

64/1 Sundukyan Str.
Eriwan 0012, Armenien
Tel.: +374 10 22 96 10
Fax: +374 10 22 96 15
yerevan-am@osce.org
www.osce.org/yerevan

ZENTRALASIEN

OSZE-Zentrum in Aschgabat

Turkmenbashy Shayoly 15
744005 Aschgabat, Turkmenistan
Tel.: +993 12 94 60 92
Fax: +993 12 94 60 41
info_tm@osce.org
www.osce.org/ashgabat

OSZE-Zentrum in Astana

10 Beibitshilik Street
Astana 010000, Kasachstan
Tel.: +771 72 58 00 70
Fax: +771 72 32 83 04
astana-kz@osce.org
www.osce.org/astana

OSZE-Zentrum in Bischkek

6 Ryskulov Street
720001 Bischkek, Kirgisistan
Tel.: +996 312 61 24 41
Fax: +996 312 61 24 40
pm-kg@osce.org
www.osce.org/bishkek

OSZE-Büro in Tadschikistan

18a Ahmadi Donish Avenue
734012 Duschanbe, Tadschikistan
Tel.: +992 372 26 50 14
Fax: +992 372 26 50 19
oit@osce.org
www.osce.org/tajikistan

**OSZE-Projekt Koordinator
in Usbekistan**

Afrosiyob Street 12b, 4. Stock
100015 Taschkent, Usbekistan
Tel.: +998 711 40 04 70
Fax: +998 711 40 04 66/67
OSCE-PCUz@osce.org
www.osce.org/uzbekistan

**Persönlicher Beauftragter des
Amtierenden Vorsitzenden der OSZE
für den Konflikt, mit dem sich die
Minsk-Konferenz der OSZE befasst**

Besiki Business Centre
Zimmer 208, 2. Stock
4 Besiki Street
0108 Tiflis, Georgien
Tel.: +995 32 298 8566
Fax: +995 32 298 8700
prcio@osce.org
www.osce.org/prcio

**Parlamentarische Versammlung
der OSZE**

Internationales Sekretariat
Tordenskjoldsgade 1
1055 Kopenhagen K, Dänemark
Tel.: +45 33 37 80 40

Fax: +45 33 37 80 30
osce@oscepa.dk
www.oscepa.org

Das diesjährige Titelbild ist das Ergebnis eines Fotowettbewerbs.
Das Foto der Gewinnerin, Mawjuda Gaffurowa, wurde aus über 150 Einsendungen ausgewählt. Es zeigt eine Gruppe von Frauen und Mädchen, die in einem Ressourcenzentrum für Frauen in Kuljab (Tadschikistan) an einem Selbstverteidigungskurs teilnehmen.

Der Wettbewerbsjury gehörten an:

Marcel Pesko, Büro des OSZE-Generalsekretärs

Natacha Rajakovic, Stellvertretende OSZE-Sprecherin

Gunnar Vrang, Büro des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit

Alexander Nitzsche, Redakteur des Jahresberichts

Eric Gourlan, international bekannter Fotograf

2663 Mitarbeiter
144,8 Millionen Euro
57 Teilnehmerstaaten
15 Feldoperationen

1 ZIEL: Sicherheit und Zusammenarbeit

Folgen Sie uns

www.osce.org